

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

DIALOG GLOBAL

Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012

Aktueller Stand und Potenziale des
Zusammenwirkens von Diasporen und
kommunaler Entwicklungspolitik in
ausgewählten Kommunen –
aktualisierte Fassung

Im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nr. 27

Impressum

Herausgeberin:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Abteilung Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-389
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft Nr. 27
Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy
Die vorliegende Publikation basiert auf einem Gutachten des Instituts für soziale Innovation, Solingen, beauftragt durch den Herausgeber.
Gutachter: Hans Wietert- Wehkamp, unter Mitarbeit von: Mi-Ran Choi
Redaktion: Dr. Stefan Wilhelmy, Deborah Schaeffer

Titelgraphik: Agentur Punkt 4
Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert Design, Königswinter
Druck: Schloemer & Partner GmbH, www.grün-gedruckt.de
100% Recyclingpapier, CyclusPrint
Druck mit mineralölfreien Farben, CO₂-kompensiert
Leicht veränderter Nachdruck der 1. Auflage vom Februar 2012
Bonn, März 2014

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Mann und Frau gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind selbstverständlich die Frauen gleichermaßen angesprochen (und umgekehrt).

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012

Aktueller Stand und Potenziale des Zusammenwirkens
von Diasporen und kommunaler Entwicklungspolitik
in ausgewählten Kommunen – aktualisierte Fassung

Inhalt

Vorwort	5
I. Einleitung	7
II. Zusammenhänge zwischen Entwicklung, Migration und Integration	8
2.1 Migration – international und in Deutschland	8
2.2 Probleme und Potenziale der Migration für die Entwicklungspolitik	10
2.3 Die Potenziale der Migration für Entwicklung stärken	12
2.4 Gesellschaftliche Partizipationschancen von Migranten als Einflussgröße auf deren Engagement für die Entwicklungspolitik	16
III. Migrationsgruppen und ihre Organisationen in der Bundesrepublik	19
3.1 Strukturelle Situation und Einstellungen von Migranten – Ergebnisse einer Milieustudie	19
3.2 Zusammensetzung und Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen und erkennbare Potenziale für die Entwicklungspolitik	20
3.3 Vorhandene entwicklungspolitische Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen	23
IV. Ansatzpunkte zur Verknüpfung von kommunaler Entwicklungspolitik und Diasporen: Stand und Potenziale ..	25
4.1 Die Bedeutung der Debatten über Migration und Entwicklung für die kommunale Entwicklungspolitik	25
4.2 Empirische Untersuchung in 14 ausgewählten Kommunen	26
4.2.1 Bundes- und landespolitische Signale stärken die kommunalen Akteure	29
4.2.2 Kommunale Legitimation schaffen und strukturelle Trennungen überwinden	31
4.2.3 Gegenseitige Anerkennung ist Voraussetzung für Kooperation	37
4.2.4 Gute Integration als Beitrag für erfolgreichere kommunale Entwicklungspolitik	38
4.2.5 Erfolgreiche kommunale Entwicklungspolitik als Beitrag für bessere Integration	40
4.2.6 Chancen zur Verbesserung der Eine-Welt-Arbeit und des Verständnisses für die Migranten	41
4.2.7 Kommunen geben sich ein internationales und weltoffenes Image	41
4.2.8 Zusammenfassung in sieben Thesen	42
V. Praxisorientierte Handlungsempfehlungen	44
5.1 Praxisbeispiele	44
5.1.1 Stadt Aachen: Regionalkonferenz für afrikanische Selbstorganisationen als Impulsgeber	45
5.1.2 Landeshauptstadt Stuttgart: Forum der Kulturen als Impulsgeber	47
5.2 Erfolgsfaktoren und Handlungsleitlinien	49
5.3 Zielorientiertes Monitoringsystem	54
VI. Den Paradigmenwechsel konkret anstoßen	56
Anhang	58
Quellen- und Literaturverzeichnis	58
Leitfaden der telefonischen Befragung	60
Satzung des Forums der Kulturen, Stuttgart	61
SKEW-Artikel „Zusammenarbeit für Integration und Entwicklung“	64
Abkürzungsverzeichnis	70
Publikationen	71

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

was läge näher, als engagierte Menschen aus Entwicklungsländern, die in deutschen Städten leben, in die Eine-Welt-Arbeit der lokalen Initiativen und Kommunen einzu-beziehen: zum Beispiel in eine Städtepartnerschaft mit einer Kommune ihres Heimatlandes oder in einzelne Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, die ihre ehemaligen Landsleute, Verwandte und Freunde betreffen? Und anders herum gefragt: Was läge für Initiativen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit näher, als sich ihrerseits in entwicklungsorientierte Vorhaben von hiesigen Migrantenselbstorganisationen einbinden zu lassen, wenn diese die gleichen Ziele im gleichen Land verfolgen?

In der Theorie: Nichts. Denn offensichtlich liegen in solchen Kooperationen von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und organisierter Diaspora große Potenziale für die Qualität der Zusammenarbeit, für die Entwicklung der südlichen Partner und für die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland.

2007 haben wir zur Einleitung des vorliegenden Gutachtens geschrieben: „In der Praxis: Welten. Denn leider ist es eine Seltenheit, dass diese Gruppen überhaupt voneinander wissen oder gar miteinander kooperieren. Ein Grund hierfür ist, dass es keine oder kaum administrative und zivilgesellschaftliche Brücken zwischen den Bereichen Integration und Eine-Welt-Arbeit auf lokaler Ebene gibt. Ein weiterer Grund dafür sind die jahrzehntelangen innen- und entwicklungspolitischen Debatten, die Migration – und damit immer auch die Migranten¹ selbst – als ein Problem beschrieben haben: für den sozialen Zusammenhalt und die Staatskassen in Deutschland und für die Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung in den Entwicklungsländern.“

Heute im Jahre 2012 können wir feststellen, dass sich in den letzten Jahren viel bewegt hat. Bei unserer Arbeit im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung spüren wir schon länger den Rückenwind einer seit wenigen Jahren in innen- und entwicklungspolitischen Fachkreisen gewendeten Debatte über Migration und Migranten, die deren spezifische Poten-

ziale verstärkt wahrnimmt, insbesondere im Kontext von Globalisierung und Demografie.

Wie die im Rahmen der Aktualisierung des vorliegenden Gutachtens, ausgearbeitet von dem Solinger Institut für soziale Innovation und unserem Projektteam, durchgeführten Literaturrecherchen und Experteninterviews zeigen, steht das Thema „Migration und Entwicklung“ in vielfältiger Form auf der Agenda relevanter Akteure der Eine-Welt-Arbeit und der Integrationsförderung. Vielfältige Konzepte, Projekte und Fachveranstaltungen beschäftigen sich mit der Ausgestaltung von Förder- und Vernetzungskonzepten. Auf lokaler Ebene wird verstärkt von informellen Kontakten und bilateralen Kooperationen gesprochen. Migrantenorganisationen nutzen zunehmend die vielfältigen Förder- und Kooperationsangebote und treten selbstbewusst als Kooperationspartner auf bzw. werden als interkulturelle Wissensträger und Experten in Aktivitäten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit oder lokale Aktionen eingebunden. Sicherlich können die positiven Beispiele und Handlungsansätze nicht darüber hinweg täuschen, dass lokale Initiativen hauptsächlich dann entstehen, wenn entsprechende Impulse oder Anreize durch Fachveranstaltung oder Projektmittel gesetzt werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre machen deutlich, dass in dem 2007 skizzierten Handlungskonzept die wesentlichen Grundlagen und zentralen Botschaften aufgezeigt wurden, die auch heute noch ihre Gültigkeit besitzen. Sie bilden somit auch die Basis der vorliegenden Aktualisierung.

Das Gutachten sondierte 2007 anhand vorliegender Sozialstudien auf Bundesebene und direkter Befragungen von lokalen Entscheidungsträgern von 14 ausgewählten deutschen Kommunen die Chancen und Hürden für eine systematische Zusammenarbeit von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und Diaspora. Aus diesen sachlichen Erkenntnissen wurden schließlich Handlungsempfehlungen für ein Vorgehen auf lokaler Ebene abgeleitet, die das Gutachten zu einer wertvollen Lektüre für interessierte Kommunalakteure machten. Zugleich war es für uns eine grundlegende Orientierungshilfe, um den Handlungsansatz langfristig erfolgreich zu realisieren.

In die aktualisierte Fassung sind sowohl die aktuellen

¹ Aus stilistischen Gründen sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Frau und Mann gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen männlichen Bezeichnungen sind – soweit sich diese in dem jeweiligen Kontext nicht explizit nur auf männliche Personen beziehen – selbstverständlich auch weibliche Personen gleichermaßen angesprochen.

Sozialstudien als auch Impulse aus Modellprojekten, neu aufgelegten Förderkonzepten etc. eingeflossen. Gleichzeitig wurden die lokalen Entscheidungsträger der bereits 2007 ausgewählten Kommunen nach ihren zwischenzeitlichen Erfahrungen befragt.

Neben den theoretischen Grundlagen und Hintergrundinformationen finden Sie hiermit eine interessante Lektüre, die die Entwicklungsfortschritte der letzten Jahre nachzeichnet und besonders den lokalen Akteuren mit und ohne Migrationshintergrund Mut macht, den Weg der gegenseitigen interkulturellen Öffnung und Kooperation fortzusetzen und gemeinsam kommunale Handlungsstrategien zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu initiieren und umzusetzen.

Über unsere konkreten Projektaktivitäten können Sie sich unter <http://www.service-eine-welt.de/migration> immer aktuell informieren.

Ihre



Anita Reddy
Leiterin der
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Bonn, Januar 2012

I. Einleitung

In der Entwicklungspolitik beschäftigt man sich zunehmend mit dem Thema der internationalen Migration und diskutiert, welche Auswirkungen Migrationsbewegungen auf Schwellen- und Entwicklungsländer haben. Dabei geht es seit einigen Jahren insbesondere darum, die positiven entwicklungsfördernden Einflüsse der Migration zu fördern und Menschen mit Migrationshintergrund aktiv in entwicklungspolitische Bereiche einzubinden.

Die entwicklungspolitischen Potenziale von Migranten und ihren Organisationen sind in den vergangenen Jahren immer weiter ins Bewusstsein von Politik und Gesellschaft gerückt. Zur Benennung (mehrheitlich) von Migranten gegründeter und getragener Organisationen kursiert eine Vielzahl unterschiedlichster Begriffe, u. a. Migrantenorganisation, Migrantenselbstorganisation, Migranten-Diaspora-Organisation (siehe auch Kapitel 3.2). In diesem Gutachten werden wir den Begriff Migrantenorganisation (MO) verwenden. Er soll die diesbezüglich existierenden verschiedensten Organisationsformen und Arbeitsbereiche als Überbegriff abdecken.

Auch für die kommunale Ebene kann der Ansatz, lokale Eine Welt-Aktivitäten mit denen ortsansässiger Migranten zu verbinden, viel versprechend sein. Dies gilt sowohl für entwicklungspolitische Arbeit als auch für Integrationsarbeit. Das vorliegende Gutachten beschäftigt sich daher eingehender mit den Potenzialen des Zusammenwirkens von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bzw. ihren in der Bundesrepublik ansässigen Organisationen² und entwicklungspolitischen Akteuren der kommunalen Ebene. In der ursprünglichen Fassung 2007 entstand das Gutachten im Rahmen eines Modellprojektes der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW).³ Basierend auf den positiven Ergebnissen des Projekts wurde im Zuge eines programmübergreifenden Strategieprozesses der SKEW 2009 die zentrale Bedeutung des Themenkomplexes für die kommunale Entwicklungspolitik hervorgehoben und das Handlungsfeld „Interkulturelle Kompetenzbildung in Kommunen- Zusammenarbeit mit Diasporen“ thematisch auf den Handlungsbereich „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ fokussiert.

Um die Kontextbedingungen dieses Ansatzes besser zu verstehen, werden im zweiten Kapitel die aktuelle Sachlage und Diskussion um Migration, Entwicklung und Integration kurz nachvollzogen. Im dritten Kapitel wird ein Überblick über den derzeitigen Wissensstand zur Struktur und zu Aktivitäten von Migrantenorganisationen (MO) gegeben, um deren entwicklungspolitisches Potenzial auszuloten. Im vierten Kapitel wird die Bedeutung der angeführten Debatten und Erfahrungen durch die Darstellung der Einschätzungen und Erkenntnisse von kommunalen Akteuren aus 14 Kommunen ergänzt, die im Rahmen einer qualitativen Befragung zusammen getragen und zu sieben Kernaussagen zusammengefasst wurden. Im Zuge der Aktualisierung des Gutachtens wurde ein Teil der damals befragten Akteure erneut befragt, wobei die Ergebnisse der diesjährigen Befragung die grundlegenden Aussagen von 2007 bestätigen und die damaligen Handlungsempfehlungen bekräftigen. Die Befragung in den 14 Kommunen bildet im fünften Kapitel die Grundlage der an Praxisbeispielen exemplifizierten Handlungsempfehlungen. Diese liefern kommunalen Akteuren wichtige Hinweise und Anregungen für eine gezielte, schrittweise Implementierung des Ansatzes im kommunalen Alltag. Zudem werden wirkungsorientierte Indikatoren zur Evaluation dieses Prozesses benannt. Im sechsten Kapitel erfolgt ein Resümee zu den Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit von Migranten bzw. ihren Organisationen und der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und gibt konkrete Hinweise auf Unterstützungserfordernisse.

² In der Studie werden die Begriffe „Diasporen“ bzw. „Angehörige von Diasporen“ und „Menschen mit Migrationshintergrund“ oder „Zuwanderungsgeschichte“ bzw. „Migrationsgruppen“ synonym verwendet. Dies gilt auch für die Begriffe „Diasporagemeinden“ bzw. „Diasporaorganisationen“ und „Migrantenselbstorganisationen“. Die unterschiedlichen begrifflichen Bezeichnungen für dieselben Phänomene sind ihrer Entstehung in unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachrichtungen und Fachdiskussionen geschuldet.

³ Informationen zum Projekt unter <http://www.service-eine-welt.de/migration>, sowie in dem Artikel „Zusammenarbeit für Integration und Entwicklung“ in EUROPA kommunal von Wilhelmy, Stefan/Held, Ulrich (2008), siehe Anhang.

II. Zusammenhänge zwischen Entwicklung, Migration und Integration

In den folgenden Abschnitten werden in aller Kürze die Diskussionen und Erkenntnisse zur aktuellen Migration, zu deren entwicklungsrelevanter Wirkung und der Reaktion der Entwicklungspolitik sowie zu begünstigenden Voraussetzungen für ein Engagement der Migranten in der Entwicklungszusammenarbeit wiedergegeben.

2.1 Migration – international und in Deutschland

Die von den Vereinten Nationen eingesetzte Weltkommission für Internationale Migration (vgl. Global Commission on International Migration) schätzt, dass 2005 ca. 200 Millionen Menschen länger als ein Jahr außerhalb ihres Geburtslandes lebten. Dies sind etwa drei Prozent der Weltbevölkerung. Da diese Schätzung auf offiziellen Zahlenangaben der Nationalstaaten⁴ beruht, die irreguläre Migration nicht erfassen, muss davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Zahl der weltweiten Migranten in diesem Jahr noch höher lag. Derzeit geht IOM von 214 Millionen internationalen Migranten aus, die 3,1% der Weltbevölkerung ausmachen.⁵

Die Anzahl der offiziell erfassten Migranten ist in den letzten Jahrzehnten rasant angestiegen: Von 82 Millionen im Jahr 1970 auf 200 Millionen im Jahr 2005. In den letzten Dekaden wurden internationale Migrationsbewegungen besonders durch die Verbesserung des Reiseverkehrs sowie durch die Globalisierung begünstigt, das heißt durch eine digital unterstützte, beschleunigte Verflechtung internationaler politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen und eine verstärkte Öffnung nationaler Grenzen für den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Informationen.

Die dadurch erhöhte internationale Mobilität bringt neue Migrationsphänomene wie die transnationale Migration (siehe Kapitel 2.2) mit sich. Oftmals eignen sich die „klassischen“ Begriffe der Migrationsforschung nicht mehr, um diese Phänomene angemessen beschreiben zu können: Beispielsweise stellt Baringhorst (2007, S.1) fest, dass es mitunter schwieriger wird, eindeutige Herkunfts-, Transit- und Zielländer für Migranten zu identifizieren. Denn neben der dauerhaften Migration nimmt die temporäre, auf einen bestimmten Zeitraum begrenzte Migration stetig zu.

Daneben gibt es eine Vielzahl an Menschen, die Wohnsitze in zwei verschiedenen Ländern haben, sich mehreren Ländern zugehörig fühlen und sogar mehrere Staatsangehörigkeiten besitzen.

Zu den Schubkräften (Push-Faktoren) internationaler wie landesinterner Wanderungsbewegungen gehören heute wie in der Vergangenheit unter anderem eine ungünstige Wirtschaftsentwicklung und damit verbundene Armut, hohe Arbeits- und Perspektivlosigkeit sowie politische Instabilität, gewalttätige Konflikte und Verfolgung am Herkunftsort. Neben sozioökonomischen Ursachen stellen auch Umweltprobleme wie Bodendegradation und Wasserknappheit wichtige Migrationsursachen dar. Derzeit sind es oftmals Kleinbauern, Viehhirten und Nomaden in Entwicklungsländern, deren Lebensgrundlagen durch die Folgen des Klimawandels angegriffen werden. Hier stellt Migration eine wichtige Lösungs- und Überlebensstrategie dar. In der Regel findet diese Art der Migration innerhalb des Landes bzw. innerhalb der Region statt.

Zu den wichtigsten Zugkräften (Pull-Faktoren) der Migration gehören die günstigere wirtschaftliche, politische und soziale Situation an den Zielorten und dort vorhandene oder erwartete Bildungs- und Arbeits- bzw. Einkommensmöglichkeiten. Dort, wo Migranten einen legalen Aufenthaltsstatus besitzen und eine dauerhafte Bleibe gefunden haben, kommt auf den ersten Rängen der global dominanten Migrationsformen, je nach Einwanderungspolitik des Ziellandes, der Familiennachzug hinzu. In Deutschland macht er einen Großteil der Neuzuwanderungen aus.

Weltweit wächst zudem die irreguläre bzw. illegale Migration stark an (Nuscheler 2007, S. 44 ff.), was mit der zunehmenden Abschottung insbesondere reicher Industrieländer gegenüber (zumeist gering qualifizierter) Neuzuwanderung bzw. der Begrenzung legaler Migrationswege zusammenhängt. Dies hat für viele Migranten zur Folge, dass sie gefährliche Transitwege auf sich nehmen und/oder sich in die Hände von Schleusern begeben. Dass der irreguläre Migrationsstrom trotz der bestehenden Hürden nicht abreißt, zeigt einerseits die Entschlossenheit der Migranten und weist andererseits auf die in den Zielländern vorhandenen informellen Beschäftigungsmöglichkeiten hin: „Schwarzarbeit“ im Niedriglohnbereich, z. B. auf dem Bau,

⁴ Aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren sind diese nicht immer vergleichbar und erfassen nicht in jedem Fall auch die Zu- und Fortzüge.

⁵ <http://iom.int/jahia/Jahia/about-migration/facts-and-figures/lang/en> (30.09.2011)

in der Gastronomie, der Pflege oder in Privathaushalten. Fragt man nach Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, gibt der Mikrozensus Auskunft über die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund (Zugewanderte und Nachkommen mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft): 2010 lebten etwa 15,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, davon 7,1 Millionen mit ausländischer und 8,6 Millionen mit deutscher Staatsangehörigkeit.⁶ Mit etwa 15,1 Millionen leben 96,3 Prozent im früheren Bundesgebiet und in Berlin, was durch die Anwerbung von Arbeitskräften in den 1950-70er Jahren in der BRD und den Familiennachzug begründet ist. Am höchsten ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Großstädten, vor allem in Stuttgart, Frankfurt am Main oder Nürnberg. Der Migrationssaldo (Zuwanderung minus Abwanderung) in Deutschland, der seit Mitte der 1980er positiv war⁷, fiel seit dem Jahr 2000 von etwa 200.000 auf unter 50.000 im Jahr 2006. Seit etwa 2008 ist der Wanderungssaldo sogar negativ. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration sieht dies als problematisch an, insbesondere, da diejenigen, die abwandern hauptsächlich qualifizierte Fachkräfte sind, vor allem deutsche, aber auch ausländische.⁸ Zu den Migrationssaldo beeinflussenden Faktoren zählen insbesondere Effekte migrationssteuernder Maßnahmen auf gesetzlicher Ebene sowie Auswirkungen struktureller Entwicklungen in den Herkunftsländern.⁹ Im Zuge der Diskussionen über den demografischen Wandel sowie den Arbeits- und Fachkräftemangel in Deutschland wird mitunter auch über Zuwanderung als mögliche Strategie diskutiert.¹⁰ Diese Diskussionen und Themen werden künftig immer mehr Kommunen betreffen.

Die Zusammensetzung des Bevölkerungsanteils mit Migra-

tionshintergrund in Deutschland ist maßgeblich auf die Anwerbung der so genannten „Gastarbeiter“ ab den 1950er Jahren, die ethnisch privilegierte Migration der „deutschstämmigen“ Aussiedler nach Ende des Kalten Krieges sowie die in den 1990er Jahren aufgenommenen Flüchtlinge besonders nach den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien zurückzuführen: „Die Türkei führt mit gut 2,9 Millionen die Liste der wichtigsten Herkunftsländer an, gefolgt von den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion mit zusammen knapp 2,9 Millionen, Polen mit 1,4 Millionen und den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens mit zusammen 1,3 Millionen. Auf die Gastarbeiter-Anwerbeländer ohne Jugoslawien und die Türkei kommen zusammen 1,7 Millionen Personen mit Migrationshintergrund: Darunter sind Italien mit 795.000 und Griechenland mit 391.000 die häufigsten Herkunftsländer.“¹¹ Aus den 27 Mitgliedsländern der EU stammen 33,8% der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (ebd.).

Laut Statistischem Bundesamt lassen sich insgesamt 1,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund nicht einem bestimmten Herkunftsland zuordnen, da sie z. B. als Deutsche mit beidseitigem Migrationshintergrund Eltern aus unterschiedlichen Herkunftsländern haben.¹²

Auf die für die Entwicklungszusammenarbeit relevanten Weltregionen entfallen kleinere Gruppen: Im Jahr 2010 lebten in Deutschland 824.351 Menschen asiatischer, 271.431 afrikanischer und 215.213 amerikanischer Staatsbürgerschaft.¹³ Diese Regionalgruppen sind wiederum in viele kleinere nationale und ethnische Diasporen aufgeteilt. Die soziale Zusammensetzung ist ebenfalls heterogen, sie reicht von Flüchtlingen ohne Bildungsabschluss bis hin zu karriereorientierten Studenten oder hochqualifizierten

⁶ Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010, S. 32

⁷ <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Grafiken/Bevoelkerung/Diagramme/WanderungssaldoAnnahme.psm1> (30.09.2011): Bis 1990 wurde nur das frühere Bundesgebiet in die Rechnung einbezogen.

⁸ Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Migrationsland 2011 – Jahresgutachten 2011 mit Migrationsbarometer, S. 37

⁹ http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?id=100602 (30.09.2011)

¹⁰ u. a. Kaufmann, Franz-Xaver (2006): Schrumpfende Gesellschaft. Bpb Schriftenreihe Bd. 508, Bonn.

¹¹ http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/01/PD10_033_122,templateld=renderPrint.psm1 (30.09.2011)

¹² http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/01/PD10_033_122,templateld=renderPrint.psm1 (30.09.2011)

¹³ <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevoelkerung/Tabellen/Content100/StaatsangehoerigkeitJahre,templateld=renderPrint.psm1> (30.09.2011). Diese Zahlen beinhalten nur Staatsangehörige dieser Regionen, nicht aber Menschen mit Migrationshintergrund aus diesen Regionen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Zudem werden nicht alle Länder dieser Kontinente zu Entwicklungs- und Schwellenländern gezählt, während es in Osteuropa einige Länder gibt, die in diese Kategorie fallen.

Arbeitnehmern. Im Vergleich zu den Großgruppen der Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Europa außerhalb der EU (inkl. Türkei, GUS) fällt auf, dass außereuropäische Einwanderer und besonders außereuropäische Neuzuwanderer seit 2000 zumeist höhere Bildungsabschlüsse haben¹⁴. Es handelt sich bei ihnen mehrheitlich um Menschen aus der Mittel- oder Oberschicht ihrer Herkunftsländer, oft mit guter Schulbildung. Sie treibt in der Regel weniger die pure Not, als vielmehr die persönliche und berufliche Perspektivlosigkeit im Herkunftsland.

Ein statistisch naturgegeben kaum zu erhebender Anteil der Migranten aus Entwicklungsregionen ist unter den irregulär bzw. illegal zugewanderten Personen zu finden. Nach Polizeistatistiken zeigt das Hellfeld der an den Grenzen gestellten irregulär Eingewanderten einen Anteil von über 50 Prozent von Menschen aus Entwicklungsregionen, insbesondere aus China, Irak, Vietnam und Indien. Man kann nur vermuten, dass das Dunkelfeld der irregulär in Deutschland lebenden Migranten ähnlich zusammengesetzt ist.

2.2 Probleme und Potenziale der Migration für die Entwicklungszusammenarbeit

Dass Migration im Politikfeld der Entwicklungszusammenarbeit als etwas angesehen wird, das Entwicklungsländern zuträglich sein könnte, hängt mit einem Perspektivwandel zusammen, der etwa im Jahr 2000 auf breiter Ebene einsetzte.

Doch ist dieser Perspektivwandel keineswegs als etwas völlig Neues zu betrachten: Bereits während der 1950er und 1960er Jahre gab es eine Phase, in der Arbeitsmigration als positiv und entwicklungsfördernd wahrgenommen wurde. Es herrschte die Auffassung, dass die Migration von Arbeitskräften sowohl für die Herkunfts- als auch die Aufnahmeländer nützlich sei.¹⁵ Demnach profitierten die Aufnahmeländer von der zusätzlichen Arbeitskraft durch die Migranten, während die Migranten und ihre Herkunftsländer durch höheres Einkommen und das Erlernen neuer Qualifikationen sowie finanzielle Rücküberweisungen profitierten. Diese optimistische Phase wurde während der 1970er und 1980er durch eine negativere Sichtweise abgelöst: Die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte wurde als volkswirtschaftlicher und die Fragmentierung

familiärer und dörflicher Solidargemeinschaften als sozialer Verlust für die Herkunftsländer gesehen, ganz zu schweigen von dem oft lebensgefährlichen Transit irregulärer Migranten. Entwicklungszusammenarbeit zielte in diesem Kontext darauf, die Gründe der Migration vor Ort wie Armut, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit zu bekämpfen. Migranten konnten dieser Perspektive zu Folge vor allem dann Positives für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer bewirken, wenn sie in ihre Heimat zurückkehrten und die im Ausland erworbene Ausbildung, Berufserfahrung und Kontakte für die Entwicklung fruchtbar machten. Entsprechend war und ist die Rückkehrhilfe im Kontext der Migration ein wichtiges entwicklungspolitisches Aktionsfeld. Seit Ende der 1980er öffnete sich die Diskussion und Migration wurde nicht mehr als per se positiv oder negativ, sondern differenzierter betrachtet. Seit etwa 2000 dominiert wieder eine positivere Sichtweise auf Migration und Entwicklung, die insbesondere durch die Höhe der von Migranten getätigten Rücküberweisungen (s.u.) in die Öffentlichkeit trat: Obgleich die möglichen negativen Folgen der Migration nach wie vor gesehen werden, hat insbesondere ein Bericht der Weltbank im Jahr 2003 die einseitige Sichtweise und Aktionsrichtung aufgebrochen. Er wies auf die enorme Höhe der globalen Rücküberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer hin. Seitdem hat das öffentliche Interesse an Rücküberweisungen merklich zugenommen. Im Jahr 2005 flossen laut Weltbank und OECD Rücküberweisungen in Höhe von 232 Milliarden US-Dollar in Entwicklungsregionen; mehr als doppelt so viel wie die offiziellen Gelder für internationalen Entwicklungszusammenarbeit (2005: 106,8 Milliarden US-Dollar ODA). Zwar belaufen sich die Rücküberweisungen durchschnittlich nur auf ca. 100 US-Dollar, summieren sich aber zu einem wichtigen volkswirtschaftlichen Faktor – in manchen Ländern wie Republik Moldau oder Lesotho auf ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes – zumal dann, wenn man davon ausgeht, dass die begünstigten Familien das Geld in den lokalen Wirtschaftskreislauf einbringen (was Arbeitsplätze schafft und die Infrastruktur verbessert) und es dort einen doppelten bis dreifachen Umsatz nach sich zieht. Natürlich bergen auch die Rücküberweisungen mögliche Probleme: sie können Abhängigkeiten schaffen, reiche Familien begünsti-

¹⁴ Vgl. Diehl, Claudia/Grobecker, Claire (2006).

¹⁵ Priore, Michael J, (1979): Zugvögel – Nachfrageorientierte temporäre Arbeitsmigration aus den Entwicklungsländern in die urbanen Industriegesellschaften, S. 174

gen und damit sozioökonomische Ungleichheiten verschärfen oder sie können politisch destruktive Verwendung finden. Kritisiert wird auch, dass Rücküberweisungen oftmals für aus dem Ausland importierte Konsumgüter ausgegeben werden, anstatt sie produktiv zu investieren. Vielfach stellen sie aber einen positiven Beitrag zur Armutsbekämpfung dar, weil sie den begünstigten Familien Gesundheits- und Bildungsausgaben sowie geschäftliche Investitionen und damit Zukunftssicherung ermöglichen bzw. erleichtern. Zu den „Top 10“ der Empfängerländer von Rücküberweisungen gehörten 2010 (in dieser Reihenfolge) Indien, China, Mexiko, Philippinen, Frankreich, Deutschland, Bangladesch, Belgien, Spanien und Nigeria.¹⁶ Im Hinblick auf den Anteil der Rücküberweisungen am BIP ergibt sich jedoch eine andere „Top 10“ – Liste: Tadschikistan (35%), Tonga (28%), Lesotho (25%), Republik Moldau (23%), Nepal (23%), Libanon (22%), Samoa (22%), Honduras (19%), Guyana (17%) und El Salvador (16%).¹⁷ Zu den Haupt-Quellenländern von Rücküberweisungen zählten 2009 (in dieser Reihenfolge) die USA, Saudi Arabien, Schweiz, Russland, Deutschland, Italien, Spanien, Luxemburg, Kuwait und die Niederlande.¹⁸ Die Diskussion über Rücküberweisungen öffnete auch den Blick auf andere Migrationsphänomene: Die zwar zuvor wahrgenommenen, aber nicht als relevante Einflussgröße ernst genommenen Migrantennetzwerke und -organisationen wurden nunmehr als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit mit steigerungsfähigem Potenzial erkannt. Neben den finanziellen Rücküberweisungen wurde auch die wichtige Rolle so genannter sozialer Rücküberweisungen betont: Durch engagierte Migrantenkreise überschreiten auch technisches, wirtschaftliches und politisches Know-how, Geschäftskontakte und interkulturelle Kompetenzen die Grenzen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland, oft mit entwicklungsfördernder Wirkung. Der ideelle völkerverbindende sowie der praktisch ökonomische Nutzen von zwischen den Ländern agierenden mehrsprachigen „Brückenbauern“ wurden deutlicher als zuvor adressiert. Dass Migranten im Einwanderungsland

Spenden für Hilfsprojekte sammeln und über bestimmte Lebensverhältnisse in ihrer Heimat aufklären wurde als zivilgesellschaftliche Mobilisierung und als Beitrag zu entwicklungspolitischer Bildungsarbeit wahrgenommen. Diese veränderten Sichtweisen auf Migration förderten sowohl für die Integrations- als auch für die Entwicklungszusammenarbeit relevante Erkenntnisse:

1. Migration und Entwicklung schließen sich nicht gegenseitig aus, nicht nur wegen der genannten positiven Wirkungen der Migration auf Entwicklung; auch erfolgreiche Entwicklung selbst ist unvermeidbar mit wachsender Mobilität und Migration verbunden, die erst wieder abnimmt, wenn sich die Einkommen in den Herkunfts- und Zielländern annähern. Entwicklungspolitik muss Migration als ein rationales und entwicklungsorientiertes Verhalten akzeptieren.¹⁹
2. Migration ist per se weder gut noch schlecht, ihre Wirkung hängt von den Rahmenbedingungen in den Herkunfts- und Zielländern sowie von den jeweiligen migrationspolitischen Instrumenten ab. Aufgabe der Entwicklungspolitik kann nicht sein, Migration, als das „soziale Gesicht der Globalisierung“, schlicht zu vermeiden, denn dies kann nicht gelingen. Viel eher muss sie Rahmenbedingungen schaffen, um Migrationswirkungen möglichst positiv zu gestalten. Das heißt, Entwicklungspolitik muss zweigleisig agieren: schädliche Folgen von Migration vermeiden und Potenziale wie Rücküberweisungen, Wissenstransfer, Hilfsprojekte und interkulturelle Brücken stärken. Dabei wird auch dem Umstand Rechnung getragen, dass nicht nur Rückkehrer, sondern auch Migranten, für die eine Rückkehr nicht in Frage kommt, die Entwicklung ihrer Herkunftsländer „aus der Ferne“ günstig beeinflussen können und wollen.
3. Integration in Deutschland und herkunftslandbezogenes Engagement sind keine Gegensätze. Zwar werden die Bereiche Integration und Entwicklungspolitik auf administrativer Ebene oft voneinander getrennt bear-

¹⁶ Weltbank (2011): Migration and Remittances Factbook 2011: <http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1199807908806/Top10.pdf> (30.09.2011)

¹⁷ Ebd. Liste bezieht sich auf 2009

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Dieser Denkansatz des „Mobilitätsübergangs“ wurde durch Zelinsky (1971: The Hypothesis of the Mobility Transition. In Geographical Review, Vol. 61, No. 2, Seite 219 ff.) und Martin/Taylor (1996: The Anatomy of a Migration Hump. In: Development Strategy, Employment and Migration – Insights from Models, S. 43 ff. Paris: OECD Development Centre) geprägt.

beitet, doch im Lebensalltag vieler MO sind diese Bereiche kaum voneinander getrennt, sondern bedingen sich gegenseitig.²⁰ Oft ist ein gewisser Grad an Integration grundlegend für effektives entwicklungspolitisches Handeln im Herkunftsland, z. B. durch die Etablierung von Initiativen als eingetragene Vereine, Antragstellung auf Fördergelder bei deutschen Institutionen oder Kooperationen mit deutschen Organisationen. Zwar wurden die Zusammenhänge zwischen Entwicklungsengagement und Integration bislang nur vereinzelt erforscht, doch zeigen mehrere empirische Untersuchungen der vergangenen Jahre positive Wechselwirkungen gelungener sozioökonomischer Integration und herkunftslandbezogenem Engagement: Denn während einerseits sozioökonomische Integration und gesellschaftliche Teilhabe im Residenzland wichtige Voraussetzungen und Ressourcen für das Engagement im Herkunftsland bilden, kann transnationales Handeln beispielsweise durch die Erschließung neuer Kontakte oder Partnerschaften mit Förderinstitutionen umgekehrt die Einbringung im Residenzland fördern.²¹

4. Die zuvor beschriebenen internationalen Aktivitäten, das Agieren als „Brückenbauer“ vieler Migranten und ihrer Organisationen sind Phänomene der transnationalen Migration: Als Teilprozess der Globalisierung bezieht Transnationalismus auf „wirtschaftliche, kulturelle, politische und soziale Beziehungen und Verflechtungen, die die Grenzen von Nationalstaaten überschreiten“²². Diese Art der andauernden grenzüberschreitenden Beziehungen wird auch durch Migranten und ihre Familien und Freunde in den Herkunftsländern getragen: „Kennzeichnend für das herkunftslandbezogene Engagement von Migranten ist, dass es in aller Regel im Rahmen transnationaler Beziehungsnetzwerke stattfindet.“²³ Regelmäßiges Hin- und Herpendeln zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland, soziales, kulturelles, wirtschaftliches und politisches Handeln in beiden Ländern können dazu führen, dass Migranten sich

in beiden Ländern zu Hause fühlen: Migranten können ihre Beziehungen zum Herkunftsland aufrecht erhalten und gleichzeitig gut in der Aufnahmegesellschaft integriert sein. Wie bereits in Kapitel 2.1. erwähnt, lassen sich diese neuen Phänomene durch herkömmliche Begriffe wie Herkunftsland, Aufnahmeland, Einwanderung oder Auswanderung kaum noch fassen.

Der Bericht der Global Commission on International Migration von 2005 resümiert, dass organisierte Migration in einer dafür aufgeschlossenen Welt positive Wirkungen entfalten könnte – für die Entwicklungs- und Schwellenländer, für die Einwanderungsländer und für die dort ansässigen Bürger mit Migrationshintergrund.

2.3 Die Potenziale der Migration für Entwicklung stärken

Der Anerkennung der Potenziale der Migration in der Entwicklungspolitik folgte alsbald die Frage nach den Möglichkeiten, sie zu fördern und zu nutzen. Dem widmen sich seit Jahren zahlreiche internationale Konferenzen und entwicklungspolitische Akteure auf allen politischen Ebenen. Auch auf der deutschen Bundes-, Landes- und Kommunalebene haben sich vielfältige Veranstaltungen dem Thema gewidmet. So organisierte die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)²⁴ im Mai 2004 ein Expertentreffen in Berlin zum Thema „Kooperation mit der Diaspora – ein neuer Weg für die internationale Zusammenarbeit?“ Die SKEW richtete 2006 die 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen zum Thema „Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. Herausforderung für Partnerschaft und Integration“ aus. Im Oktober 2006 wurde auf dem 1. Bundesfachkongress Interkultur (Fachforum zum interkulturellen und interreligiösen Dialog) in Stuttgart im Fachforum Entwicklungspolitik das Thema „Migranten und Entwicklungspolitik“ behandelt. Das ehemalige Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) des Landes NRW initiierte gemeinsam mit der Internationalen

²⁰ Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (2011): Auswertung der ersten bundesweiten Umfrage unter entwicklungspolitisch aktiven MDO. Hannover, S. 9.

²¹ Vollmer, Ruth/Warnecke, Andrea (2011): Migration – Integration – Entwicklung. Afrikanische Migrantenorganisationen in NRW. BICC Brief 44, S. 5.

²² Pries, Ludger (2008): Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

²³ Vollmer, Ruth/Warnecke, Andrea (2011): Migration – Integration – Entwicklung. Afrikanische Migrantenorganisationen in NRW. BICC Brief 44, S. 18.

²⁴ Die GTZ gehört seit 01/2011 zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Organisation für Migration (IOM) eine Konferenz mit dem Titel „Migration und Entwicklung: Chancen. Gemeinsam. Nutzen.“ am 31. Januar 2007 in Berlin. In Stuttgart befasst sich der Dachverband der Migrantenvereine, das Forum der Kulturen Stuttgart e.V., seit 2007 schwerpunktmäßig mit der Vernetzung, Beratung und Qualifizierung entwicklungspolitischer Migrantenvereine. Hierzu wurde die Projektstelle „Diaspora und Entwicklungszusammenarbeit“ eingerichtet, die vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) finanziell unterstützt wird und 2011 weiter ausgebaut werden konnte (siehe auch Kapitel 5). Seit 2009 organisiert das Forum der Kulturen jährliche Fachveranstaltungen zum Themenspektrum Migration und Entwicklungspolitik. Im Oktober 2010 veranstalteten die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) Baden-Württemberg und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) das 2. Stuttgarter Forum für Entwicklung unter dem Titel „Migration weltweit – Impulse für Entwicklung“. Unter den Rednern des Tages fand sich auch Dirk Niebel, amtierender Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Ziel dieser Veranstaltungen und Initiativen ist es, die Potenziale der Diaspora aktiv zu fördern. Dies entspricht auch den Absichten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das seit mehreren Jahren Aktivitäten im Themenbereich Migration und Entwicklung fördert, darunter auch einige der zuvor genannten. 2011 veröffentlichte das BMZ die Informationsbroschüre „Migration – Chancen für Entwicklung nutzen“, in der die Ansätze und Instrumente der deutschen Entwicklungspolitik zur Unterstützung von Migrationspotenzialen vorgestellt werden.²⁵

Beratung von Entwicklungs- und Schwellenländern zum Thema Migrationspolitik

Die Politik der Herkunftsländer gegenüber ihrer Diaspora und den Rückkehrern spielt eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Förderung von Entwicklungspotenzialen durch Migration. Diesbezüglich berät die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Regierungen der Herkunftsländer. Hierbei geht es u. a. um Themen wie die Reintegration von Rückkehrern, den Aufbau von Netzwerken zum internationalen Transfer von Wissen, Erfahrungen und

Fertigkeiten, Beratung der Diaspora und potenziellen Migranten z. B. hinsichtlich der Arbeitssuche am Zielort, Rechts- und Wirtschaftsfragen. Zudem begleitet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Durchführung von Analysen der Herkunftsländer, auf deren Basis Diaspora-politische Konzepte aufgebaut werden. Diese Analysen beziehen sich u. a. auf das Profil der auswandernden Arbeitskräfte, die wirtschaftlichen Folgen der Abwanderung und die Auflistung bestehender internationaler Netzwerke.

Rücküberweisungen

Nationale und internationale Entwicklungszusammenarbeit können die Bedingungen des Geldtransfers verbessern, indem sie den für die Migranten undurchsichtigen Markt der Bankdienstleistungen transparenter gestalten und damit einen Wettbewerb einleiten, der die zum Teil recht hohen Gebühren für Auslandsüberweisungen senkt und den Service für internationale Transfers kundenfreundlicher gestaltet. Das Internetportal www.sendmoneyhome.org, in dem für verschiedene Überweisungswege die jeweiligen Bankangebote vergleichbar sind, hat bereits den englischen Markt an die Bedürfnisse der Migranten besser angepasst. Dem Beispiel folgend eröffneten die GTZ und die Frankfurt School of Finance and Management 2007 das Internetportal www.geldtransfair.de. Angestrebt wird, dass durch Gebührensenkung mehr von dem überwiesenen Geld im Herkunftsland ankommt und dass die Bankdienstleistungen bald so attraktiv werden, dass viele jetzt noch informelle (durch Kuriere, Freunde etc. organisierte) Transfers in formelle Bankkanäle fließen, was wiederum den Banken- und Finanzsektor des Herkunftslandes stärken kann.

Der wirtschaftlichen Entwicklung in den Herkunftsländern nutzen Rücküberweisungen dann, wenn diese von den Empfängern nachhaltig verwendet werden. Diesbezüglich berät die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Entwicklung bedarfsgerechter Finanzdienstleistungen für Empfänger, z. B. bezüglich kleiner Sparanlagen oder Mikrokredite. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert die Gründung entsprechender Finanzinstitutionen und berät vorhandene Partnerinstitutionen.

Darüber hinaus können Beratungsdienstleistungen eingerichtet werden, um die an Direktinvestitionen im Her-

²⁵ BMZ (2011): Migration – Chancen für Entwicklung nutzen. BMZ-Informationsbroschüre 4/2011

kunftsland interessierte Diaspora bei der Suche nach soliden und entwicklungsförderlichen Investitionsmöglichkeiten zu unterstützen.

Zudem mangelt es in den Empfängerländern für Direktinvestitionen zum Teil an guter Bonität und Sicherheit der Geldanlagen aufgrund mangelnder Standards (Bankenaufsicht etc.). In diesem Punkt könnte wiederum eine Beratung zum Beispiel durch im Bankwesen ausgebildete Migranten Abhilfe schaffen.

Unterstützung gemeinnütziger Diasporaaktivitäten

Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Organisationen verfügen mitunter über besondere Kenntnisse über die Situation in ihren Herkunftsländern (nicht nur über regionale, sozioökonomische oder sektorspezifische Aspekte, sondern auch über Traditionen und Weltbilder), die bei der Analyse und Konzeption bedarfsgerechter und passgenauer Entwicklungsstrategien behilflich sein können.

Diese Kenntnisse stellen auch für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein attraktives Potenzial dar, insbesondere im Hinblick auf Städtepartnerschaften und kommunale Projektpartnerschaften. Projektvorhaben können effektiver und effizienter umgesetzt werden, wenn Migranten aus den entsprechenden Herkunftsregionen oder -orten Wissen über die lokalen Gegebenheiten sowie zwischen den Projektpartnern vermitteln können.

Zudem verfügen Migranten und entwicklungspolitische Migrantenorganisationen oft über gute Kontakte zur Bevölkerung im Partnerland bzw. im Partnerort und können so die Eigenverantwortung („ownership“) der Betroffenen stärken. Bei einer strategischen Einbindung von MO könnten bottom up-Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden.

Um diese entwicklungspolitischen Potenziale von MO zu fördern, führte die GTZ (seit 2011: GIZ) ab 2007 ein Pilotförderprogramm für Projekte von Migrantenorganisationen durch. Dabei sollten gemeinnützige Investitionen in die soziale Infrastruktur der Heimatländer gefördert werden.²⁶ Nach Abschluss der Pilotphase ist dieses Programm nun unter dem Namen „Förderung des entwicklungspolitischen Engagements von MO“ beim Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) angesiedelt. Dieses Programm bietet auch direkte Kooperationsmöglichkeiten

für das Modellprojekt „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ der SKEW. Da MO zumeist kommunal organisiert sind und durch Fragen der Integration mit der Kommunalverwaltung in Kontakt stehen, hat gerade die kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen von Eine Welt-Aktivitäten und Partnerschaftsaktionen besondere Anknüpfungspunkte für die Kooperation mit MO.

Wie bereits erwähnt, haben einige Entwicklungs- und Schwellenländer die Potenziale ihrer Diaspora erkannt und versuchen, insbesondere die gutqualifizierten und einkommensstarken Mitglieder ihrer Diaspora zu einer Rückkehr zu motivieren oder für entwicklungspolitische Aktivitäten zu gewinnen. Einige Regierungen bieten ihrer Diaspora und deren Nachkommen (auch wenn diese eine andere Staatsangehörigkeit haben) besondere Regelungen, z. B. hinsichtlich des Aufenthaltsrechts oder im Hinblick auf Investitionen. Eventuell bieten sich auch in diesem Kontext Verknüpfungsmöglichkeiten mit dem Engagement hiesiger Migrantengruppen.

Einbindung privatwirtschaftlichen Engagements von Migranten in die Entwicklungszusammenarbeit

Gut ausgebildete Migranten und ihre Netzwerke können Beiträge zur Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialentwicklung leisten. Sie können ihr Fachwissen und ihre oft vorhandenen spezifischen lokalen und interkulturellen Kenntnisse effektiv kombinieren. Demnach haben privatwirtschaftliche Investitionsprojekte von Migranten in ihren Herkunftsländern in Bezug auf Effizienz und Nachhaltigkeit einen Vorteil gegenüber anderen Direktinvestitionen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert Investitionen, Handel und Innovationen und damit auch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie unterstützt Institutionen vor Ort, die interessierte Diasporamitglieder mit Informationen über Märkte, Qualitätsstandards und Regularien informieren und auf die Diaspora zugeschnittene Beratungs- und Finanzdienstleistungen anbieten.

Förderung von rückkehrenden Fachkräften und wirtschaftliche Reintegration von Rückkehrern

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Rückkehr von Migranten in ihre Herkunftsländer durch In-

²⁶ Informationen unter <http://www.gtz.de/themen/wirtschaft-beschaeftigung/15634.htm>

formationsveranstaltungen, individuelle Beratung zur Rückkehr- und Karriereplanung, Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz, Vernetzung mit relevanten Organisationen vor Ort und z. T. auch finanzieller Förderung. In zahlreichen Ländern haben sich Rückkehrer zusammengeschlossen, pflegen den Kontakt untereinander und mit deutschen Institutionen und beraten und unterstützen „neue“ Rückkehrer.

Neben der älteren Rückkehrunterstützung wird seit einiger Zeit intensiver über die Förderung zirkulärer Migration und Mobilitätspartnerschaften diskutiert, sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene. Aus entwicklungspolitischer Perspektive liegt das Augenmerk insbesondere auf arbeitsbezogenen Kurzaufenthalten hoch qualifizierter Migranten in ihren Herkunftsländern. Innerhalb der EU bestehen Mobilitätspartnerschaften mit der Republik Moldau, Kap Verde und Georgien.²⁷ Die deutsche Bundesregierung strebt ein Migrationsabkommen mit der Republik Ghana an, das eine strukturierte und grundsätzlich befristete Wirtschafts- und Arbeitsmigration vorsieht. Die Größenordnung der Migration aus Ghana nach Deutschland soll von der Zahl der erfolgten Rückkehr ausreisepflichtiger ghanaischer Staatsbürger abhängen.²⁸

Seit 2001 gibt es das internationale Programm „Mobilizing the African Diaspora for the Development of Africa“ (MIDA). Das Bundesland Nordrhein-Westfalen nahm im Rahmen eines Pilotprojekts von 2007 bis 2008 an diesem Fachkräfteentsendeprogramm teil.²⁹ Gemeinsam mit der International Organization for Migration (IOM) in Brüssel motivierte das zuständige Landesministerium in NRW ansässige Fachkräfte kongolesischer Herkunft zu kurzfristigen Aufenthalten in ihrem Herkunftsland, um dort Institutionen der Entwicklungsförderung und Armutsbekämpfung zu unterstützen.³⁰

Einbindung von MO in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Förderung der Vernetzung mit kommunalen Akteuren der Entwicklungspolitik

Zahlreiche Migranten und MO engagieren sich im entwicklungspolitischen Bereich. Oftmals können gerade Menschen aus Entwicklungsländern diese Themen glaubhaft und nachhaltig vermitteln. Dieses Vermitteln der Kultur und Situation der Herkunftsländer von Migranten ist gleichzeitig auch ein Beitrag zum interkulturellen Leben in Deutschland und hilft Vorurteile auf allen Seiten abzubauen. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit setzt in den Ländern und vor allem auf kommunaler Ebene an, dort wo Menschen leben, arbeiten und in direkten Kontakt miteinander kommen. Daher erklärt der entwicklungspolitische Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom Herbst 2008 entwicklungspolitische Bildungsarbeit sowie die Förderung von Migration und Entwicklung als wichtige Aufgaben der Länder. In der Praxis jedoch arbeiten MO, kommunale Stellen der Integration sowie der Einen Welt oft parallel und wissen nur wenig voneinander. Deswegen führte die SKEW von 2007 bis 2009 ein Pilotprojekt in fünf Modellkommunen³¹ durch, um MO und kommunale Stellen der Integration sowie der Einen Welt bzw. des Internationalen Bereiches miteinander zu vernetzen und eine Basis für künftigen Austausch und Zusammenarbeit aufzubauen. Zudem wurde im Mai 2011 der Grundstein für ein bundesweites Netzwerk zum Thema Migration und Entwicklung gelegt. An diesem Treffen nahmen Vertreter von Kommunen, Migrant*innenorganisationen sowie Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit teil.³² Bezüglich der Vernetzung und Kooperation dieser verschiedenen Akteure veröffentlicht die SKEW Beispiele guter Praxis aus verschiedenen Kommunen.³³ Das zweite Netzwerktreffen wird vom 06. bis 07. Februar 2012 in Hannover stattfinden.

²⁷ Schneider, Jan/Parusel, Bernd (2011): Zirkuläre und temporäre Migration – Empirische Erkenntnisse, politische Praxis und zukünftige Optionen in Deutschland. BAMF / EMN Working Paper 35, S. 23

²⁸ Ebd.

²⁹ http://mida.belgium.iom.int/index.php?option=com_content&task=view&id=126&Itemid=45 (30.09.2011)

³⁰ Informationen unter www.afrika-nrw.net

³¹ Beteiligt waren die Städte Bonn, Kiel, Leipzig, München und der Kreis Düren. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des Pilotprojekts wurden in Heft 22 „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – Ein Praxisleitfaden“ der Schriftenreihe „Dialog Global“ der SKEW und InWEnt veröffentlicht.

³² Die Dokumentation des Treffens wurde als Material Nr. 48 mit dem Titel „Erstes bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung – Dokumentation“ von der SKEW veröffentlicht.

³³ Auf der Internetseite der SKEW bzw. in der veröffentlichten Dokumentation (Material 48)

In der Diskussion über Potenziale der Migration werden aber auch Problemfelder angesprochen bzw. kritische Statements formuliert:

- Die Rücküberweisungen der Migranten sind Privatsache. Sie können und sollen nicht gelenkt werden und auch keine offizielle Entwicklungsfinanzierung ersetzen.
- Das Vorhaben, Migranten verstärkt in die Entwicklungszusammenarbeit einzubinden, sollte nicht mit einer „stillen Strategie“ verwoben werden, diese Menschen so schnell wie möglich dazu zu veranlassen, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren und sie „loszuwerden“. Dies wäre ethisch höchst bedenklich und würde die Glaubwürdigkeit der Entwicklungszusammenarbeit gefährden.
- Jeder Eindruck, dass Migranten von den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit als Ressource „ausgebeutet“ oder „instrumentalisiert“ werden, ist fatal und untergräbt das Vertrauen zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Migranten. Wesentlich sind ein sensibler Umgang (auch sprachlich) mit Migranten und das Behandeln als Partner auf gleicher Augenhöhe.
- Die entwicklungspolitischen Aktivitäten von MO sind kein Ersatz für staatliches Handeln in diesem Bereich. Sie finden zudem unter teilweise sehr unsicheren Bedingungen statt. Die Daten zur Entwicklungswirkung über die Ebene persönlicher Beziehungen hinaus lassen bislang nur vorläufige Schlüsse zu, wobei die Bilanz gemischt ausfällt, insbesondere im Hinblick auf die Frage der Remigration.³⁴
- Die Kooperation mit der Entwicklungszusammenarbeit kann Migranten und MO schnell überfordern. Nicht alle MO haben prinzipiell gute Kenntnisse in praktischer Entwicklungszusammenarbeit (das betrifft ähnlich wie gesamtgesellschaftlich betrachtet auch in dieser Bevölkerungsgruppe nur eine Minderheit) oder sind daran

interessiert. Zudem arbeiten sie in ihren Organisationen kaum professionell, sondern nahezu ausschließlich ehrenamtlich. MO in Großstädten mit hohem Migrantenanteil sind diesbezüglich häufig professioneller aufgestellt und/oder haben mehr Mitglieder als solche in Kleinstädten und Dörfern. Zudem haben bei weitem nicht alle MO den Zweck der Entwicklungszusammenarbeit in ihre ureigensten Arbeitsziele und Angebote integriert.

Diese kritischen Punkte sollten dazu veranlassen, die entwicklungspolitischen positiven Wirkungen der Diasporen differenzierter zu betrachten und daher Kooperationen mit der Entwicklungszusammenarbeit behutsam und langfristig anzugehen.

2.4 Gesellschaftliche Partizipationschancen von Migranten als Einflussgröße auf deren Engagement für die Entwicklungspolitik

Lange Zeit wurden Menschen mit Migrationshintergrund vorwiegend als „Problem“ und als Belastung für die bundesdeutschen Sozialsysteme betrachtet. Seit dem Anwerbestopp von 1973 versuchte man eine weitestgehende Begrenzung von Zuwanderung zu erreichen.³⁵ Erst als es 1998 politisch zum offiziellen Bekenntnis wurde, dass Deutschland doch ein Einwanderungsland sei, brachen die alten migrations- und integrationspolitischen Paradigmen ein Stück weit auf. Einen wichtigen Impuls zur Erneuerung der Zuwanderungspolitik gab die unter Rita Süßmuth eingerichtete Zuwanderungskommission, die Vorschläge für ein neues Zuwanderungsgesetz erarbeitete. Dort wurde unter anderem dafür plädiert, begrenzte und gesteuerte Neuzuwanderung für qualifizierte Zuwandernde nach einem Punktesystem zuzulassen.³⁶ Viele der Vorschläge der

³⁴ Vollmer, Ruth/Warnecke, Andrea (2011): Migration – Integration – Entwicklung. Afrikanische Migrantenorganisationen in NRW. BICC Brief 44, S. 4

³⁵ Rechtlich gesehen hatten viele Migranten und ihre Familien bis zur Reform des Ausländergesetzes 1991 erhebliche aufenthalts- und arbeitsrechtliche Einschränkungen hinzunehmen. Erst seit 1991 gab es die Möglichkeit, den eigenen Aufenthaltsstatus sukzessive zu verfestigen und im günstigsten Fall entweder eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung oder auch die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten (eine Option, die jedoch erst seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von 2000 für eine größere Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund möglich ist, da die Bedingungen des Erhalts der Staatsbürgerschaft erleichtert wurden). Doch auch über 1991 hinaus waren manche Gruppen, zum Beispiel nachziehende Familienangehörige von Zugewanderten und geduldete Flüchtlinge, strukturell benachteiligt, wenn sie etwa mit zeitweiligen und zum Teil jahrelangen Arbeitsverboten belegt wurden. Auch die anderen Migranten mussten häufig erhebliche Anstrengungen unternehmen, um ihre aufenthalts- und arbeitsrechtliche Situation zu sichern oder zu verbessern und trotz des sog. Vorrangigkeitsprinzips auf dem Arbeitsmarkt (welches am 1.11.2007 abgeschafft wurde) einen guten und dauerhaften Arbeitsplatz sichern, von dessen Lohn man auch leben bzw. eine Familie ernähren konnte. Aus heutiger Sicht kann man die aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Einschränkungen für Migrant/innen und ihre Angehörigen ohne deutschen Pass über die letzten Jahrzehnte mit zu den größten Integrationshemmnissen zählen, die der deutschen Migrations- und Integrationspolitik geschuldet sind. Einen Überblick über die Phasen der Migrationsgeschichte und Migrationspolitik in der Bundesrepublik gibt Carolin Reißlandt (2005).

³⁶ Vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung (2001)

Kommission wurden zwar nicht in das 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz aufgenommen. Dennoch werden in den Diskussionen um Migration und Integration seither die spezifischen Ressourcen und Kompetenzen (Mehrsprachigkeit, interkulturelle Kompetenz, Beziehungen zu Politik, Verwaltung, Wirtschaft oder NRO in ihren Herkunftsländern etc.) von Migranten stärker betont und Strategien entwickelt, diese zu fördern. Hervorgehoben werden etwa das wirtschaftliche Potenzial dieser Kompetenzen, aber auch die Notwendigkeit, die genannte Kompetenzen in den öffentlichen Ämtern, bei der Polizei, in der Sozialarbeit etc. stärker einzusetzen, um weitere Integrationsprobleme zu verhüten.

In der Integrationspolitik spielen in jüngster Zeit außerdem demografische Überlegungen eine Rolle, denn sie unterstreichen die Bedeutung des steigenden Bevölkerungsanteils von Menschen mit Migrationshintergrund für die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme und Wirtschaft. Jedoch kommt es im Hinblick auf diese Herausforderungen nicht nur auf eine zahlenmäßig höhere, arbeitsfähige Bevölkerungszahl an, sondern auch auf deren Qualifikationen. Zudem erscheint insbesondere in den Kontexten der Standortkonkurrenz durch die Globalisierung, der schrumpfenden Städte und einer zunehmend bedrohten sozialen Kohäsion ein weltoffenes und integratives Leitbild der Kommunalentwicklung adäquat, dass um der Zukunftschancen, des sozialen Friedens und der Wettbewerbsfähigkeit Willen kein Talent verloren geben, kein Potenzial ungenutzt lassen will. Die aus all dem resultierende Aufmerksamkeit spiegelt sich in den aktuellen nationalen Integrationsgipfeln unter Beteiligung unter anderem von MO und dem im Jahr 2007 vorgestellten nationalen Integrationsplan.³⁷ In diesem Integrationsplan wird deutlich, dass Integration nicht mehr nur als Aufgabe der Menschen mit Migrationshintergrund gesehen wird, sondern auch als Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Institutionen.

Das Ergebnis ist heute ein ambivalentes Bild: Einerseits werden strukturelle Benachteiligungen abgebaut zum Beispiel durch flächendeckende Angebote von Sprach- und Integrationskursen, Vereinfachung des Aufenthaltsrechts und eingeschränktem Bleiberecht für Geduldete, andererseits werden Restriktionen gegenüber Migranten aufgebaut

bzw. beibehalten, zum Beispiel die neuerliche Erschwerung der Einbürgerung von Migranten ab 23 Jahren im Jahr 2007 und die Erwartung von Deutschkenntnissen von nachziehenden Familienangehörigen bestimmter Migrationsgruppen bereits bei deren Ankunft. Die moderne Potenzialperspektive auf Migranten, die in akademischen, unternehmerischen und politischen Kreisen zunehmend Fuß fasst, steht heute neben der Defizitperspektive, die durch besondere mediale und bisweilen politische Konzentration auf Negativereignisse wie Jugendkriminalität und Bildungsverweigerung besonders publikumsträchtig ist.

Diese Diskussionen und faktischen Partizipationschancen von Migranten beeinflussen maßgeblich die Potenziale der Migranten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Die Fakten zeigen, dass:

- Rücküberweisungen und andere Investitionen am ehesten von Migranten zu erwarten sind, die sich in einer (einermaßen) günstigen sozioökonomischen Situation befinden, zum Beispiel weil sie eine (längerfristige) Arbeitsstelle haben;
- Know-how Transfer nur von denen realisiert werden kann, die die Chance hatten, sich Bildung und Berufserfahrung anzueignen;
- nur solche MO sich (über die Integrationshilfe und kulturelle Selbstvergewisserung hinaus) dem Entwicklungsengagement zuneigen, deren Mitglieder existentielle Aufenthalts- und Integrationsfragen geklärt haben und schlimme Diskriminierung nicht gewärtigen müssen.

Mangelnde Integrations- und Partizipationschancen schwächen nicht den Wunsch, wohl aber die Möglichkeiten der Migranten, Zeit, Know-how und Ressourcen in ein Engagement für ihre Heimatländer zu investieren. Gute Integrationschancen dagegen stellen zugleich eine gute Basis für die Entwicklungszusammenarbeit der Migranten dar: Weil Anerkennung Engagement fördert. Und andererseits kann eine Stärkung der Migranten bzw. MO für die Entwicklungszusammenarbeit auch die Integration vertiefen: Weil Unterstützung wiederum Öffnung und Teilnahme fördert.

Die Rahmenbedingungen um Integration in Deutschland zu erleichtern, können und sollten verbessert werden.

³⁷ Vgl. Nationaler Integrationsplan (2007).

Gerade Menschen mit Migrationshintergrund aus den Entwicklungsregionen bringen überdurchschnittlich hohe Bildungsabschlüsse mit (siehe Kapitel 2.1), haben aber eine überdurchschnittlich hohe Erwerbslosenquote: laut Mikrozensus 2005 sind Menschen mit Migrationshintergrund aus Afrika zu ca. 26 Prozent, aus dem Nahen und Mittleren Osten zu ca. 33 Prozent, aus Süd- und Südostasien zu ca. 19 Prozent und aus Süd- und Mittelamerika zu 16,5 Prozent erwerbslos (europäischstämmige hingegen liegen bei ca. 18 Prozent). In zahlreichen Fällen bedeutet dies, dass sie ihre Fähigkeiten nicht in eine entsprechende Erwerbstätigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt umsetzen können, i. d. R. mangels einer Arbeitserlaubnis und durch die Nichtanerkennung bzw. Wertschätzung ihrer Bildungsabschlüsse. So verhindert zum Beispiel die arbeits- und aufenthaltsrechtliche Situation von geduldeten Flüchtlingen deren gesellschaftliche Partizipationschancen enorm. Diese Situation schwächt den Grad der Integration dieser Menschen und damit ihre Fähigkeit und materiellen Voraussetzungen, sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren.

Nicht für entwicklungspolitische Projekte offizieller Natur sind wohl die irregulären Migranten aus Entwicklungsregionen zu gewinnen. Wahrscheinlich engagieren sich im Verborgenen die meisten für ihre Familien in der Heimat (durch Rücküberweisungen), werden aber in offiziellen Strukturen wie MO aus Selbstschutz nicht tätig werden.

Möglichkeiten, diese Situation zu verbessern, liegen vor allem in der Verbesserung der Zugangschancen von Migranten zu weiterführender Bildung und zum Arbeitsmarkt, in der Stärkung ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, im Abbau von Ausgrenzungen und in verstärkter Werbung für ihre gesellschaftliche Anerkennung.³⁸ Im Ausland erworbene Abschlüsse müssen zudem eine adäquate Anerkennung erfahren, damit Migranten ihrer Qualifikation angemessen arbeiten und sich auch gesellschaftlich engagieren können, denn sonst bleibt wertvolles Humankapital ungenutzt.

Diese Integration sollte auch die Vereine und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit miteinschließen: So fordert etwa das Fachforum Entwicklungspolitik, dass in allen Institutionen der internationalen Zusammenarbeit

mindestens ein Anteil von 25 Prozent Personal mit Migrationshintergrund beschäftigt sein sollte.³⁹ Entsprechende Anreize für Migranten zur Aufnahme einer Berufsperspektive in der Entwicklungszusammenarbeit sollten gesetzt werden. Eine weitere Öffnung erscheint auch in der kommunalen Eine-Welt-Arbeit nötig. Dennoch sollte, wie bereits in Kapitel 2.3 erwähnt, das entwicklungspolitische Potenzial von Migranten differenziert betrachtet werden: Ein Migrationshintergrund kann zwar Hinweise auf interkulturelle Kompetenz, Mehrsprachigkeit, besondere regionale Kenntnisse etc. geben, stellt aber keine formale Qualifikation dar, d. h. ein Migrationshintergrund alleine kann keine Garantie für entwicklungspolitische Expertise sein.

³⁸ Vgl. Nuscheler (2007a)

³⁹ Vgl. Entimon (2006)

III. Migrationsgruppen und ihre Organisationen in der Bundesrepublik

3.1 Strukturelle Situation und Einstellungen von Migranten – Ergebnisse einer Milieustudie

Neben den unterschiedlichen kulturellen, religiösen und ethnischen Hintergründen spielen auch milieuspezifische Zuordnungen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für die Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen oder deren Aktivitäten in diesem Bereich zu fördern. Aus diesem Grund soll nachfolgend auf eine Milieustudie eingegangen werden, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahre 2007 vom SINUS-Institut durchgeführt wurde: Die Studie gibt Aufschluss über die Situation und die Einstellung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland. Sie zeigt ein facettenreiches Bild der Migranten-Population und widerlegt viele der hierzulande verbreiteten Negativ-Klischees über Einwanderer.

Menschen mit Migrationshintergrund bilden keine soziokulturell homogene Gruppe, genauso wenig wie es die deutsche Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund ist. Vielmehr zeigt sich eine vielfältige und differenzierte Milieulandschaft: Insgesamt acht Migranten-Milieus mit jeweils ganz unterschiedlichen Lebensauffassungen und Lebensweisen konnten identifiziert werden. Die Migranten-Milieus unterscheiden sich weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben. Dabei finden sich gemeinsame lebensweltliche Muster bei Migranten aus unterschiedlichen Herkunftskulturen. Mit anderen Worten: Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund verbindet mehr miteinander als mit dem Rest ihrer Landsleute aus anderen Milieus. Man kann also nicht von der Herkunftskultur auf das Milieu schließen. Und man kann auch nicht vom Milieu auf die Herkunftskultur schließen. Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zuwanderungsgeschichte beeinflussen die Alltagskultur, sind letzten Endes aber nicht milieuprägend und identitätsstiftend. Der Einfluss religiöser Traditionen wird oft überschätzt.

Die sozialhierarchischen Unterschiede innerhalb der Migranten-Population sind geringer als innerhalb der autochthonen deutschen Bevölkerung. Der Schwerpunkt

hinsichtlich der sozialen Lage der Migranten liegt im Bereich der unteren Mitte. Dagegen ist das Spektrum der Grundorientierungen bei Migranten breiter, das heißt heterogener als bei Bürgern ohne Zuwanderungsgeschichte. Es reicht vom Verharren in archaischen Traditionen über das Streben nach materieller Sicherheit und Konsumteilhabe, dem Traum vom gesellschaftlichen Aufstieg, über das Streben nach individueller Selbstverwirklichung und Emanzipation bis hin zu Entwurzelung, Unangepasstheit und Perspektivlosigkeit. Die Bereitschaft zu Leistung und Anpassung ist in der Migrantenpopulation insgesamt stärker ausgeprägt als in der autochthonen deutschen Bevölkerung.⁴⁰

Die meisten Migranten-Milieus sind – jeweils auf ihre Weise – um Integration bemüht und verstehen sich als Angehörige der multikulturellen deutschen Gesellschaft. Bei drei der acht Milieus sind starke Assimilationstendenzen (Statusorientiertes Milieu, Adaptives Integrationsmilieu, Multikulturelles Performermilieu) zu erkennen. Bei drei anderen Milieus finden sich zum Teil Haltungen einer – aktiven oder passiven – Integrationsverweigerung (Religiös-verwurzeltes Milieu, Entwurzeltes Milieu, Hedonistisch-subkulturelles Milieu). Im Vergleich aller Milieus repräsentieren die „traditionellen“ ethnischen und religiösen Milieus zahlenmäßig die Minderheit der Migranten – anders als es erhebliche Teile der Berichterstattung in Politik und Medien vermuten lassen. Die große Mehrheit also will sich in die Aufnahmegesellschaft einfügen – ohne ihre kulturellen Wurzeln zu vergessen. Viele, vor allem jüngere Befragte der zweiten und dritten Generation, haben ein bi- oder multikulturelles Selbstbewusstsein und sehen ihren Migrationshintergrund sowie ihre Mehrsprachigkeit als Bereicherung – für sich selbst und für die Gesellschaft.

Der Integrationsgrad ist wesentlich bildungs- und herkunftsabhängig: Je höher das Bildungsniveau und je urbaner die Herkunftsregion, desto leichter und besser gelingt in der Regel eine Integration in die Aufnahmegesellschaft. Häufig beklagt wird – quer durch die Migranten-Milieus – die mangelnde Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft und ihr geringes Interesse an den „neuen“ Mitbürgern.

Gerade Mitglieder der bildungsorientierten und weltoffenen Milieus (intellektuell-kosmopolitisch, multikulturelle Performer) können als Akteure für die Entwicklungs-

⁴⁰ Vgl. BMFSFJ (2007).

zusammenarbeit angesprochen werden. Insbesondere bei Naturkatastrophen und ähnlich einschneidenden Ereignissen sind aber auch im Sinne der Nächstenliebe Mitglieder aus dem religiös-verwurzelten Milieu offen für gezielte Unterstützungsaktionen (zum Beispiel für das Erdbeben in Iran im Jahr 2003) und Kampagnen.

Ein wesentlicher Aspekt bei der Kontaktaufnahme mit Migranten ist die Berücksichtigung und Würdigung der in der Milieustudie zum Ausdruck gebrachten individuellen Grundorientierungen und Werteebenen der Menschen. Auch sollte nicht nur der Migrationshintergrund im Vordergrund stehen, sondern auch der Bezug auf das jeweilige Milieu.

Auch wenn sich die SINUS-Studie vornehmlich mit den großen Migrantengruppen aus Ost- und Südosteuropa beschäftigt, lassen sich Rückschlüsse für die in der Entwicklungszusammenarbeit relevanten Gruppen aus Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika schließen. Insgesamt ist der Akademikeranteil in diesen Gruppen wesentlich höher als bei den Menschen aus den ehemaligen Anwerbestaaten, weshalb auch zu vermuten ist, dass durch gezielte Ansprache und Einbindung ein prozentual beachtlicher Teil dieser ethnischen Gruppen für entwicklungspolitische Aktivitäten interessiert sein/werden können. Dies legen auch die Erfahrungen mit MO in den verschiedenen Bundesländern nahe.

3.2 Zusammensetzung und Aktivitäten von Migrantenorganisationen und erkennbare Potenziale für die Entwicklungspolitik

Um die Potenziale von Migranten und ihren Organisationen erkennen zu können, ist es wichtig, einen Überblick über die „Landschaft“ der Migrantenorganisationen (MO) in der Bundesrepublik, ihre Strukturen, Zielsetzungen, Aktivitäten und die Motive und Rahmenbedingungen ihrer Arbeit zu haben.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, gibt es diesbezüglich eine Vielfalt an verschiedenen Bezeichnungen: Neben Migrantenorganisationen ist häufig auch von Migrantenselbstorganisationen, Diasporaorganisationen, Migrantendiaspora-Organisationen etc. die Rede. Bei all diesen Bezeichnungen steht der Migrationshintergrund der (Mehr-

heit der) Gruppenmitglieder im Vordergrund. Doch ist dies nicht der alleinige Fokus vieler MO: Die meisten Migrantenorganisationen sind multifunktional und erfüllen mehrschichtige, mehr oder minder explizite Funktionen an den Schnittstellen von Migration und Integration bzw. Migration und Entwicklung.⁴¹ Je nach Kontext kann „Migrantenorganisation“ eine sehr allgemeine, nur wenig differenzierte Bezeichnung sein. Denn während im Hinblick auf „deutsche“ Vereine in der Regel Bezug auf die jeweiligen Aktivitäten genommen wird (z. B. Sportverein, Studierendenverein, Eine Welt-Verein, Musikverein), steht im Hinblick auf Migrantenorganisationen oftmals das „migrantische“ stark im Vordergrund. Doch Migrantenorganisationen sind in der Regel mehr als bloße „ethnische Zusammenkünfte“, je nach inhaltlichem Schwerpunkt sind Migrantenorganisationen gleichzeitig auch Eine Welt-Akteure, Integrationsakteure, Sportvereine etc.

Einen guten Überblick über die Arbeit von Migrantenorganisationen in Deutschland gibt die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Studie „Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004“ (2005). Sie enthält neben allgemeinen Daten und Informationen gesonderte Kapitel speziell über MO und ihre Aktivitäten. Befragt wurde hierbei eine Stichprobe der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (insgesamt 1529 Menschen) aus Europa, Asien, Süd- und Nordamerika, aus Afrika und aus dem Nahen Osten. Für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sind die Ergebnisse dieser Arbeit deswegen besonders interessant, weil die Mehrheit der MO auf lokaler bzw. kommunaler Ebene agiert. Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse dieser Studie im Hinblick auf Potenziale für die Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt.

1. Gemeinschaftsaktivitäten: Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die befragten Migranten sich zu 61 Prozent außerhalb von Familie und Beruf aktiv in Vereinen, Gruppen, Organisationen oder Einrichtungen betätigen (Nicht-Migranten: 71 Prozent). Nach Bereichen sortiert beteiligten sich Migranten mit 35 Prozent am häufigsten an „Sport und Bewegung“, gefolgt von „Freizeit und Geselligkeit“ (18,5 Prozent), „Schule und Kindergarten“ (14 Prozent),

⁴¹ Vollmer, Ruth/Warnecke, Andrea (2011): Migration – Integration – Entwicklung. Afrikanische Migrantenorganisationen in NRW. BICC Brief 44, S. 61.

„Kultur und Musik“ (13,5 Prozent), dem sozialen Bereich (10,5 Prozent) und „Kirche und Religion“ (9,5 Prozent). Bis auf den Bereich „Schule und Kindergarten“, wo Migranten aktiver sind als Nicht-Migranten, ähneln sich in den anderen Bereichen die Beteiligungsquoten der beiden Gruppen weitgehend.⁴² Interessante inhaltliche Anknüpfungspunkte für die Entwicklungszusammenarbeit können etwa die Bereiche „Schule und Kindergarten“ (zum Beispiel Globales Lernen, Schüleraustausche), „Kultur und Musik“ (Kulturaustausch, Nutzung kulturspezifischen Wissens) und der soziale Bereich (zum Beispiel Unterstützung sozialer Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern) bieten. Aber auch der Bereich „Kirche und Religion“ könnte ein interessantes Anknüpfungsfeld sein, zumal vielen Religionen soziale und wohltätige Aktivitäten immanent sind und entsprechende religiös motivierte soziale Aktivitäten nicht nur bei Nicht-Migranten, sondern auch bei den Migranten zu finden sind.

2. Freiwilliges Engagement: 23 Prozent der befragten Migranten sind im Rahmen von Freiwilligenarbeit, das heißt unentgeltlich, aktiv (Nicht-Migranten: 37 Prozent), und dies besonders in den Bereichen „Schule und Kindergarten“ (7 Prozent), „Sport und Bewegung“ (6,5 Prozent) und erst mit Abstand folgen „Kirche und Religion“, der soziale Bereich, der Bereich „Kultur und Musik“ und der Bereich „Freizeit und Geselligkeit“. Aufgrund des Umstandes, dass in der Stichprobe nur Migranten mit guten Deutschkenntnissen und einem überdurchschnittlichen Bildungshintergrund vertreten sind, ist die genannte Freiwilligenquote insgesamt im Vergleich zur Gesamtgruppe der Migranten hoch. Auf die Gesamtgruppe der Migranten bezogen wird von einer Engagementquote von 10 bis 12 Prozent ausgegangen. Wenn man die Engagementquote nach Gruppen sortiert, ergibt sich folgendes Bild: Erstens sind Migranten, die in Deutschland geboren wurden, häufiger freiwillig engagiert als diejenigen, die eingewandert sind. Zweitens zeigt sich, dass länger hier lebende Migranten aktiver in der Freiwilligenarbeit sind als diejenigen, die kürzere Zeit (seit 1990) in Deutschland leben.

Von allen im Modell befindlichen Faktoren übt die Dauer des Aufenthalts der Migranten den höchsten Einfluss dar-

aus, ob sich Migranten freiwillig engagieren, während zum Beispiel die Staatsangehörigkeit (deutsch oder nicht-deutsch) einen weniger signifikanten Einfluss hat. Darüber hinaus gilt: je besser die soziale Eingebundenheit und je höher die formale Bildung, desto häufiger sind Migranten freiwillig engagiert.⁴³ Auch mit Blick auf die Potenziale für die Entwicklungszusammenarbeit zeigt sich hiermit, dass eine „gelungene“ Integration (u. a. lange/unbefristete Aufenthaltsdauer, Ausbildung, soziale Eingebundenheit) wesentliche Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement ist.

3. Engagementpotenzial: Weiterhin ist für die Entwicklungszusammenarbeit interessant, dass zwar von den befragten Migranten „nur“ 23 Prozent freiwillig engagiert sind, jedoch weitere 17 Prozent bekundet haben, in Zukunft bestimmt eine freiwillige Tätigkeit aufnehmen zu wollen. Außerdem sind weitere 25 Prozent der Migranten unter Umständen bereit, sich zu engagieren. Und es gibt bereits aktive Migranten, die bereit wären, ihr bereits vorhandenes freiwilliges Engagement zu erweitern. Diese Ergebnisse zeigen, dass noch ein großes Potenzial vorhanden ist, welches auch für Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit gewonnen werden könnte.⁴⁴

4. Zielgruppen: Statistisch gesehen setzen sich Migranten im Rahmen ihres freiwilligen Engagements am häufigsten für die Zielgruppe „Kinder und Jugendliche“ ein (41 Prozent), mit Abstand gefolgt von der Gruppe „Ältere Menschen“ und „Familien“ (beide sieben Prozent) und „Frauen“ (nur bei Migrantinnen: sechs Prozent), und „Zuwanderer, Ausländer und Flüchtlinge“ (vier Prozent). Da sich die Befragten für jeweils eine Kategorie entscheiden sollten, jedoch manche Kategorien in der Realität zusammenfielen (zum Beispiel „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“) und eine Kategorie „unbestimmt“ vorhanden war, wurde eine Neuauswertung vorgenommen und danach waren insgesamt nicht vier Prozent, sondern elf Prozent der Aktivitäten auf „Zuwanderer, Ausländer und Flüchtlinge“ gerichtet.⁴⁵ Interessant für die Entwicklungszusammenarbeit können zum Beispiel die Kenntnisse sein, die Migranten aus dem Umgang mit bestimmten Zielgruppen erworben haben (zum Beispiel Frauen, ältere Menschen), sofern etwa in

⁴² Vgl. BMFSFJ (2005), S. 347

⁴³ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 348 und S. 370 ff.

⁴⁴ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 348.

⁴⁵ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 390.

Projekten der Entwicklungszusammenarbeit in den jeweiligen Herkunftsländern solche speziellen Zielgruppen angesprochen werden sollen.

5. Organisationsformen: Migranten sind häufiger in staatlichen bzw. kommunalen Einrichtungen freiwillig engagiert als Nicht-Migranten (17 Prozent zu 12 Prozent) und dafür seltener in Vereinen (38 Prozent zu 44 Prozent). Die Gründung eines Vereins kann für manche Migranten mehr als für Einheimische eine Barriere darstellen.⁴⁶ Hier wird tendenziell Hilfe- bzw. Beratungsbedarf (hinsichtlich Vereinsgründung und Vereinsentwicklung) bei den Migranten deutlich. Im Rahmen zum Beispiel von kommunaler Integrationsarbeit wurde dieser Bedarf bereits teilweise erkannt. Entsprechend wäre es auch für die kommunale Entwicklungspolitik wichtig, zunächst den Aufbau solider Vereinsstrukturen durch Beratung zu unterstützen, denn Förderprogramme sind häufig auch für MO nur dann zugänglich, wenn sie als eingetragene Vereine organisiert sind.

6. Anforderungen und Ressourcen: Migranten schätzen die Anforderungen, die im Rahmen der Freiwilligentätigkeit an sie gestellt werden, höher ein als Nicht-Migranten, vor allem in den Bereichen Belastbarkeit, Fachwissen und Umgang mit Behörden. Bei manchen engagierten Migranten lösen diese Anforderungen ein Gefühl der Überforderung aus, was nicht selten zur Beendigung des freiwilligen Engagements führt.⁴⁷ Zudem ist in MO (bei gleichzeitig höheren Anforderungen und höherer Problembelastung) die Ressourcenknappheit im Vergleich zu den Organisationen der Mehrheitsgesellschaft stärker ausgeprägt. Daher wird von den MO sowohl eine fachliche als auch eine persönlich-emotionale Unterstützung durch hauptamtlich Beschäftigte in Einrichtungen und Organisationen besonders dringlich eingefordert.⁴⁸ Dies ist auch zu berücksichtigen, wenn man MO künftig stärker in die Entwicklungszusammenarbeit einbinden möchte. Hier ist zum einen wichtig, dass Migranten in ihren bestehenden Strukturen finanziell/personell/sachlich nicht überfordert und entsprechende Anreize durch Unterstützung bereitgestellt werden, zum andern, dass ihnen der mögliche Nutzen eines Engagements in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit verdeutlicht wird.

7. Anerkennung: Migranten mahnen häufiger als Nicht-Migranten an, dass ihre freiwilligen Tätigkeiten besser formal (zum Beispiel als Praktikum, um die eigenen Bildungs- und Berufschancen zu verbessern) und öffentlich anerkannt werden sollten (Freiwilligenstudie 2005, S. 350f.). In der Tat finden die Leistungen, die MO seit Jahrzehnten für die Integrationsarbeit (ehrenamtlich) erbringen, in der Öffentlichkeit wenig Erwähnung. Mit dem problemzentrierten Blickwinkel wird MO nicht selten unterstellt, dass diese zur Entstehung von Parallelgesellschaften beitragen würden. Solange Migranten nicht oder zu wenig als (konstruktive) Mitgestalter der Gesellschaft wahrgenommen werden, erschwert dies auch die Gewinnung ihrer Potenziale für neue Tätigkeitsfelder wie zum Beispiel die Entwicklungszusammenarbeit. Eine öffentliche Aufwertung zum Beispiel sozial engagierter MO auf lokaler Ebene könnte ihrer Gewinnung, auch für neue Aktivitäten und Kooperationen, zuträglich sein.

Einige dieser Erkenntnisse aus der Freiwilligenstudie werden durch die Empfehlungen einer Forschungsarbeit unterstützt, die das Institut für soziale Innovation in Solingen zusammen mit der Universität Paderborn im Auftrag der Stadt Paderborn über die Selbstorganisation und das bürgerschaftliche Engagement von Migranten in Paderborn durchgeführt hat⁴⁹:

- MO benötigen mehr Unterstützung, um bürokratische Hürden zu überwinden, Ressourcen zu organisieren, Mitglieder zu aktivieren und sich in der Öffentlichkeit erfolgreich präsentieren zu können. Hierbei wäre Unterstützung (zum Beispiel durch Fortbildungen, Beratung) etwa in den Bereichen Projektentwicklung, Finanzmanagement, Mitgliedermotivation und Öffentlichkeitsarbeit hilfreich.
- Um Austausch und Professionalisierung ihrer Arbeit zu fördern, sollte die Vernetzung lokaler MO, zum Beispiel durch eine gemeinsame Datenbank, unterstützt werden.
- Positive Berichterstattung über Aktivitäten von Migranten und MO motiviert, weil sie mit höherer Wertschätzung und öffentlicher Aufmerksamkeit einhergeht.

⁴⁶ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 349.

⁴⁷ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 349.

⁴⁸ Vgl. BMFSFJ (2005), S. 350

⁴⁹ Vgl. Stadt Paderborn (Hg.) (2007).

- Gezielte Förderung bestimmter Vereinsaktivitäten (zum Beispiel Entwicklungsengagement) und -strukturen durch finanzielle Anreizsysteme erscheint sinnvoll, wenn sie im öffentlichen Interesse ist.
- Verknüpfung der Potenziale (von Migranten und der Mehrheitsgesellschaft) in einer Region, zum Beispiel in den Bereichen Integration und Entwicklungszusammenarbeit, ist wichtig, um Synergien und Verbesserung zu erzielen.

Weitere Informationen über Migrantenorganisationen in Deutschland gibt die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Auftrag gegebene Studie „Kooperation mit Migrantenorganisationen“, deren Ergebnisse 2011 veröffentlicht wurden. Die Studie geht auch auf die zu Anfang dieses Unterkapitels genannte Multifunktionalität von Migrantenorganisationen ein. Zudem regt die Studie an, die Dichotomie von ‚Migranten‘ und ‚Einheimischen‘ zu überwinden, da die Erfahrungen und Herausforderungen kleiner „deutscher“ Träger oftmals mit den Erfahrungen kleiner Migrantenorganisationen vergleichbar seien und es auf der anderen Seite große, professionalisierte und etablierte Migrantenorganisationen gebe, die großen deutschen Vereinen und Verbänden ähneln würde: So gaben mehrere der im Rahmen der Studie interviewten Personen an, dass die Herausforderungen vieler Migrantenorganisationen eigentlich generelle Herausforderungen „kleiner“ Organisationen und nicht spezifische Herausforderungen von „Migranten“-Organisationen seien.⁵⁰ Ähnliche Erfahrungen wurden auch im Rahmen des Förderprogramms Entwicklungspolitische Bildung (FEB) der ENGAGEMENT GLOBAL (vormals InWEnt bzw. GIZ) gemacht. Vor diesem Hintergrund sollten keine gesonderten Qualifizierungsseminare für MO durchgeführt werden, sondern generell für „Neueinsteiger“ bzw. neue Träger. Die Studie des BAMF empfiehlt, Förderrichtlinien stärker entlang anderer Organisationsmerkmale, wie z. B. Professionalisierungsgrad oder Alter zu formulieren.⁵¹

3.3 Vorhandene entwicklungspolitische Aktivitäten von Migrantenorganisationen

Entwicklungspolitisch aktiv sind vor allem die Migranten-
gruppen aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Wie de-

ren konkrete Aktivitäten im entwicklungspolitischen Bereich aussehen können, zeigen exemplarisch die Studien der GTZ (seit 2011: GIZ) von 2006/2007 zu den afghanischen, ägyptischen, marokkanischen, serbischen, senegalesischen und vietnamesischen Diasporagemeinden in Deutschland.⁵² Die Studien liefern Informationen zu Wanderungsgeschichte, Größe und Engagement der Migrantengruppen und belegen empirisch den in Kapitel 2.4 dargestellten Zusammenhang zwischen Integration und Art und Umfang des Engagements für die Herkunftsländer. Darüber hinaus werden zwei weitere wichtige Einflussfaktoren für das jeweilige Entwicklungsengagement deutlich:

- Die Beziehungen der einzelnen Diasporamitglieder zu ihrem Herkunftsland hängt oftmals von ihrem politischen und sozioökonomischen Status vor der Auswanderung ab: Zum Beispiel entstammen viele ägyptische Migranten der Bildungselite Ägyptens, halten hochrangige Netzwerke in ihre Heimat aufrecht, tätigen gewinnbringende Investitionen in der Wirtschaft und Wissenschaft Ägyptens und engagieren sich in gemeinnützigen Infrastrukturprojekten im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Ein anderes Beispiel sind die vietnamesischen Bootsflüchtlinge, die seit 1975 in die BRD gekommen sind, bis heute fundamentale Kritik an der kommunistischen Politik Vietnams üben und sich eher im familiären Rahmen als in offiziellen gemeinnützigen Projekten engagieren.
- Die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Herkunftsland können ein Engagement befördern (beispielsweise eine Notlage, zumal wenn sie intensiv medial aufgegriffen wird wie in Afghanistan) oder hemmen (Rechtsunsicherheit, Korruption, Inflation behindern zum Beispiel Direktinvestitionen) oder in bestimmte Richtungen lenken (ein zerfallener Staat wird eher Engagement im Bereich der Nothilfe anziehen; Förder- und Kooperationsprogramme des Herkunftslandes können zum Beispiel Investitionen in speziellen Sektoren oder Landstrichen begünstigen). Eine wichtige Rolle spielt auch die Migrations- bzw. Diasporapolitik des Herkunftslandes (siehe Kapitel 2.3).

Je nachdem also, ob die Integration gelingt, wie kompe-

⁵⁰ Hunger/Metzger (2011): Kooperation mit Migrantenorganisationen. BAMF, S. 73, 84.

⁵¹ Ebd.

⁵² Vgl. GTZ (2006).

tent und gut organisiert die MO sind, der sozioökonomische Status und die Qualifikation ihrer Mitglieder aussieht, wie es um das Verhältnis zwischen Migranten und dem politischen System des Herkunftslandes steht und wie die Rahmenbedingungen dort ausfallen, erstreckt sich das entwicklungspolitische Engagement privater Unterstützung über Kleinprojekte für Verwandte bis hin zu großen gemeinwohlorientierten Infrastrukturprojekten im Bildungs- und Gesundheitsbereich, zu Wirtschaftsinvestitionen und Wissenschaftskooperationen; auch direktes politisches Engagement, z. B. für Demokratie und Menschenrechte, ist möglich.

Eine 2011 von der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl) e.V. veröffentlichten Studie schätzt, dass eine große Zahl der in Deutschland ansässigen Migrant*innenorganisationen aus Entwicklungs- und Schwellenländern sich im entwicklungspolitischen Bereich engagiert bzw. an einem Engagement interessiert ist. Das Angebot entsprechender Förderprogramme wie das bereits erwähnte Programm „Förderung des entwicklungspolitischen Engagements von MO“ von CIM zeigen die gesellschaftliche und politische Anerkennung dieses Engagements. Neben der Durchführung von Projekten und Initiativen im Ausland sowie in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland organisieren einige MO auch entwicklungspolitische Freiwilligendienste, z. B. im Rahmen des durch das BMZ geförderten Freiwilligendienstes „weltwärts“. Zudem gibt es zahlreiche Initiativen der Vernetzung und des fachlichen Austausch zwischen Migranten und MO, wie z. B. die in Kapitel 5 beschriebenen Initiativen. Im Februar 2011 hat sich ein kleiner, informeller „Fachkreis Migration, Entwicklung und Partizipation“ gegründet, der sich aus Beratern und Koordinatoren mit Migrationshintergrund aus fünf Bundesländern zusammensetzt. Der Fachkreis verfolgt die folgenden Ziele:⁵³

1. Stärkung der Diaspora und deren Strukturen
2. Transkulturelle Öffnung der Diaspora
3. Entwicklung von Strategien zur chancengleichen Beteiligung am kommunalen bzw. Länderhaushalt
4. Entwicklung von Strategien zum Abbau von strukturellen Barrieren in der vollständigen Teilhabe an der Gestaltung von Entwicklungspolitik

⁵³ <http://ber-ev.de/PortalMOVglobal/fachkreis-migration-entwicklung-und-partizipation> (30.09.2011)

IV. Ansatzpunkte zur Verknüpfung von kommunaler Entwicklungspolitik und Diasporen: Stand und Potenziale

Im Folgenden werden zunächst die grundsätzlich bestehenden Anknüpfungspunkte aufgezeigt, die es für eine entwicklungspolitisch aktive Diaspora zu den verschiedenen Formen der Eine-Welt-Arbeit in Kommunen gibt. Um mehr über die Realisierungsmöglichkeiten der Verknüpfung von kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und Diasporen zu erfahren, folgt daraufhin die Auswertung qualitativer Interviews mit Entscheidungsträgern aus den Bereichen Integration und Eine Welt aus ausgewählten Kommunen. Beide Bereiche befassen sich mit Themen der Interkulturalität. Zudem wird im Bereich Eine Welt sehr viel entwicklungspolitische Bildungsarbeit geleistet, während der Integrationsbereich sich eher mit dem multikulturellen Zusammenleben in Deutschland befasst.

4.1 Die Bedeutung der Debatten über Migration und Entwicklung für die kommunale Entwicklungspolitik

Die Bedeutung der Entwicklungs- und internationalen Zusammenarbeit nimmt in und für Kommunen zu.⁵⁴ Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass die Auswirkungen globaler Prozesse in den Kommunen unmittelbar spürbar werden (Verlagerung von Produktionsstätten, Zu- und Abwanderung etc.). Der Wunsch und die Verantwortung, auf diese Prozesse Einfluss zu nehmen, integriert im besten Falle wohlverstandenes Eigeninteresse für den kommunalen Standort mit der Solidarität gegenüber Menschen aus dem politischen und wirtschaftlichen Süden. In diesem Sinne stehen auch die Tätigkeitsfelder kommunale Integration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit im selben internationalen Kontext, so dass eine stärkere gegenseitige Einbindung für beide Seiten gewinnbringend sein kann. Leider ist die hierzulande oft nur innenpolitische Betrachtung der Integration inhaltlich und institutionell (was Verwaltungsstrukturen betrifft ebenso wie die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen) kaum mit den als außenpolitisch wahrgenommenen Tätigkeiten im Entwicklungskontext verbunden. Gerade auf kommunaler Ebene bietet sich aber die Chance, die Themen Integration und Entwick-

lungspolitik zusammen zu bringen, z. B. durch Kooperationen zwischen Eine Welt- und Integrationsakteuren sowie Migrantenorganisationen. An dieser Stelle wird die in Kapitel 3 erwähnte Problematik der alltäglichen begrifflichen Trennung in Migranten- und Nicht-Migrantenorganisationen gut deutlich, denn Migrantenorganisationen sind in diesem Kontext auch als (migrantische) Integrations- bzw. Eine Weltakteure zu betrachten, jedoch nicht als separate Kategorie, wie es häufig geschieht.

Lokale Eine-Welt-Arbeit reicht von Initiativen für entwicklungspolitische Bildung, fairen Handel und faires Beschaffungswesen über formale oder informelle (auch konkret projektbezogene) Nord-Süd-Partnerschaften der Kommunalverwaltung, zivilgesellschaftlicher Akteure sowie kommunaler Institutionen bis hin zur Beteiligung der Kommunen an Aktivitäten internationaler Entwicklungsorganisationen und internationaler Netzwerke, die globale Nachhaltigkeit und Entwicklung anstreben.

MO können sich im ganzen Bereich entwicklungspolitischer Bildung und beispielsweise auch in Bezug auf die Förderung des fairen Handels sehr gut durch Erlebnisberichte und durch genaue Kenntnisse von Land und Leuten aus der Südhemisphäre authentisch, überzeugend und kritisch einbringen. Im Bereich der Nord-Süd-Partnerschaften können sie diese durch ihren Einfluss insgesamt beleben und vertiefen, ferner die deutsche Seite dabei beraten, wie sie den Partnern auf Augenhöhe begegnet. Das heißt, sie können die kommunale Entwicklungszusammenarbeit wesentlich stärken.

Und dadurch auch die entwicklungspolitische Wirkung der Partnerschaft: Kenntnisse und Kontakte der MO in das Partnerland, vielleicht sogar direkt in die Partnerkommune, können sehr hilfreich sein für die Effizienz und Effektivität der in diesem Rahmen durchgeführten Entwicklungsprojekte.

Im Falle einer konstruktiven Zusammenarbeit der Akteure entsteht auch für das entwicklungspolitische Engagement der MO Aufmerksamkeit und möglicherweise eine breitere gesellschaftliche Unterstützung (zum Beispiel in Form von Spenden, weiteren Kooperationsangeboten oder Unter-

⁵⁴ Die Kommunalbeschlüsse zum fairen Beschaffungswesen und die Aktivitäten zum fairen Handel weiten sich stetig aus. Hinzu kommen die Selbstverpflichtungen für einen Beitrag zur Erreichung der Millennium Development Goals der Vereinten Nationen (MDG-Erklärung des Deutschen Städtetages) sowie eine stärkere Beteiligung an internationalen Netzwerken, etwa im Bereich Klimawandel. Dies steht unter anderem im Kontext einer entwicklungspolitischen Bedeutungszunahme der Städte: durch die beschleunigte Urbanisierung in Afrika und Asien und die in Entwicklungsländern platzgreifenden Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse einerseits und der wachsenden Einbindung von internationalen Kommunalnetzwerken auf UN- und EU-Ebene und der damit verbundenen Wahrnehmung der Kommunen als „unverzichtbarer Partner“ in den Bereichen der Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit andererseits.

stützung bei der Vereinsorganisation). Im besten Fall wird ihnen vermehrt Anerkennung und Respekt aus der Kommune entgegengebracht. Das heißt, die geglückte Kooperation zwischen Diaspora und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit entpuppt sich als positiver Beitrag zur Integration. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass neben der Zielsetzung einer MO auch der Integrationsstatus ihrer Mitglieder in Deutschland einen wichtigen Einfluss darauf ausübt, inwiefern sie sich in lokale Integrations- und Eine Welt-Strukturen einbindet und daran mitwirkt.

4.2 Empirische Untersuchung in 14 ausgewählten Kommunen

Für die erste Ausgabe (2008) wurden in der Zeit vom 5. bis 20.12.2007 27 Akteure aus 14 von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ausgewählten Kommunen nach ihren Einschätzungen zur Verknüpfung kommunaler entwicklungspolitischer Aktivitäten mit den Diasporen befragt. Bei den Befragten handelt es sich um Vernetzungskollegen aus den Bereichen

- Entwicklungszusammenarbeit, Eine Welt-Vereine bzw. lokale Agenda 21,
- Integration,
- Städtepartnerschaften,
- politische Partizipation.

Diese verschiedenen Handlungsfelder lassen sich grob in einen für Eine-Welt-Arbeit/Internationales und einen für

Integrationsarbeit aufteilen. Als zentrale Ansprechpartner, Anlaufstellen, Koordinatoren für diese Themenbereiche sind die Befragten in ständigem Kontakt mit relevanten Akteuren und Aktivitäten in den jeweiligen Kommunen.

Dabei wurde nach Möglichkeit in jeder Stadt jeweils mindestens eine Person aus dem Bereich Eine-Welt/Internationales und aus dem Bereich der Integrationsarbeit befragt, um die Sichtweisen und Vorstellungen der kommunalen Teilsysteme erfassen zu können. In den offenen, leitfadengestützten Interviews bildeten folgende Themen die Schwerpunkte:

- Aktivitäten im eigenen Verantwortungsfeld
- Kooperationen mit dem jeweils anderen Handlungsfeld
- Mögliche Gewinne oder Chancen durch Zusammenarbeit
- Gefahren
- Faktoren, die diese Zusammenarbeit unterstützen

Im Rahmen der Aktualisierung des Gutachtens wurde ein Teil des damaligen Akteurskreises erneut befragt, um eventuelle Veränderungen und Entwicklungen seit 2007 erfassen zu können. Aufgrund des Ausscheidens aus dem früheren Tätigkeitsfeld, längeren Auslandsaufenthalten, Urlaub oder Krankheit während des Befragungszeitraums konnten einige Gesprächspartner von 2007 dieses Mal nicht befragt werden.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die 2007 und 2011 befragten Personen aus folgenden Städten:

Kommune		Interviewpartner	
		Eine-Welt/Internationaler Bereich	Integrationsbereich
Aachen	2007	Dr. Mona Pursey Eine Welt Forum Aachen e. V.	Iris Kreutzer Integrationsbeauftragte
	2011	Dr. Mona Pursey Eine Welt Forum Aachen e. V.	Achim Kockerols Soziales und Integration - Stabstelle Integration
Aschaffenburg	2007	Tibor Reidl Sachgebiet Umweltschutz/Energie – Agenda 21	Oliver Theiß Integrationsbeauftragter
	2011	Tibor Reidl Sachgebiet Umweltschutz/Energie – Agenda 21	Oliver Theiß Integrationsbeauftragter
Bielefeld	2007	Ulrike Mann Welthaus Bielefeld e. V.	Annegret Grewe Ausländerbeauftragte

	2011	Ulrike Mann Welthaus Bielefeld e. V.	
Bonn	2007	Dr. Maria Hohn-Berghorn Vorstandsreferat Internationale Angelegenheiten und Repräsentation	
	2011	Stefan Wagner Vorstandsreferat Internationale Angelegenheiten und Repräsentation	
Darmstadt	2007	Jens Bolze Agenda Büro	Dr. Patricia Latorre Interkulturelles Büro
	2011	Renate Bischof Agenda Büro	Dr. Patricia Latorre Interkulturelles Büro
Düren, Kreis	2007		Sybille Haußmann Integrationsbeauftragte für Migrantinnen und Migranten
	2011		Sybille Haußmann Leiterin der Stabsstelle für Migrationsangelegenheiten/RAA Winfried Simon Integrationsagentur der Evangelischen Gemeinde zu Düren
Hamburg	2007	Heiko Möhle Eine Welt Netzwerk Hamburg	Doris Kersten Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz; Management des Integrationsbeirats
Hannover	2007	Silvia Hesse Büro des Oberbürgermeisters Referat für Integration und Agenda 21	
Kiel	2007	Ulrich Ketelhodt Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)	Birgit Lawrenz Referat Migration Özlem Ünsal Forum für Migrantinnen und Migranten
	2011		Birgit Lawrenz Referat Migration Özlem Ünsal Forum für Migrantinnen und Migranten
Leipzig	2007	Dr. Gabriele Goldfuß Referat Europäische und Internationale Zusammenarbeit Martina Glass Vorsitzende Eine Welt e. V. Leipzig	Stojan Gugutschkow Referat Ausländerbeauftragter

	2011	Dr. Gabriele Goldfuß Referat Europäische und Internationale Zusammenarbeit	
Mühlheim an der Ruhr	2007	Andreas Horn Büro für Städtepartnerschaften/ Internationales	
München	2007	Sylvia Glaser Büro für Rückkehrhilfen Petra König EineWeltHaus München e. V., Geschäftsführung	
	2011	Sylvia Glaser Büro für Rückkehrhilfen	
Neumünster	2007		Holger Pohlmann Fachdienstleiter Sozialbereich Sami Inci Vorsitzender des Runden Tisches für Integration
	2011		Holger Pohlmann Fachdienstleiter Sozialbereich Sami Inci Vorsitzender des Runden Tisches für Integration
Potsdam	2007	Dr. Ursula Löbel komm. Leiterin Sicherheitskonferenz/ Agenda 21	Magdolna Grasnack Beauftragte für Migration und Integration
	2011		Magdolna Grasnack Beauftragte für Migration und Integration
Stuttgart	2007		Rolf Graser Forum der Kulturen
	2011		Rolf Graser Forum der Kulturen

Bei der Auswahl der befragten Kommunen sollte sich ein breites Spektrum an Handlungsansätzen und kommunalen Aktivitäten abbilden. Folgende Fragestellungen spielten dabei eine Rolle:

- Gibt es in der Kommune ein Integrationskonzept?
- Liegt Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik vor?
- Werden MO unterstützt?

Weiterhin wurde darauf geachtet, dass Städte und Kreise unterschiedlicher Größe und entsprechend ihrer regionalen

Verteilung im Bundesgebiet bei der Auswahl berücksichtigt wurden. Ferner, dass sie jeweils unterschiedliche regionale Schwerpunkte in der Migrantenstruktur aufweisen, wie die unten wiedergegebenen Strukturdaten zeigen.

Strukturdaten der befragten Kommunen im Jahr 2010

Stadt	Bevölkerung (gesamt)		Bevölkerung aus...			MOs mit Fokus auf...		
	Deutsche	Ausländer	Afrika	Amerika	Asien	Afrika	Amerika	Asien
Aachen	244.509	33.326	3.280	956	5.858	35	3	23
Aschaffenburg	68.711	16.252	647	704	2.899	2	0	0
Bielefeld	323.084	39.447	1.443	682	5.868	keine Angaben		
Bonn	317.595	42.022	5.761	2.579	9.155	5	0	0
Darmstadt	143.332	21.442	2.344	970	3.448	keine Angaben		
Kreis Düren	268.637	20.495	1.222	290	2.706	11	0	6
Hamburg	1.774.244	239.371	16.543	10.926	47.298	keine Angaben		
Hannover	526.306	72.773	5.016	3.750	25.798	11	1	8
Kiel	238.281	20.829	2.474	1.480	9.324	20	5	20
Leipzig	518.862	40.775	2.410	2.355	12.558	5	1	3
Mülheim a. d. Ruhr	168.401	17.642	1.404	276	2.223	3	0	6
München	1.330.440	305.327	keine Angaben			keine Angaben		
Neumünster	76.897	4.773	222	91	768	1	0	0
Potsdam	155.354	6.644	431	379	1.364	8	1	6
Stuttgart	592.966	125.116	3.654	3.547	12.090	keine Angaben		

Grundsätzlich werden die Aussagen von 2007 in der Befragung von 2011 bestätigt und im Sinne der Handlungsempfehlungen bekräftigt. Zur besseren Nachvollziehbarkeit, sind die Zitate aus den beiden Befragungen von 2007 und 2011 mit der jeweiligen Jahreszahl gekennzeichnet. Rückblickend auf die vergangenen Jahre ist es den Interviewpartnern in der Regel möglich, konkrete Erfahrungen und Weiterentwicklungen zu beschreiben, aber auch konkrete Kritik zu üben. In einigen Kommunen gab es diesbezüglich jedoch kaum Veränderungen. Dort wo es bereits 2007 gute Voraussetzungen gab, oder wo durch Modellprojekte, Landesinitiativen usw. neue Impulse gesetzt wurden, waren positive Weiterentwicklungen erkennbar. Es fällt auf, dass in allen 2011 befragten Kommunen ein gewisser Austausch zwischen den Bereichen Eine Welt/ Internationales und Integration besteht, selbst wenn die administrativen Strukturen sowie mangelnde finanzielle, zeitliche und personelle Ressourcen diesen erschweren. Jedoch ist dieser Austausch in den einzelnen Kommunen unterschiedlich stark ausgeprägt und wird in unterschiedlichem Maße politisch gefördert.

Die Interviewaussagen lassen sich inhaltlich in die folgenden sieben Hauptaussagen unterteilen.

4.2.1 Bundes- und landespolitische Signale stärken die kommunalen Akteure

Die verstärkte Beschäftigung mit neuen Aufgaben oder veränderten Handlungsansätzen bedarf der Stärkung und Unterstützung durch bundes- oder landespolitische Signale, und Anreize sowie konkreter Förderung.

Herr Reidl vom Sachgebiet Umweltschutz/Energie – Agenda 21 aus Aschaffenburg erklärte die Bedeutung der Signalwirkung am Beispiel des Agenda 21-Prozesses:

„Die Landesregierung hatte immer den Agenda 21-Prozess unterstützt. Von daher hat auch die Kommunalpolitik gewusst, dass der Agenda 21-Prozess eine Bedeutung hat und das Engagement in diesem Bereich beibehalten werden muss.“ (2007)

Genau so ein politisches Zeichen forderte Frau Mann vom Welthaus Bielefeld e.V., wenn das Land sich so ein Engagement wünscht:

„Die Landesregierung muss da hinschauen und ein politisches Signal setzen.“ (2007)

Ein solches politisches Signal könnte z. B. die Schaffung öffentlich finanzierter Stellen sein, die den konkreten Auftrag erhalten, sich dem Themenbereich Migration und Entwicklung zu widmen bzw. diesbezügliche Koordinierungsaufgaben zu übernehmen, sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene. So wurde in NRW im Jahre 2008 die von der Landesregierung finanzierte Fachstelle Migration und Entwicklung geschaffen. Ein konkretes Instrument der Fachstelle waren die so genannten Regionalkonferenzen, die seit 2006 afrikanische MO sowie Akteure der Eine Welt und des Integrationsbereichs der jeweiligen Regionen miteinander vernetzen sollten. Frau Dr. Pursey vom Eine Welt Forum Aachen e.V., die in die Vorbereitung und Begleitung dieses Prozesses eingebunden war (siehe auch Kapitel 5), meint rückblickend:

„Es hat unheimlich geholfen, dass es eine Stelle wie die Fachstelle Migration und Entwicklung gegeben hat, also noch eine weitere hauptamtliche Person, die das Ganze mit begleitet hat.“ (2011)

Auch Frau Mann vom Welthaus Bielefeld e.V. erlebte 2009 im Zuge der Regionalkonferenz in Bielefeld eine intensivere Zusammenarbeit mit afrikanischen MO und dem Integrationsbereich der Stadt. Doch wenn solch eine Zusammenarbeit Bestand haben soll, seien darüber hinaus gehende klare und kontinuierliche Strukturen notwendig:

„Die Regionalkonferenz haben wir damals zusammen vorbereitet und da wurde auch der Wunsch sehr deutlich, weiter intensiv zusammenzuarbeiten. Doch dann ist der Prozess letztendlich nicht weiter begleitet und unterfüttert worden. Das war so ein bisschen die Kritik von unserer Seite, dass man da einmal losgezogen ist und gesagt hat, lasst uns das zusammen machen und dann aber letztendlich keine Ressource mehr da war, um das weiter zu begleiten und zwei so am Limit arbeitende Vereine wie das Friedenshaus⁵⁵ und das Welthaus konnten da ohne Förderung oder ähnliches nicht zusätzlich einen Schwerpunkt initiieren. Und dann sind wir wieder auf das Niveau des ‚man weiß voneinander und wenn Anfragen da sind, verweist man punktuell aufeinander‘ zurückgekommen, aber es gibt keine kontinuierliche Zusammenarbeit. [...] Die Idee war eigentlich, dass die Initiative von den MO selber kommen soll und da sie aber nicht wussten, wo sie dafür Unterstützung herkriegern sollen, hat sich das wieder verlaufen. [...] Es bedürfte eines

langfristigen Konzepts und einer Person, einer Stelle, die drei Jahre lang Zeit hat, so etwas aufzubauen und in die einzelnen Gruppen geht, mit denen spricht und fragt: ‚Was sind eure Bedürfnisse? Was braucht ihr? Was kann ich dazu tun? Was wollt ihr dazu tun? Wo wollen wir gemeinsam hin?‘ So etwas muss man halt aufbauen.“ (2011)

Diese Aussage bekräftigt Frau Haußmann, Integrationsbeauftragte des Kreises Düren, die gewisse Strukturen und Koordinierungsstellen als grundlegend sieht, um Kooperation und Austausch zwischen den Arbeitsbereichen Eine Welt und Integration und mit MO zu erleichtern. Sie kritisiert, dass es diesbezüglich Kürzungen der Landesregierung im Eine Welt Bereich gegeben hat.

„Das ist nach wie vor meine Kritik, dass die Eine Welt Koordinatoren, die es in NRW flächendeckend und vonseiten der Landesregierung finanziert gegeben hat, massiv zurückgeschnitten wurden. [...] Es gibt vor Ort keine Koordinationsstelle für Eine-Welt-Arbeit: Da muss einer dran bleiben. Von der entwicklungspolitischen Arbeit kommt man nicht von alleine auf uns zu. Eine Koordinierungsstelle könnte dies zusammenführen. Wir brauchen Man-Power und nicht ein Interview oder eine Veranstaltung und dann passiert 5 Jahre lang nichts. [...] Die Landesregierung muss dauerhaft stärken, nicht nur kurzfristige Impulse setzen. Früher hat es das gegeben. Aber damals waren die Migranten noch nicht so organisiert. Heute gibt es gut aufgestellte MO, aber keine lokale Eine Welt Struktur.“ (2011)

Neben der Schaffung und (finanziellen) Unterstützung solcher Strukturen kann die Politik zu entwicklungspolitischem Engagement aufrufen und motivieren: Beispielsweise entstand das Engagement des Eine Welt Forum Aachen e.V. in Indonesien in seiner Größenordnung erst aufgrund eines Aufrufs des ehemaligen Kanzlers Schröder.

„Die Initiative entstand über Kanzler Schröder, der im Zuge der Tsunami-Flutkatastrophe zu Partnerschaften angeregt hat.“ (Mona Pursey, 2007)

Jedoch nicht nur die Signalwirkung aus der Bundes- oder Landespolitik spielt eine Rolle. Auch die Unterstützung von namhaften, auf Bundesebene agierenden Partnern, macht die Arbeit für den kommunalen Bereich einfacher.

Herr Reidl erläutert:

„Solche Initiativen müssen durch große Organisationen wie InWEnt, Bertelsmann oder anderen Instituten legitimiert

⁵⁵ Gemeint ist das IBZ – Internationales Begegnungszentrum Friedenshaus e.V.

werden, damit die Kommunalpolitik nicht denkt, dass man spinnernd sei.“ (2007)

4.2.2 Kommunale Legitimation schaffen und strukturelle Trennungen überwinden

Die Kooperation der Bereiche Integration und Entwicklungszusammenarbeit erfordert eine kommunalpolitische Legitimation, eine strukturelle, personelle und finanzielle Verankerung des Handlungsansatzes innerhalb der Verwaltung sowie eine Vernetzung der beteiligten Akteure!

Das Interesse und die Bereitschaft zu einer stärkeren Kooperation und Vernetzung zwischen MO und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit waren 2007 bei vielen Akteuren deutlich spürbar, auch wenn sich einige (noch) nicht vorstellen konnten, wie der Gedanke konkret umgesetzt werden könnte. Die Befragung von 2011 bestätigt das Interesse und die Bereitschaft bzw. den Wunsch einer stärkeren Kooperation. In einigen Kommunen gelingt die Umsetzung, in anderen weniger, was u. a. von Rahmenbedingungen wie der lokalen politischen, finanziellen und personellen Situation abhängt.

Neben den genannten bundes- und landespolitischen Signalen, wünschten sich die Interviewpartner 2007 ein eindeutiges kommunalpolitisches Signal, das die Verwaltung und die lokalen NRO legitimiert und motiviert, den Ansatz zu verfolgen. In der aktuellen Befragung konnte aufgezeigt werden, dass eine klare kommunalpolitische Positionierung in verschiedenen Städten lokale Aktivitäten beflügelt hat. Gleichzeitig wurde von den Interviewpartnerinnen eine langfristige Unterstützung der kommunalen Entscheider eingefordert, die sich nicht nur auf Absichtserklärungen beschränken soll. Erwartet werden verbindliche Beschlüsse, die Verwaltungsstellen mit der Herstellung und Gestaltung von Kooperations- und Vernetzungsprozessen beauftragen oder andere Organisationen durch die zur Verfügungstellung von Ressourcen (Finanzen, Räume etc.) in die Lage versetzen, eine entsprechende Anlauf- und Koordinierungsstelle vorzuhalten. Frau Lawrenz vom Referat Migration in Kiel:

„Es muss geklärt werden, ob eine stärkere Arbeit in diesem Bereich gewünscht ist. Da muss die Stadtspitze ein Signal geben.“ (2007)

Dieses Signal wurde u. a. durch die Teilnahme der Stadt Kiel am Pilotprojekt der SKEW, das zwischen 2007 und 2009 stattfand (siehe auch Kapitel 2.3), gegeben:

„Wir sind eine von mehreren Modellkommunen gewesen und haben dadurch eine ganze Menge gemacht: Konferenzen und Workshops zusammen mit Vertretern der Entwicklungszusammenarbeit, das ist bei uns das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI), und wir haben alle MO, die diesen Bereich betreffen und zu denen wir Kontakt haben sowie das Forum für Migrantinnen und Migranten als unsere städtische Vertretung der Migranten mit einbezogen. Allein dadurch, dass wir die Konferenzen und Workshops vorbereitet haben, haben wir – gemeinsam mit dem Forum – sehr intensiv mit dem BEI zusammengearbeitet. [...] Am Ende des Modellprojektes haben wir mit Hilfe der SKEW eine Broschüre, „Kiel Global“, herausgegeben. [...] Das Heft ist im Dezember 2009 erschienen und enthält kleine Porträts der Gruppen, erweitert durch Schulen, die in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv sind [...] Wir haben einen Verteiler angelegt, den wir „Kiel global“ nennen, in dem sämtliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit in Kiel, die uns bekannt sind, enthalten sind. Darin nehmen wir neue Vereine auf und nutzen ihn für gemeinsame Einladungen usw. Außerdem haben das Forum und das BEI jetzt einen viel engeren Kontakt und arbeiten mehr zusammen. [...] Da hat sich eine Zusammenarbeit ergeben, die vorher nicht da war.“ (2011)

Als wichtige Erfolgsfaktoren für das Gelingen dieser Zusammenarbeit weist Frau Lawrenz auf die zuvor genannten koordinierenden Strukturen auf kommunaler Ebene hin:

„Ganz wichtig ist es, dass es so eine koordinierende Stelle wie uns überhaupt gibt, die bei der Kommune angesiedelt ist und die eben so eine Netzwerkarbeit macht.“ (2011)

Auch Frau Ünsal vom Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel sieht „konkrete hauptamtliche Ansprechpartner für die ehrenamtlichen Vertreter aus den Migrantenorganisationen“ als wichtig an, „damit eine kontinuierliche Beratung und Unterstützung gesichert ist.“ (2011)

Zudem berichtet sie, dass sich unter der Federführung von Frau Lawrenz, Frau Neu (BEI) und ihr eine Koordinierungsgruppe gebildet hat, die sich regelmäßig über anstehende Fragestellungen austauscht und gemeinsam Aktivitäten organisiert. Durch die politischen Beschlüsse der Kommune und die Aktivitäten im Rahmen des Modellprojektes seien neue Perspektiven entstanden:

„Die Akteure aus der Eine-Welt-Arbeit und aus dem Integrationsbereich haben jeweils neue Impulse erhalten und entdeckt, dass es wechselseitige Querverbindungen gibt, die gut mit den eigenen Zielen verknüpft werden können.“ (2011)

Herr Reidl aus Aschaffenburg berichtet 2011 von einem ähnlichen Signal der Stadtverwaltung. Zurzeit wird dort in Kooperation mit weiteren Akteuren die zweite Eine Welt Bilanz für Aschaffenburg erarbeitet. In diesem Rahmen werden verschiedene Indikatoren untersucht, die u. a. fairen Handel und die Einhaltung von Mindeststandards beinhaltet. Die Indikatoren 5 und 6 befassen sich mit „intensiver lokaler Entwicklungszusammenarbeit“ und der „Integration von Migranten“.

Solch ein politisches Signal bedeutet auch eine Rechtfertigung vor den Bürgern einer Stadt. So erläuterte Frau Hesse vom Agenda 21-Büro in Hannover:

„Vor dem Hintergrund, dass Städte und Gemeinden immer weniger Geld haben, wird genau darauf geachtet, für welche Vorhaben das Geld ausgegeben wird. Entwicklungszusammenarbeit wird eher als eine Aufgabe des Bundes angesehen und so spielt diese Aufgabe eine eher untergeordnete Rolle. Es ist schwierig, den Bürgern einer Stadt zu vermitteln, warum Schulen verrotten, aber Entwicklungszusammenarbeit weiter durchgeführt wird.“ (2007)

Als Voraussetzung für einen erfolgreichen Start des Ansatzes wurde darauf hingewiesen, dass trennende Strukturen und Orientierungen in Verwaltung und Zivilgesellschaft überwunden werden müssen, die bislang keine Kooperation zwischen den Bereichen Integration und Internationales/ Eine Welt ermöglicht bzw. nahe gelegt haben.

Zum einen erscheint den Befragten eine tragende Struktur in den Kommunalverwaltungen notwendig, das heißt, dass die Zuständigkeitsbeschreibungen und Handlungskonzepte der beiden Bereiche deutlich die Schnittstellen benennen, damit Ansprech- und Förderstrukturen entstehen können. Zum andern wurde auf die parallel strukturierte Zivilgesellschaft hingewiesen, in der die Bereiche ebenfalls – weniger durch Zuständigkeitsgrenzen als durch Arbeitskulturen, Ziele und Interessen – getrennt sind. Auch hier erfordere der neue Ansatz eine Umorientierung und die Erweiterung der Handlungsfelder.

Herr Möhle vom Eine Welt Netzwerk in Hamburg benannte beide Probleme:

„In der Verwaltungsorganisation werden diese Themenbereiche momentan sehr losgelöst voneinander gesehen, da sie nicht vernetzt sind. Ähnliches gilt aber auch in der NRO-Szene. Die Vernetzung müsste sehr viel mehr gefördert werden. Aber auch der Eine-Welt-Bereich muss stärker überlegen, wie man weitergeht.“ (2007)

Herr Simon von der Integrationsagentur der Evangelischen Gemeinde zu Düren stellt diesbezüglich folgendes fest:

„Die Entwicklungszusammenarbeit ist nicht explizit im Integrationskonzept aufgenommen. Das wird da nicht explizit erwähnt.“ (2011)

Frau Dr. Latorre vom Interkulturellen Büro in Darmstadt sieht diesbezüglich auch keinen Auftrag: *„Das ist eine Frage der Zuständigkeiten. Das Interkulturelle Büro hat die Aufgabe der Integrationsarbeit und nicht der Vernetzung mit dem Eine Welt Bereich. Es wäre praktisch ein neuer Auftrag, den wir bekommen müssten.“* (2011) Sie ergänzt, dass dieser Bedarf derzeit vonseiten der Stadt geprüft wird.

Herr Möhle weist auch auf die sehr verschiedenen Personengruppen hin, die in einem Verein organisiert sind und die für so eine Arbeit zusammengebracht werden müssen:

„Wenn die zusammentreffen, dann fällt auf, dass das Interesse am Austausch untereinander oft nicht groß ist. Die zahlreichen Tansaniagruppen in Hamburg sind zum Beispiel mehrheitlich Deutsche. Die kommen von sich aus nicht immer darauf, die Afrikaner, die hier leben, anzusprechen. Afrikaner sind auch nicht immer von der Vorstellung begeistert, etwas gemeinsam zu machen, denn sie fürchten – nicht ganz unbegründet – Vereinnahmungs- oder Bevormundungsversuche. Da gibt es meiner Meinung nach große Berührungsängste.

Es gibt aber im Einzelnen auch andere Erfahrungen. Im Eine Welt Netzwerk finden informelle Treffen für die Mitgliedsgruppen statt. Dort begegnet man sich. Häufig ergibt sich eine Zusammenarbeit dann, wenn jemand ein ganz konkretes Anliegen hat.

Grundsätzlich kann man sagen, dass die Eine-Welt-Szene und die Gruppen mit flüchtlings- und migrationspolitischem Schwerpunkt noch sehr für sich stehen.“ (2007)

Herr Ketelhodt vom Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein antwortete 2007 auf die Frage, ob es Kontakte der Eine-Welt-Szene in den Integrationsbereich gibt:

„Es gibt Kontakt, aber nicht so viel Zusammenarbeit; es ist

aber keine Trennung. Es ist eine Arbeitsteilung.“ (2007)

Seit der letzten Befragung ist, wie das zuvor genannte Zitat von Frau Lawrenz verdeutlicht, die Zusammenarbeit stark gewachsen.

Gerade die fehlende strukturelle Verankerung der Schnittstellen von Integration und Entwicklungszusammenarbeit in den meisten Verwaltungen zieht das Problem nach sich, dass von denjenigen, die sich auf dieser Schnittstelle betätigen, Haushaltstitel und Fördertöpfe nicht richtig adressiert werden können. Finanzielle Engpässe sind so vorprogrammiert. So berichten einige Organisationen von gescheiterten Förderanträgen.

Frau Mann vom Welthaus Bielefeld:

„Wir wollten ein Aidsaufklärungsprojekt für ausländische Studenten machen. Eine Beantragung von Zuschussmitteln scheiterte bisher aber immer daran, dass das Projekt in keine Kategorie passte: Es ist keine Bildungsarbeit im Entwicklungszusammenarbeitsbereich, aber auch kein klassisches Auslandsprojekt.“ (2007)

Herr Möhle vom Eine Welt Netzwerk in Hamburg:

„Es geht mir nicht nur um Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch darum, die Integration hier vor Ort zu erleichtern. Und da muss man sehen, wie sich die Förderlandschaft entwickelt. (...) Viele machen die Erfahrung, dass man, wenn man ein Projekt starten möchte, von Behörde zu Behörde hin- und hergeschickt wird: dem einen ist das zu viel Entwicklungszusammenarbeit, dem anderen zu viel Integrationsthematik.“ (2007)

Ohne finanzielle Ausstattung ist aber der gesamte Ansatz gefährdet. Herr Möhle sieht die fehlenden finanziellen Kapazitäten als ein Hauptproblem für Vereine:

„Vielen Migranten-Vereinen fehlen einfach die finanziellen Mittel, um sich zu konstituieren. Viele sind einfach materiell arm. (...) Man braucht Möglichkeiten der Strukturförderung: Dass man mal die Möglichkeit hat, einen Flyer zu drucken, dass man die Möglichkeit hat, mal einen PC zu kaufen.“ (2007)

Er wünschte sich daher:

„Es müssen passende Fördertöpfe geschaffen werden. (...) Ich glaube, dass die Innovationsfreude auf Seiten der NROs groß ist, doch es scheitert oft daran, dass es keine Förderinstrumente gibt. Das Geld ist nicht unwesentlich, hier ist die staatliche Seite gefragt, Gelder zur Verfügung zu stellen.“ (2007)

Er fasste zusammen:

„Dass so eine Arbeit überhaupt gemacht werden kann, hängt häufig von banalen, materiellen Bedingungen ab.“ (2007)

Genauso sieht es sein Kollege Herr Ketelhodt vom Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein:

„Was es braucht, ist eine Struktur, die diese Arbeit trägt. Und das hat auch mit Geld zu tun. (...) Es muss eine höhere Bereitschaft geben, Themen, die mit Integration zu tun haben, zu fördern.“ (2007)

Frau Haußmann vom Kreis Düren findet das Engagement der Servicestelle in diesem Bereich sehr gut, doch vermisst sie eine finanzielle Grundausstattung des Projektes:

„Ja, eine Zusammenarbeit kann ich mir generell vorstellen. Aber ich sehe auch das Problem, dass damit eine völlig neue Baustelle aufgemacht wird. Das bedeutet wieder einen erheblichen Aufwand für Arbeitskreise, Treffen und Telefonate, ohne dass es dabei bislang neue Ressourcen gibt. (...) Wenn man so was auf die Schiene bringt, muss man erst mal Ressourcen in die Hand nehmen.“ (2007)

Durch die fehlende strukturelle Verankerung in den Verwaltungen fehlen oftmals auch feste Ansprechpartner für das Thema. Dadurch müsste der neue Handlungsansatz zunächst einem der beiden Themenbereiche zugeschlagen werden, führt aber dort zu einem Engpass personeller Ressourcen.

Auf die Frage, ob sie sich – als dem Integrationsbereich zugehörige Mitarbeiterin – eine Zusammenarbeit mit dem Entwicklungszusammenarbeitsbereich vorstellen kann, erklärte Frau Dr. Latorre (Darmstadt) 2007:

„Personell gesehen nicht. Von der Integrationsarbeit sind alle Ressourcen beansprucht. Wenn die politische Ebene eine Zusammenarbeit wünscht und zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen würde, dann ja.“ (2007)

Die gleichen Probleme beschreibt Frau Haußmann, Integrationsbeauftragte aus dem Landkreis Düren und erklärte damit auch ihren bisherigen Fokus auf Integration:

„Ich habe bisher aufgrund der Rollenklarheit eher die Linie der innenpolitischen Sichtweise (das heißt Integration, d. A.) gesehen und habe die außenpolitische Sichtweise (das heißt Entwicklungszusammenarbeit, d. A.) eher ausgeklammert. Dies aber auch aufgrund von Kapazitätsproblemen.“ (2007)

Eine Personalstelle, die sich nur um die Anliegen von MO

kümmert, würde sich auch Frau Kreutzer (Aachen) wünschen: *„Wünschenswert wäre – aber das ist hier personell nicht leistbar –, dass es einen Ansprechpartner gibt, der nur für die Vereine zuständig ist. Dieser sollte für alle Fragen zur Verfügung stehen, der für den Verein zum Beispiel bei Förderanträgen recherchiert.“* (2007)

Durchgängig sehen die Befragten den Ansatz als ein Handlungsfeld, das möglichst professionell und ernsthaft und nicht nebenbei betreut werden sollte.

Frau Kersten (Hamburg) unterstreicht die Erfordernis professioneller Arbeit:

„Integration hat viele Facetten und jeder leistet in seinem Bereich gute Arbeit. Wichtig für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist die Netzwerkarbeit: Es muss eine Institution geben, die die verschiedenen Akteure zusammenbringt. (...) Wichtig für eine Vernetzung ist: Sie muss professionell betrieben werden.“ (2007)

Herr Inci, Vorsitzender des Runden Tisches für Integration in Neumünster, bestätigt dies in der Befragung von 2011: *„Wir haben in der Kommune leider noch keine hauptamtlichen Strukturen, um das Thema Integration in seiner Vielfältigkeit zu bearbeiten. Ehrenamtlich ist das nicht machbar. Das sind so umfangreiche Themen, das kann nicht nebenher laufen. Deswegen haben wir als Runder Tisch für Integration darauf gedrängt und die Diskussion gestartet. Die Stadt überlegt sich jetzt, hauptamtliche Strukturen zu schaffen. [...] Auch im Eine Welt Bereich gibt es keine hauptamtlichen Strukturen.“* (2011)

Herr Pohlmann (2011) ergänzt, dass sich bisher keine ausgeprägten Strukturen für Migrantenorganisationen mit Bezug auf Entwicklungsländer gebildet haben. Dies hänge damit zusammen, dass Neumünster die zentrale Anlaufstelle für Flüchtlinge im Land sei und die Menschen nach relativ kurzen Zeiträumen, die Stadt wieder verlassen würden.

Vernetzung der Akteure kristallisierte sich als das zentrale Mittel heraus, um zwischen den bislang inhaltlich getrennten Sphären und auch um zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft Brücken zu schlagen.

Doch hier gibt es Berührungsängste. Herr Theiß, Integrationsbeauftragter der Stadt Aschaffenburg:

„Ich glaube, dass es schwierig ist, dort (bei den MO, d.A.) einen Ansprechpartner zu finden, mit dem man zusammenarbeiten könnte.“ (2007)

Frau Kreuzer, Integrationsbeauftragte der Stadt Aachen:

„Es gibt Vereine, die wollen keinen Ansprechpartner nennen. Wenn etwas von der Behörde kommt, dann haben viele Ängste. Ich glaube, dass ich mittlerweile den Abbau von Angst ein Stück weit erreicht habe. Die Angst besteht vor allem darin, dass die Stadt die erhaltenen Informationen gegen sie verwenden könnte. Da zieht man sich lieber zurück, statt Informationen zu geben.“ (2007)

Gegen die Schwellenängste setzt Frau Kreutzer in Aachen Bildungsangebote und Veranstaltungen für die Vereine ins Werk:

„Indem man das macht, kann man Schwellenängste abbauen.“ (2007)

Auch Frau Haußmann, die bereits durch einen anderen Prozess den Kontakt mit Eine-Welt-Vereinen im Kreis Düren gesucht hat, glaubt, dass es schwierig wird, Interessen der MO mit den Strukturen der Eine-Welt-Läden in Beziehung zu bringen.

„Die Frage ist: Findet man Leute, die da an einem Strang ziehen wollen und können?“ (2007)

Eine Zusammenarbeit erfolgreich zu gestalten, schätzt Herr Gugutschkow (Ausländerbeauftragter Leipzig) folgendermaßen ein:

„Perspektivisch müsste man versuchen, beide Bereiche zusammenzuholen, um Schnittmengen zu suchen, die jedem zugutekommen.“ (2007)

Frau Dr. Pursey vom Eine Welt Forum Aachen e.V. sowie ihr Kollege aus dem Integrationsbereich, Herr Kockerols, verdeutlichen 2011 aus ihrer Erfahrung heraus die Zusammenhänge der beiden Bereiche:

Frau Dr. Pursey: *„Das war wirklich eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit. Das macht ja auch Sinn: Die Integrationsbeauftragte und ich im Bereich Eine Welt, wir haben ja im Prinzip ähnliche Adressaten. Nur haben wir unterschiedliche Ziele bzw. Ausrichtungen. Während ich in meiner Arbeit natürlich auch immer mal wieder mit Brückenbaufunktionen zu tun habe und mit Informationsarbeit über die Herkunftsländer und mit Bewusstseinsarbeit hier vor Ort über die so genannten Südpartner, ist natürlich die Integrationsbeauftragte damit beschäftigt, den Menschen mit Migrationshintergrund hier in Aachen das Leben in der neuen Heimat leichter zu machen, über Fortbildungsveranstaltungen, Infoveranstaltungen, einmal im Jahr wird der Tag der Integration groß gefeiert. Das sind natürlich andere Zielrichtungen.“* (2011)

Herr Kockerols: *„Wir stehen in ständigem Kontakt. Es kommt bei der Arbeit immer wieder zu Überschneidungen, denn es treten die gleichen Vereine auf. Informationen werden immer wieder ausgetauscht und es werden gerne Gruppen an den jeweils anderen Ansprechpartner verwiesen. [...] Wenn die Zusammenarbeit zwischen Institutionen gut funktioniert, ist das auch für das Selbstbewusstsein der Vereine sehr gut.“* (2011)

Auch Frau Dr. Goldfuß vom Referat Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Stadt Leipzig erlebt die Kooperation mit dem Integrationsbereich ihrer Stadt als sehr positiv:

„Die Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeauftragten ist extrem gewinnbringend. Man kann Problemlagen und spezifische Fragestellungen aus einem anderen Blickwinkel beleuchten. Das ist sehr nützlich.“ (2011)

Frau Glaser vom Büro für Rückkehrhilfen in München erlebt eine stetige Annäherung mit dem Integrationsbereich ihrer Stadt:

„Es nähert sich immer mehr an. Es verbessert sich immer mehr. 2007 war das schon sehr gut, aber es wird immer besser. Man macht mehr gemeinsame Veranstaltungen, z. B. Fachtage. Die werden nicht nur von einer Organisation durchgeführt, sondern von mehreren gemeinsamen. Gerade das Thema Rückkehr ist für den Integrationsbereich immer so ein heißes Eisen. Da sind wir uns auch bewusst, dass es sehr schwierig ist. Deswegen ist wichtig, dass die Arbeit über den anderen möglichst transparent ist, das ist eine wichtige Grundlage für die Kooperation.“ (2011)

In Aschaffenburg befinden sich die Bereiche „Agenda 21“ und Integration in einem Gebäude. Herr Theiß hierzu: *„Dadurch, dass beide Bereiche bei der Stadt angedockt sind, ist das schon immer so gewesen.“* (2011) Dies erleichtert auch den Austausch zwischen beiden Bereichen: *„Es wird immer wieder versucht, laufende Integrationsprojekte in den Agenda-Beirat einzuspeisen und von dort auch ein Feedback zu bekommen. Die Verbindung und der Austausch untereinander sind stetig vorhanden: Sobald etwas Neues passiert, wird der jeweils andere Bereich darüber informiert.“* (2011)

In Bonn wurden die von Herrn Gugutschkow (Leipzig) zuvor erwähnten inhaltlichen Schnittmengen, die allen Beteiligten zugutekommen im Rahmen der Teilnahme am Modellprojekt der SKEW aktiv gesucht. So berichtet Herr

Wagner im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit MO: *„Wir hatten am Projekt Migration und Entwicklung teilgenommen mit dem Versuch zu schauen, wo sind Synergien zwischen diesen Bereichen. [...] Das Modellprojekt hat mir vor allem insofern genutzt, dass man ein Gefühl dafür bekommt: Wie ticken die MO? Was sind deren Interessen?“* (2011)

Frau Mann vom Welthaus Bielefeld weist zudem auf einen pragmatischen Grund hin, die Bereiche stärker zusammen zu denken:

„Wenn man den Ansatz verfolgt, dass EZ immer Nord und Süd im Auge hat, dann sind es vertane Ressourcen, wenn man die Leute vor Ort nicht anspricht und nutzt.“ (2007)

Frau Grasnack, Integrationsbeauftragte für Potsdam, berichtet, dass diese Bereiche in ihrer Stadt mittlerweile stärker zusammen gedacht werden und die diesbezügliche Kooperation seit 2007 stark gewachsen ist, wobei die Impulse dafür insbesondere aus der Zivilbevölkerung kamen:

„Durch das Engagement der Menschen, die hier vor Ort leben, fühlt sich die Verwaltung angesprochen. Man ist motiviert, sich Gedanken zu machen und auch motiviert, Probleme und Zusammenhänge kennen zu lernen.“ (2011)

Diesen „bottom up“-Prozess der letzten Jahre erklärt sie folgendermaßen:

„Das Selbstbewusstsein der hier lebenden Migranten ist größer geworden. Das hatte auch damit zu tun, dass sie Unterstützung von unterschiedlichsten Projekten bekommen haben. [...] Die MO haben sich langsam gebildet und jetzt ist es so weit, dass die MO sehr deutlich wahrnehmbar sind.“ (2011)

Um aus der Perspektive der Entwicklungszusammenarbeit auf MO zugehen zu können, bedarf es erster Grundinformationen und Schlüsselpersonen, über die Kontakte hergestellt werden können. Diesbezüglich kann ein Austausch mit Akteuren aus der Integrationsarbeit sehr hilfreich sein: Sie kennen potenzielle Ansprechpartner aus den Ländern des Südens, die in der Kommune leben und organisiert sind. Sie können die Wege für Gespräche ebnen, um dann gemeinsam auszuloten, ob es überhaupt Anknüpfungspunkte für gemeinsame Aktivitäten gibt. Dadurch geschieht eine erste Form der Anerkennung und Akzeptanz.

Für ein Gelingen einer solchen Zusammenarbeit, sind darüber hinaus weitere Rahmenbedingungen und Voraussetzungen notwendig, die Frau Haußmann (Kreis Düren)

2007 folgendermaßen zusammenfasste. Sie bezog sich hierbei auf das Modell-Projekt der SKEW:

„Wenn man so ein Projekt unterstützt, dann sind folgende Punkte wichtig:

- *Der lange Atem, kurzfristige Projekte bringen da gar nichts.*
- *Intensive Beziehungsarbeit in beide Richtungen*
- *Gute Kenntnis der örtlichen Strukturen*
- *Schlüsselpersonen in Politik, Verwaltung, und in der Bürgerschaft, die so was mittragen, und die sich da persönlich für engagieren.“* (2007)

Weiter meinte Frau Haußmann: *„Kommunen die sich an entsprechenden Modellprojekten beteiligen, sollten nach diesen Faktoren abgeklopft werden. Hilfreich wäre es zum Beispiel, wenn es schon eine Partnerschaft in dieses Land geben würde und es eine Migrantenorganisation aus diesem Land geben würde.“* (2007)

Doch auch Einzelpersonen können die kommunale Entwicklungszusammenarbeit unterstützen, wie Herr Wagner vom Vorstandsreferat Internationale Angelegenheiten und Repräsentation mit Bezug auf die internationalen Städtepartnerschaften der Stadt Bonn beschreibt:

„Alle Partnerschaften werden bei uns durch Vereine begleitet. Uns ist es wichtig, dass es zivilgesellschaftliches Engagement, dass es bürgerschaftliche Begegnungen mit diesen Partnerstädten gibt und deswegen ist es auch wichtig, dass wir mit diesen Vereinen eng zusammenarbeiten.“ (2011)

Hierbei handelt es sich um Vereine mit Mitgliedern mit und ohne Migrationshintergrund. In diesem Kontext können insbesondere die Mitglieder mit Migrationshintergrund aus den jeweiligen Partnerregionen Schlüsselrollen übernehmen: *„Uns ist es sehr wichtig, den Austausch zu den Landsleuten hier vor Ort aus unseren Partnerstädten oder -ländern zu haben und zu pflegen, weil die eine viel bessere Kenntnis der jeweiligen Situation haben als wir haben können.“* (2011)

Obwohl in vielen Kommunen die Bereiche Integration und Eine Welt/Internationales auf kommunaler Ebene oftmals voneinander getrennt sind, es häufig auch keinen konkreten Auftrag der Zusammenarbeit gibt und es oft an personellen und finanziellen Ressourcen fehlt, zeigt die Praxis der 2011 befragten Kommunen, dass in der Regel dennoch ein gewisser Austausch stattfindet. Selbst wenn die jeweiligen inhalt-

lichen Schwerpunkte differieren sind sich die Akteure beider Bereiche der inhaltlichen Schnittmengen bewusst. Je nach den lokalen Rahmenbedingungen sind Kontakt, Austausch und Zusammenarbeit aber unterschiedlich stark ausgeprägt. Frau Dr. Latorre vom Interkulturellen Büro in Darmstadt berichtet:

„Dadurch, dass wir im Agendabeirat sind, gibt es immer wieder Kontakte und Projektüberschneidungen mit dem Eine Welt Bereich. Auch dadurch, dass wir die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe Aktion Weltoffenes Darmstadt inne haben. Es gibt immer wieder Überschneidungen, aber es ist nicht unser Schwerpunktthema. Wenn eine im entwicklungspolitischen Bereich arbeitende MO uns anfragt, schicken wir diese nicht weg, sondern suchen die zuständigen Adressen und Kontakte raus.“ (2011)

Frau Mann beschreibt die Situation in Bielefeld folgendermaßen:

„Man weiß voneinander und wir arbeiten zusammen – bei Großveranstaltungen, wie dem Karneval der Kulturen. Also der Kontakt ist da, die Wege sind kurz, wenn es Bedarfe gibt, tauscht man sich schnell aus. [...] Die machen ihre Arbeit und wir machen unsere und wenn Bedarf ist spricht man miteinander.“ (2011)

Frau Dr. Goldfuß aus Leipzig:

„In vielen Dingen findet eine Abstimmung mit dem Referat Migration und Integration statt. Zu verschiedenen Veranstaltungen werden dann gemeinsame Runden einberufen. Es gibt einen regelmäßigen Runden Tisch. Dort werden Menschen aus Leipzig, die sich in Vereinen mit dem Thema Internationalität befassen, eingeladen. Sie werden über Themen aus dem Blickwinkel der Stadtverwaltung informiert.“ (2011)

Auf die Frage, ob diese guten Kontakte schon früher bestanden haben, antwortet sie:

„Man hat immer gesehen, dass wir was miteinander zu tun haben könnten und wir haben uns über die Jahre eher weiter angenähert als entfernt, einfach weil man häufig mit ähnlichen Vereinen zu tun hat. Vielleicht auch, weil man viele Probleme, die man in der Verwaltung hat, gemeinsam besser besprechen kann. [...] Es gibt einen informellen Austausch, der aber dadurch einfacher ist, weil man sich miteinander austauschen will und nicht dazu verpflichtet ist – ich habe sowieso den Eindruck, dass das der bessere Austausch ist.“ (2011)

Auch in Aachen besteht nach einer Phase der intensiveren Zusammenarbeit im Zuge der zuvor genannten Regionalkonferenzen diese Art des Kontakts. Frau Dr. Pursey hierzu:

„Es ist nicht so, dass wir konkret an einem Ziel oder einem Projekt arbeiten. Es ist eher ein loser Kontakt, wo bei Bedarf Hilfestellung gegeben wird.“ (2011)

4.2.3 Gegenseitige Anerkennung ist Voraussetzung für Kooperation

Die positive Perspektive auf die Potenziale der Diasporen ist keine Selbstverständlichkeit, aber Voraussetzung für die partnerschaftliche Zusammenarbeit in den Kommunen!

Kooperation zwischen MO und Initiativen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit setzt gegenseitige Anerkennung voraus. Für die Akteure aus der Mehrheitsgesellschaft bedeutet das, dass sie nicht nur die kulturelle Identität der Migranten anerkennen, sondern aus der Potenzialperspektive heraus auch ihre Fähigkeiten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ernst nehmen müssen. Die Zusammenarbeit darf sich nicht darauf beschränken, Zugewanderte nur einseitig in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit einzubinden, sondern muss einen gleichberechtigten Dialog anstoßen. In diesem Kontext stehen viele Aussagen, die Offenheit, Interesse und Respekt der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber den Migranten (inklusive der Integrationsarbeit) einfordern. Hierzu gehört auch die Möglichkeit für Migranten, ihre eigene Kultur zu leben. Frau Hesse vom Agenda 21-Büro in Hannover glaubt, dass man sich an dem Ort, wo man das neue Zuhause einrichtet, auch ein Stück wohler fühlt, *„wenn man sich auch mit seiner eigenen Kultur weiter identifizieren und leben kann.“* (2007)

Dafür ist es aber auch nötig, dass sich das öffentliche Bewusstsein verändert. So wurde sie von einem Kollegen bedauert:

„Du hast zwei Verliererthemen: Das eine ist Agenda 21. Und das andere ist die Integration.“ (2007)

Ein Umdenken in den Integrationsämtern fordert Herr Ketelhodt vom Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein in Kiel:

„Wenn man da weiterdenkt, müssten die Integrationsämter stärker einen über die Betreuung hinausgehenden Blick, einen entwicklungspolitischen Blick bekommen. Das ist si-

cherlich zuerst Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Da ist aber InWEnt ein Stück weit dran, dass das eine Zielrichtung ist. Dass Integration zu etwas gemacht wird, wo alle gewinnen. [...] Es muss eine Wertschätzung von der Gesellschaft für Integrationsarbeit geben.“ (2007)

Über eine andere Art Würdigung konnte Frau Grewe vom Amt für Integration in Bielefeld berichten. Sie konnte den ehrenamtlichen Mitgliedern durch Drittmittel eine Aufwandsentschädigung zahlen. Das hat zu einer erhöhten Verbindlichkeit geführt.

„Die Entschädigung sollte eine Anerkennung bzw. Honorierung darstellen.“ (2007)

Diesbezüglich sagt Frau Dr. Pursey: *„Was sich in den afrikanischen Vereinen widerspiegelt, findet man auch in den hiesigen NROs. Die machen das alle ehrenamtlich, haben Familie und sind auch hauptberuflich unterwegs. Das ist dann natürlich eine ganz andere Gangart.“* (2011) Frau Dr. Pursey macht damit deutlich, dass viele MO und ehrenamtliche Vereine mehr Zeit für bestimmte Dinge brauchen, da dies ehrenamtlich und in der Freizeit neben einem Hauptamt/beruf stattfindet.

Frau Dr. Löbel vom Agenda 21-Büro in Potsdam fordert auch ein Umdenken bei den deutschen Mitbürgern:

„Es sollte ein besseres Verständnis für die Ansätze bzw. das Denken der Migranten oder ausländischen Mitbürger vorhanden sein.“ (2007)

Doch sie weist gleichzeitig daraufhin, dass eine Initiative zur Integration auch von den Migranten kommen müsse. Sie fordert daher eine gegenseitige Einbeziehung:

„Integration passiert ja nicht, indem die Migrantenorganisationen oder Ausländer unter sich bleiben, sondern das Ziel ist auch, die deutsche Bevölkerung mit einzubeziehen.“ (2007)

Dies hat in Potsdam in den letzten Jahren erfolgreich stattgefunden, wie Frau Grasnick in Kapitel 4.2.2 beschreibt.

Um solch eine Kommunikation und Zusammenarbeit zu ermöglichen, ist es notwendig, Zweifel und Ängste offen anzusprechen und gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und die Situation der jeweiligen Partner zu verstehen, wie Frau Dr. Pursey berichtet:

„Als 2006 die erste Regionalkonferenz mit unterschiedlichen Akteuren organisiert worden ist, da hat es ja schon jahrzehntelange Arbeiten der MO gegeben. Und da hat man sich natürlich erst mal gefragt: ‚Warum hat jetzt ein

Ministerium so ein besonders starkes Interesse an unserer Arbeit?’ Da war erst mal ein bisschen Verständnisarbeit zu leisten. Man hatte erst Angst: ‚Aha, jetzt wird unsere Arbeit vielleicht kontrolliert oder man möchte uns Vorgaben machen, wie wir zu arbeiten haben‘ und man hat das erst mal hinterfragt. Und da muss man dann, wenn man selber als Greenhorn dort anfängt, die Leute dort abholen, wo sie stehen und erst mal gut zuhören. Ich glaube, man ist gut beraten, erst mal zu sehen, was es überhaupt an Erfahrungswerten gegeben hat. Und dieses Gefühl, diese Stimmung ‚Wie können wir das jetzt einordnen, dass ein Landesminister zu den afrikanischen MO sagt, vernetzt euch auch mit Eine Welt Gruppen, seid Brückenbauer für eure Herkunftsländer‘ – das hat natürlich erst mal einen ungeheuren Diskurs angeregt. [...] Die große Herausforderung war einfach, diese Leute zusammenbringen, das Eis zu brechen, Vertrauen zu schaffen, Sympathien herzustellen.“ (2011)

Herr Graser vom Forum der Kulturen in Stuttgart, berichtet, dass seine Organisation den Leitsatz der Kommunikation und Zusammenarbeit auf gleicher Augen- und Herzhöhe befolge. Die gleichnamige Publikation „Auf Augen- und Herzhöhe – Über die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen“, die Ende 2010 erschien, beschreibt Erfahrungen aus Modellprojekten des Forums.⁵⁶

4.2.4 Gute Integration als Beitrag für erfolgreichere kommunale Entwicklungspolitik

Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit von Zugewanderten sind Herzenssache. Sie sind umso erfolgreicher, wenn die Menschen in Deutschland gut integriert sind!

Ursache für das entwicklungsorientierte Engagement von Migranten sieht Frau Hesse vom Agenda 21 Büro Hannover in der persönlichen Zuneigung zum Herkunftsland:

„Wir haben die Erfahrung gemacht, dass häufig Menschen, deren Herz noch in der alten Heimat ist, sich für ihr Herkunftsland engagieren. Gleichzeitig sind sie wichtige Promotoren für den lokalen Integrationsprozess. Darüber hinaus ist mein Eindruck, dass Migranten an Selbstwertgefühl gewinnen, wenn sie sich ebenso für ihr Herkunftsland engagieren können und sich als „Weltbürger“ verstehen.“ (2007)

Die hohe Bereitschaft und das Engagement von Migranten für ihre Heimat stellt Herr Möhle vom Eine Welt Netzwerk aus Hamburg ebenfalls fest:

„Viele Migranten haben den Kontakt zu der Heimat nicht abgebrochen und sind sehr daran interessiert, etwas für die Herkunftsregion zu machen.“ (2007)

Wie bereits in Kapitel 2 erwähnt, widerspricht dieses Interesse für das Herkunftsland nicht der Integration. Erfolgreich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit arbeitende Migranten-Initiativen und Vereinen wird in den Interviews der Wille zur Integration bzw. eine bereits gelingende Integration attestiert.

Frau Kreutzer, Integrationsbeauftragte der Stadt Aachen schildert, dass sie durch eine Veranstaltung mit afrikanischen Organisationen zu dieser Erkenntnis gelangt ist. Dort wurde festgestellt,

„(...) dass es nicht sein kann, dass man nur Entwicklungspolitik macht, sondern man muss auch vor Ort verankert sein. Und dadurch sind die Integrationsbeauftragten im Boot.“ (2007)

Frau Kreutzer erreicht ihren politischen Auftrag zur Integration in die Gesellschaft durch die Stärkung der Vereinsstrukturen und des Vereinsmanagements (Selbstorganisation, Partizipation), was wiederum der Entwicklungszusammenarbeit zugutekommt.

Auch Frau Dr. Pursey vom Eine Welt Forum Aachen e. V. hat aus ihrer Arbeit eine ähnliche Sichtweise gewonnen:

„Wenn ein Verein selber noch nicht gut aufgestellt ist oder die Einzelpersonen in der Gesellschaft, in der sie leben, dann leisten sie nur bedingt gute Eine-Welt-Arbeit. (...) Man muss erst einmal eine Position haben, um Entwicklungszusammenarbeit leisten zu können.“ (2007)

Herr Simon aus Düren unterstreicht dies:

„Die Idee, dass man die Diaspora für Entwicklungsprojekte in ihren Heimatländern einsetzt, finde ich eigentlich sehr gut, weil sie ja teilweise auch viel bessere Einblicke in die Probleme ihrer Herkunftsländer haben als unsereins. Aber das Hauptproblem ist eben, dass die Leute erst einmal hier gut aufgestellt sein müssen, bevor sie dann ihren Ländern helfen können.“ (2011)

Dies bekräftigt seine Kollegin Frau Haußmann und bezieht sich dabei auf die Entwicklungen im Bereich der MO in der Kommune:

⁵⁶ Die Publikation ist erhältlich unter: <http://www.forum-der-kulturen.de/html/dokumentationen/dokumentationen.html> (30.09.2011)

„Ich habe das Gefühl, dass sie sich damit beschäftigt haben, ihren Platz in dieser Gesellschaft zu erobern. Sie haben diese Struktur mit den ganzen Institutionen, Netzwerken und Förderschienen genutzt. [...] Es hat sich in den letzten fünf Jahren sehr viel getan, was die Vertrauensrolle und die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Organisationen angeht. Die (gemeint sind die MO) haben sich gut weiterentwickelt, die sind stabiler geworden, haben Fördermittel beantragt. Die haben sich untereinander mit andern MO und mit öffentlichen Stellen vernetzt. [...] Wenn heute eine Schule ein Afrikaprojekt machen will, dann geht die nicht mehr nach Aachen oder nach Köln, sondern wir können uns an die wenden, die in Düren sind.“ (2011)

Insbesondere aufgrund dieser positiven Entwicklungen der MO bedauert Frau Haußmann die in 4.2.1 erwähnten Kürzungen im Bereich der Eine-Welt-Arbeit. 2007 habe es vor Ort zwar Eine Welt Aktivitäten gegeben, aber noch keine so gut aufgestellten MO wie heute. Was nun aber fehlt sind entsprechende Koordinationsstrukturen.

Herr Möhle vom Eine Welt Netzwerk aus Hamburg ist sich ebenfalls sicher:

„Projektarbeit kann nur von Leuten gemacht werden, die einen sicheren Status haben und die nicht die ganze Zeit darum kämpfen müssen, überleben zu können.“ (2007)

Als Beispiel für diese Aussage erzählt er von einer Gruppe, die PCs repariert und in ihr Heimatland verschickt haben.

„Das lief gut an, doch das Projekt hörte dann auf, als zwei ihren Job verloren haben und der eine abgeschoben wurde. Das macht es schwierig, Strukturen und aktuelle Projekte aufzubauen.“ (2007)

Herr Wagner aus Bonn berichtet:

„Es ist unser Eindruck gewesen, dass es seitens der MO häufig bereits konkrete Aktivitäten gibt, die ihren Vorstellungen entsprechen, die ihre Herkunftsregionen oder Länder unterstützen, finanziell unterstützen oder durch kulturelle Bekanntmachung etc. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass es eigentlich wenig – ‚noch‘ muss man vielleicht sagen – Interesse gibt, sich darüber hinaus der Zusammenarbeit beispielsweise im Bereich unserer Städtepartnerschaften zu öffnen. Es gibt eine Vielfalt an Engagement, aber viele verfolgen zunächst auch das Ziel, sich hier vor Ort zu etablieren, zurechtzufinden usw. [...] Es gibt einige Vereine, die sind durchaus interessiert, die sprechen wir auch weiter an. [...] Das sind deutlich die Vereine und Menschen, die

schon länger hier sind, die die Integration vor Ort schon hinter sich haben, die sich integriert fühlen, integriert sind, die sich dann für andere Themenbereiche öffnen.“ (2011)

Allgemein zum ehrenamtlichen Engagement der Migranten stellt Frau Hesse vom Agenda 21 Büro in Hannover fest:

„Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund oder Migranten, die wir bisher erreichen konnten oder die sich an uns gewandt haben, sind bereits hier integriert.“ (2007)

Auch Frau König vom EineWeltHaus in München kommt zu der gleichen Einschätzung:

„Vereine, die nicht so gut organisiert sind, werden häufig von Menschen geführt, die auch nicht so gut integriert sind. Sie haben nicht so viel Know-how.“ (2007)

Sie stellt weiter fest, dass man gut „eingesessen“ sein muss, damit man sich engagiert.

Herr Inci vom Runden Tisch für Migrantinnen und Migranten aus Neumünster beschreibt diesen Aspekt so:

„Die, die sich engagieren, sind häufig Leute, die verstanden haben, worauf es ankommt: was man unter Integration versteht, was für die eigenen Landsleute besser ist. Diese haben sich gedanklich schon für Integration entschieden. Die, die die Vorurteile weg geschoben haben und gesagt haben, dass es um berufliche, schulische und gesellschaftliche Interaktion geht. Auch wenn sie nicht der deutschen Sprache mächtig sind.“ (2007)

Frau Dr. Maria Hohn-Berghorn vom Vorstandsreferat Internationale Angelegenheiten und Repräsentation in Bonn bestätigt ebenfalls diesen Sachverhalt:

„Bisher waren es gebildete Mitbürger (die sich engagiert haben, d. A.). Die kennen beide Systeme und die können auch abwägen, was man den Deutschen und den Menschen im Partnerland erzählt. Solche Menschen sind wichtig. (...) Ich glaube, es wäre nicht ganz so hilfreich, mit halbintegrierten Menschen zusammenzuarbeiten, die nicht beide Systeme (Deutschland und ihr Heimatland, d. A.) kennen und die nicht wissen, was interkulturelles Wissen ist.“ (2007)

Auf die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit Migranten für die kommunale Entwicklungspolitik etwas bringen könnte, problematisiert sie die Integration als Voraussetzung und als Folge eines Engagements in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit:

„Ich glaube schon. Allerdings immer unter der Voraussetzung, dass die entsprechenden Personen schon integriert

sind und dass sie einen gewissen Bildungsgrad haben. Man muss schon einen Bildungsgrad haben, um von außen auf beide Systeme blicken zu können. Die Menschen dürfen nicht zu sehr in einem System verhaftet sein. Man muss Vergleiche ziehen und Urteile bilden können und in der Lage sein, sich zu überlegen: Wie sage ich es den anderen. Meistens unterstützen uns Leute, die schon integriert sind. Ich zweifle, ob wir mit unseren Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit Integrationsprozesse stützen können. Wir können höchstens einem Menschen, der bereit ist, sich zu integrieren, das Gefühl geben, »Du wirst von uns richtig gebraucht, du tust richtig was! Ohne dich wären wir noch nicht so weit«. Das Selbstwertgefühl heben und Anerkennung geben.

Aber das nur in Einzelfällen. Das sind alles Menschen, die sind so gebildet, dass sie sich ohnehin integrieren.“ (2007)

4.2.5 Erfolgreiche kommunale Entwicklungspolitik als Beitrag für bessere Integration

Entwicklungspolitisches Engagement der MO wirkt positiv auf Integration!

Nachdem MO über einen langen Zeitraum zum Teil sehr kritisch betrachtet wurden (Rückzug in die eigene Ethnie, Förderung von Parallelgesellschaften etc.), werden inzwischen die Potenziale und ihr positiver Beitrag zur Bildung von „Sozialkapital“ gesehen und gewürdigt. Diese Tendenz spiegelte sich auch in der Befragung wider.

Eine Vereinsgründung an sich kann bereits als erster sichtbarer Schritt zur Integration gewertet werden. Herr Gugutschkow, Ausländerbeauftragter der Stadt Leipzig, dazu:

„Schon der Aspekt der Vereinsgründung ist ein Zeichen von Integration. Es ist schon ein äußeres Zeichen von Angekommensein: Wenn man einen Verein nach deutschem Recht gründet, dann hat man schon einen ersten Schritt gemacht.“ (2007)

Herrn Gugutschkows Ausführung wird durch die Aussage von Herrn Möhle vom Eine Welt Netzwerk Hamburg unterstützt. Er erklärt, warum gerade die Arbeit von MO mit Fokus auf die Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag für Integration leistet:

„Durch die Mitarbeit (im Eine Welt Netzwerk, d. A.) integrieren sich die Migrantorganisationen, auch wenn sie stär-

ker auf Entwicklungszusammenarbeit fokussiert sind. Es ist bereits ein aktiver Integrationsbeitrag, wenn man mit vielen Leuten in Kontakt tritt. Jeder, der was für die Entwicklung im Heimatland tut, leistet auch etwas zur Integration, beispielsweise, indem er hier Unterstützungsnetzwerke aufbaut und sich damit zivilgesellschaftlich engagiert.“ (2007) Hierzu auch Herr Gugutschkow:

„Es gibt Vereine „(...) da kann man nicht genau trennen, ob sie nun Entwicklungszusammenarbeit oder Integration machen. Die machen beides. Und auch die „Eine Welt Vereine machen viele Veranstaltungen, die sowohl dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit als auch dem der Integration zuzurechnen sind. Die Sachen, die man hier macht, kommen letztlich der Integration zugute.“ Er resümiert: „Es gibt viele Überschneidungen, wo man das nicht so trennen kann.“ (2007) Die von Herrn Gugutschkow angesprochene Multifunktionalität vieler MO wird auch in Kapitel 3 erwähnt.

Auch Herr Graser vom Forum der Kulturen in Stuttgart hat eine ähnliche Sichtweise bezüglich Integration und Entwicklungspolitik: „Für uns ist das eigentlich kein Widerspruch. Die Grundaufgabe vom Forum der Kulturen war schon immer im weitesten Sinne als Dachverband der Migrantorganisationen, die Arbeit und die Potenziale von Migranten zu unterstützen und zu stärken. [...] Das Forum der Kulturen macht auch viel Bildungsarbeit, Seminare, Empowerment im weitesten Sinne, Beratungen und das, was wir insgesamt machen, wirkt sich letztendlich natürlich auch auf die entwicklungspolitische Arbeit der Vereine aus, also wenn wir z. B. ein Seminar zu Öffentlichkeitsarbeit anbieten oder zu Projektmanagement oder Zeitplanung.“ (2011)

Aus ihrer langjährigen Erfahrung in der Arbeit mit MO weiß Frau Dr. Latorre, dass gute Partizipationsmöglichkeiten vor Ort die einzelnen Vereine stärken, in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv zu sein. Doch stellt sich ihr umgekehrt die Frage:

„Wie führt eine Aktivität in der Entwicklungszusammenarbeit zu gelingender Partizipation?“ Sie vermutet: „Vielleicht geht das durch Anerkennung, das Selbstwertgefühl wird gestärkt.“ (2007)

Gerade diese Rückwirkung wäre für ein Engagement der Integrationsbeauftragten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit von Bedeutung.

4.2.6 Chancen zur Verbesserung der Eine-Welt-Arbeit und des Verständnisses für die Migranten

Kooperation mit MO verbessert die kommunale Entwicklungspolitik, vertieft das Verständnis für das Leben in Entwicklungsländern und für die Lage der Migranten in Deutschland!

Das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund für die kommunale Entwicklungspolitik stellt Frau Dr. Hohn-Berghorn dar. In einem Projekt in Usbekistan engagierte sich eine in Bonn lebende Usbekin sehr intensiv:

„Das Projekt wäre nicht so gut gewesen, hätte man nicht eine Usbekin gehabt, die übersetzt und vermittelt hat, die von der Projektleiterin im Partnerland akzeptiert war. Sie hat auf Dinge hingewiesen, die wir selber nicht sehen konnten, hat bei den Übersetzungen weicher formuliert, als man es selbst übersetzt hätte.“ (2007)

Ein ähnliches Beispiel kann sie im Rahmen der Unterstützung der Tsunami-Flutkatastrophe berichten:

„Im Rahmen der Tsunami-Katastrophe sind Inder auf unser Vorstandsreferat zugekommen: Ich empfand es als hilfreich, dass sie da waren und Informationen (über die lokalen Strukturen wie zum Beispiel Verwaltung, Hierarchien etc., d. A.) geben konnten. (...) Ein Wert erschließt sich nur in einem bestimmten System (...) da finde ich diese Unterstützung (von Menschen, die das System kennen, d. A.) als besonders hilfreich.“ (2007)

Auch Frau Grasnick (Potsdam) berichtet von Gewinnen durch die Zusammenarbeit mit Migranten:

„Im Moment ist es so, dass die Menschen aus den Entwicklungsländern ihre Erfahrungen einbringen. Ich hoffe, dass sie dadurch profitieren. Wir als Stadt profitieren auf jeden Fall durch das Wissen. Das ist ein Geben und Nehmen, das sehe ich absolut positiv.“ (2011)

Martina Glass vom Eine Welt Netz Leipzig sieht in der Einbeziehung von Migranten in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit einen möglichen Gewinn:

„Im Bereich der Bildungsarbeit wäre es gut, wenn Leute von vor Ort erzählen könnten. (...) Diese Menschen können von ihrem Leben berichten und für andere Lebenswelten sensibilisieren.“ (2007)

Frau Kersten (Hamburg) stellt zudem den Vorteil für den Dialog mit Migranten heraus, wenn diese einen Einblick in ihre Lage in Deutschland gewähren:

„Es könnten die Beweggründe der Leute festgestellt werden, warum sie hierhin gekommen sind, aber auch, wie es der Familie in der Heimat geht und andere Informationen. Ich bekomme nur einen kleinen Ausschnitt mit, wie es aktuell im Land aussieht, aber auch, wie sich die Diaspora hier fühlt.“ (2007)

Frau Ünsal aus Kiel spricht rückblickend von deutlichen Verbesserungen:

„Unter dem Stichwort Kiel Global sind weitere Initiativen und Fragestellungen aufgetaucht, die von der Kommune vorangetrieben werden. So gibt es politische Beschlüsse zum Aufbau von Städtepartnerschaften zwischen der Landeshauptstadt Kiel und einer Stadt in Tansania und einer Stadt in der Türkei. Vielleicht kann daraus sogar eine Dreiecksbeziehung entstehen, die die gemeinsame Verantwortung für die Eine-Welt von Einwohner/innen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte erlebbar macht? In diesem Kontext ist auch zu sehen, dass sich die Landeshauptstadt Kiel jetzt auch mit den Auswirkungen des Klima-Wandels im globalen Kontext beschäftigt. Zusammenfassend kann man feststellen, dass in der Landeshauptstadt Kiel durch den politischen Beschluss und die Aktivitäten im Rahmen des Modellprojektes neue Perspektiven entstanden sind. Die Akteure aus der Eine-Welt-Arbeit und aus dem Integrationsbereich haben jeweils neue Impulse.“ (2011)

4.2.7 Kommunen geben sich ein internationales und weltoffenes Image

Kooperationen zwischen kommunaler Entwicklungspolitik und MO tragen zu einem attraktiven Stadtimage der Weltoffenheit und Internationalität bei.

Dass das Engagement nicht nur für die MO oder für Projekte im Zielland einen Nutzen darstellen kann, erläutert Referatsleiterin Frau Dr. Goldfuß vom Referat Europäische und internationale Zusammenarbeit in Leipzig:

„Ich sehe das als Chance für das Image unserer Stadt, wenn ausländische Studierende nach der Rückkehr in ihr Land in Beziehung bleiben. Wenn sie Leipzig als einen kreativen guten Standort kennen gelernt haben, werden sie weiter Botschafter für uns sein.“ (2007)

Dies gilt jedoch nicht nur für die ausländischen Studierenden. Dieses Engagement kann auch wirtschaftlichen Nutzen bringen:

„Ähnlich ist es auch bei Unternehmern: Vielleicht werden

die sich nicht direkt in Leipzig ansiedeln, vielleicht aber beim zweiten Mal oder sie werden ihre Erfahrungen an andere Unternehmen weitergeben.“ (2007)

Für sie haben Migranten eine wichtige Funktion:

„Die Menschen, die sich hier ansiedeln, sind Brückenbauer, die eine internationale Vernetzung mit Leipzig fördern.“ (2007)

Frau Dr. Hohn-Berghorn begründet das Engagement der Stadt Bonn schon aus der Situation heraus, dass es in Bonn als UN-Stadt sehr viele Organisationen gibt, die sich mit dieser Thematik beschäftigen:

„Das lässt sich natürlich schon damit begründen, dass wir UN-Stadt sind, wir haben auch viele NGO, wir haben Wissenschaftsorganisationen, die sich mit Nachhaltigkeit beschäftigen: Da muss dann auch eine Kommune in diese Richtung aktiv sein. In Bonn hat man dafür sehr aufgeschlossene Bürgerinnen und Bürger.“ (2007)

Hierbei hat ihr Referat jedoch ein bestimmtes Selbstverständnis:

„Wir sehen uns eher als Geburtshelfer und Begleiter. (...) Wir nutzen die Kontakte, die wir über andere Aktivitäten erhalten und (...) vernetzen geeignete Partner mit Experten und Politikern aus Projektpartnerstädten.“ (2007)

4.2.8 Zusammenfassung in sieben Thesen

Die Erkenntnisse der empirischen Befragungen von 2007, die durch die Befragung 2011 bestätigt und in einigen Teilen verstärkt wurden, lassen sich in den nachfolgenden Thesen zusammenfassen:

1. Bundes- oder landespolitische Signale stärken kommunale Akteure (Rechtfertigung in Politik und Verwaltung)! Die vielfältigen bundes- oder landespolitischen Signale der letzten Jahre wurden bereits 2007 von den Befragten sehr begrüßt. Förderprogramme (FEB, CIM⁵⁷), Modellprojekte, bundesweite Netzwerktreffen, Fachveranstaltungen etc. haben diesen Trend seit 2007 weiter verstärkt. Insgesamt haben die vielen Aktivitäten dazu beigetragen, dass das Thema in vielen Kommunen stärker auf die Agenda gesetzt und verschiedene Aktionen, Konferenzen und Veröffentlichungen angestoßen wurden. Die Kontakte zwischen den verschiedenen Initiativen und hauptamtlichen Akteuren verbesserten

sich. Migrantenorganisationen bekamen einen anderen Stellenwert innerhalb des Akteurskreises.

Gleichzeitig machten verschiedene kommunale Vertreter sehr deutlich darauf aufmerksam, dass nachhaltige Prozesse nur funktionieren, wenn langfristig angelegte Strukturen sowie hauptamtliche Koordinierungs- oder Anlaufstellen bzw. Gremien aufgebaut werden. In diesem Zusammenhang taucht auch die Frage nach der „Zuständigkeit“ bzw. nach den engen zeitlichen Ressourcen der Hauptamtlichen auf.

2011 berichteten viele Interviewpartner, dass es konkrete politische Signale gegeben hat. Doch zeigt sich, dass eine einmalige Signalwirkung zwar wichtig, aber nicht ausreichend ist, um langfristige Veränderungen herbeizuführen. Um Nachhaltigkeit zu erreichen, müssen bestimmte Rahmenbedingungen, wie beispielsweise finanzielle und personelle Strukturen oder klare politische Aufträge vorhanden sein.

2. Die Kooperation der Bereiche Integration und Entwicklungszusammenarbeit erfordert eine kommunalpolitische Legitimation, eine strukturelle, personelle und finanzielle Verankerung des Handlungsansatzes innerhalb der Verwaltung sowie eine Vernetzung der beteiligten Akteure!
Politische Beschlüsse schaffen eine gute Grundlage für kommunalpolitische Aktivitäten. Kommune definiert sich damit als wichtiger Akteur in einer globalisierten Welt.
Verbindliche Mitwirkung sowohl der Hauptamtlichen als auch der MO in entsprechenden Strukturen, Gremien sowie bei Veranstaltungen (Agendabeirat, Konferenzen, Fachtagungen und kulturellen Aktivitäten) tragen dazu bei, dass sich Routinen des Miteinanders entwickeln, persönliche Beziehungsnetze gestärkt werden und gemeinsame Aktivitäten etwas Selbstverständliches werden.
3. Die positive Perspektive auf die Potenziale der MO ist keine Selbstverständlichkeit, aber Voraussetzung für die partnerschaftliche Zusammenarbeit in den Kommunen!
Aufeinander zugehen beinhaltet auch einen Prozess

⁵⁷ Förderprogramm „Migranten als Brückenbauer“ des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM) in Frankfurt

des Kennenlernens, der Klärung der gegenseitigen Erwartungen, der Irritation und der Entwicklung von langfristigen Formen der Zusammenarbeit.

Interkulturelle Öffnung der Eine-Welt-Initiativen erfordern genauso einen intensiven Diskussionsprozess wie die Bereitschaft von MO, sich mit den entwicklungspolitischen Fragen und Zielsetzungen im Sinne der MDG auseinander zu setzen. Damit verbunden ist ein Infrage stellen des eigenen Selbstverständnisses.

Gelingende Kooperationsbeziehungen tragen zu einer Bereicherung der kommunalen Netzwerke bei. Viele Schwierigkeiten und Herausforderungen von MO finden sich auch bei einheimischen ehrenamtlichen Initiativen. Kennenlernen führt dazu, dass Gemeinsamkeiten entdeckt werden. Die Befragten heben die Kommunikation mit MO auf gleicher Augenhöhe hervor.

4. Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit von Zugewanderten sind Herzenssache. Sie sind umso erfolgreicher, wenn die Menschen in Deutschland gut integriert sind!

Der Stellenwert von MO ist inzwischen sowohl bei Akteuren der Integrationsförderung als auch in der Eine-Welt-Arbeit gestiegen. Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit steht in engem Bezug zu der Situation im eigenen Herkunftsland. Helfen wollen ist ein starker Impulse von MO.

Erfolgreiche Integrationsprozesse tragen zu einer differenzierteren Haltung in Bezug auf die eigenen EZ-Projekte bei, ermöglichen die Teilnahme an Fortbildungsinitiativen zum Beispiel von CIM, erleichtern die Mitwirkung in lokalen oder landesweiten Netzwerken und führen zu professionelleren Projektkonzepten. In einigen Kommunen hat sich nach Ansicht der Interviewpartner der Integrationsgrad der MO und ihrer Mitglieder seit der letzten Befragung merklich verstärkt.

5. Entwicklungspolitisches Engagement von MO wirkt positiv auf Integration!

Teilhabe an entwicklungspolitischen Aktivitäten, differenzierte Berichterstattung in den Medien oder qualifizierte Projekte stärkt MO.

Mitglieder von MO erleben, dass sie etwas erreichen können und mit ihrem Engagement anerkannt werden.

6. Kooperation mit MO kann die kommunale Entwicklungspolitik verbessern und das Verständnis für das Leben in Entwicklungsländern und für die Lage der Migranten in Deutschland vertiefen!

Verschiedene Befragte berichten 2011, dass inzwischen Migranten viel selbstverständlicher als „Experten“ bei Infoveranstaltungen zum Beispiel in Schulen einbezogen werden oder mit eigenen Beiträgen den entwicklungspolitischen Diskurs mitgestalten, als dies 2007 der Fall war.

Durch das Engagement von Migranten fühlen sich offizielle Stellen angesprochen und sind leichter motiviert an der Lösung von Alltagsproblemen mitzuwirken.

7. Kooperationen zwischen kommunaler Entwicklungspolitik und MO formen ein attraktives Stadtimage der Weltoffenheit und Internationalität!

Durch politische Beschlüsse, Modellprojekte oder sonstige Impulse sind in verschiedenen Kommunen weitere Initiativen und Fragestellungen aufgetaucht. So gibt es zum Beispiel politische Beschlüsse zum Aufbau von Städtepartnerschaften, zur Ansiedlung von Unternehmern mit Migrationshintergrund oder zur lokalen Beschäftigung mit Auswirkungen des Klima-Wandels.

Aus diesen Thesen werden anschließend Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen abgeleitet

V. Praxisorientierte Handlungsempfehlungen

Die bisherigen Erkenntnisse verdeutlichen, dass unterschiedliche Faktoren eine systematische, strategische Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der Integrations- und der Eine-Welt-Arbeit fördern. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren werden zunächst in Form einer Checkliste aufgeführt. Anhand von Beispielen aus der Stadt Aachen, der Landeshauptstadt Stuttgart sowie aufgrund der Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“⁵⁸ (2007 – 2009) wird anschließend aufgezeigt, welche Aspekte den jeweiligen Erfolgsfaktoren zugeordnet werden können. Daraus lassen sich Handlungsempfehlungen für Akteure auf der kommunalen Ebene ableiten. Abschließend wird ein zielorientiertes Monitoring- und Steuerungssystem vorgestellt, das sich insbesondere zur Einführung neuer Handlungsansätze und Paradigmenwechsel – wie es die stärkere Kooperation zwischen MO und der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit darstellt – eignet.

Erfolgsfaktoren zur Förderung der Kooperation von MO und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund:

- a. Bundes- oder landespolitische Signale stärken die kommunalen Akteure in ihren Aktivitäten.
- b. Engagierte hauptamtliche Akteure ergreifen die Initiative zur Entwicklung von strategischen Partnerschaften und zum Aufbau von Vernetzungsstrukturen.
 - Konzeptionelle Grundlagen und Handlungsstrategien liegen vor – politische Legitimation ist gegeben;
 - Verantwortlichkeiten sind klar geregelt (Auftrag der Politik, Vereinbarungen der Initiatoren untereinander);
 - Gemeinsame Ziele sind definiert
 - Umsetzungsschritte und Meilensteine sind vereinbart
- c. Unterschiedliche Kompetenzen werden wahrgenommen, eingebracht und erweitert. Partizipation ist sichergestellt – bürgerschaftliches Engagement wird gestärkt.
- d. Für einen nachhaltigen Beziehungsaufbau zwischen den Akteuren ist gesorgt.
- e. Strukturelle und personelle Verankerung des Handlungsansatzes innerhalb der Verwaltung (Aufgabenbeschreibung, Handlungskonzept, Kommunikationsstruktur) sind vorhanden.
- f. Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit von Zuge-

- wanderten werden von kompetenten Migranten getragen.
- g. Finanzielle Anreize sowie Ressourcen (Räume, Fachkompetenz, Anlaufstellen) sind vorhanden und werden genutzt.
- h. Einbindung in überregionale Netzwerke ist gesichert.

5.1 Praxisbeispiele

Nachfolgend werden praktische Handlungsansätze aus der Stadt Aachen und der Landeshauptstadt Stuttgart aufgezeigt, weil sich dort die Grundfragen dieses Gutachtens nach einer stärkeren Mitwirkung und Kooperation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im bzw. mit dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zum Zeitpunkt der ersten Publikation (2007) aus unterschiedlichen Impulsen heraus entwickelt hatten. Sie bieten eine gute Folie, um unter Berücksichtigung der bisherigen Erkenntnisse konkrete Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene zu entwickeln. Zudem wurden die in Kapitel 4 vorgestellten Interviewpartner aus Aachen (Frau Dr. Pursey und Herr Kockerols) und Stuttgart (Herr Graser) im Rahmen der diesjährigen Befragung gebeten, relevante Erfahrungen, Herausforderungen und Weiterentwicklungen bezüglich der 2007 vorgestellten Handlungsansätze zu beschreiben bzw. zu aktualisieren.

Darüber hinaus werden die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ ebenfalls in die weiteren Überlegungen einbezogen. In diesem Projekt hat die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in den Jahren 2007 - 2009 lokale Vernetzungsprozesse in den Städten Bonn, Kiel, Leipzig, München sowie dem Landkreis Düren mit Mitteln des BMZ unterstützt.

Deutlich wurde:

- Das entwicklungspolitische Engagement von Migrantenorganisationen „blüht“ noch zu sehr im Verborgenen. Die Vielfalt der Aktivitäten und Akteure ist den Kommunalverwaltungen, aber auch der lokalen Öffentlichkeit meist nicht bewusst.
- Die kommunalen und die „deutschen“ zivilgesellschaftlichen Strukturen sind den Migrantenorganisationen noch zu wenig zugänglich.
- Die lokale Vernetzung wurde von allen Seiten als gewinnbringende Erfahrung bezeichnet – für die es aber eines Impulses von außen bedurfte.

⁵⁸ Servicestelle Kommunen in der Einen Welt – DIALOG GLOBAL – Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – ein Praxisleitfaden – Nr. 22

5.1.1 Stadt Aachen: Regionalkonferenz für afrikanische Organisationen als Impulsgeber

Hintergründe: Die gemeinsame strategische Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit und der Integrationsförderung erhielt in NRW im Jahre 2005 durch zwei Landesprogramme wesentliche Impulse:

- Im Rahmen eines Koordinatorenprogramms für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wurden zwölf Regionalkoordinatoren und zehn Fachstellen eingerichtet bzw. aus einem ehemaligen Promotorenprogramm umgewidmet, um die Aktivitäten der Eine-Welt-Initiativen gezielt zu stärken und entwicklungspolitische Themen systematisch zu bearbeiten.
- Das Förderkonzept KOMM-IN NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit – eine Förderung durch das Land NRW, unterstützt die Kommunen bei ihren Aufgaben im Bereich Integration. Zentrales Anliegen ist es, diesbezügliche Prozesse in den Kommunen zu optimieren, um die bestmöglichen Voraussetzungen für organisierte Angebote, Strukturen und Prozesse für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu schaffen.

Beide Handlungsansätze wurden im damaligen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) unter der Leitung des bundesweit ersten Integrationsministers Armin Laschet gebündelt, was als Signalcharakter für eine gezielte Kooperation der genannten Aktionsbereiche wahrgenommen wurde. Aufgrund des Regierungswechsels im Jahre 2010 sind die beiden Bereiche wieder administrativ getrennt: Der Bereich Eine Welt/Internationales fällt in den Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei, während Integrationsthemen schwerpunktmäßig beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales angesiedelt sind. Im Jahre 2011 hat die Landesregierung in NRW einen partizipativen, online gestützten Prozess zur Entwicklung einer neuen NRW Eine-Welt-Strategie angestoßen und damit die landespolitische Bedeutung des Themenfeldes unterstrichen. Migration wurde dabei als eines von zehn Handlungsfeldern im Rahmen einer Online-Konsultation bearbeitet.

Die Stadt Aachen hat vor Ort mit Mona Pursey (Regionalkoordinatorin beim Eine Welt Forum Aachen e. V.) und Iris Kreutzer (Integrationsbeauftragte der Stadt) zwei enga-

gierte Protagonistinnen, die die Impulse des Landes aufgegriffen und im engen Kontakt miteinander die Stärkung der Integrations- und Entwicklungszusammenarbeit sowie die Förderung der MO vorangetrieben haben.

Im Sommer 2006 entstand eine regionale Initiative, um die Vernetzung der afrikanischen Organisationen in Aachen zu unterstützen. Grundlage stellte das Konzept der Fachstelle Migration und Entwicklung aus dem obigen Koordinatorenprogramm des Landes NRW dar.

Regionalkonferenzen bzw. regionale Prozessbegleitung von Migrantenorganisationen und Eine-Welt-Initiativen in NRW

Viele Migranten in Deutschland unterstützen finanziell und durch Projekte die Menschen in ihren Heimatländern. Gleichzeitig gibt es vielfältige Eine-Welt-Initiativen zum Beispiel durch Universitäten, Kirchengemeinden, Städtepartnerschaften etc., die entwicklungspolitische Projekte in Afrika oder auf anderen Kontinenten durchführen. Dieses Engagement wird vom Land NRW langfristig unterstützt und gefördert. Die Fachstelle für Migration und Entwicklung wurde 2006⁵⁹ im Rahmen des Koordinatorenprogramms beauftragt, afrikanische Vereine und Eine-Welt-Initiativen durch Regionalkonferenzen miteinander zu vernetzen, um deren entwicklungspolitisches Engagement zu stärken. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Fachstelle wurde im Jahre 2011 vereinbart, dass über Afrika hinaus auch Migranten aus anderen Kontinenten in die regionalen Vernetzungsprozesse eingebunden werden. Außerdem wird die Fachstelle in Zukunft die interkulturelle Ausrichtung der Eine-Welt-Organisationen und die Verlinkung der Politikfelder Integration und Entwicklung verstärkt in den Blick nehmen.

Grundprinzipien der regionalen Aktivitäten

Regionale Partner definieren die jeweiligen Ziele und übernehmen die Organisation der Veranstaltungen. Mögliche Partner sind dabei neben den MO und Regionalkoordinatoren, andere Fachstellen, Eine-Welt-Initiativen, lokale Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsunternehmen, gewählte Integrationsbeiräte, Flüchtlingsinitiativen, Volkshochschulen, Wohlfahrtsverbände, kommunale Dienste. Unterschiedliche

⁵⁹ Die Eine-Welt-Arbeit wird in Nordrhein-Westfalen durch ein bundesweit einmaliges Programm gefördert. Mit Impulsen aus 15 Regionalstellen und 9 Fachstellen wird die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Land gestärkt und weiter entwickelt.

gesellschaftliche Gruppen werden angesprochen, um eine möglichst große Vielfalt an Ideen, Ressourcen und Milieus einbeziehen zu können. Wege der Ansprache sind:

- Vorbereitungs-/Planungsworkshop mit interessierten lokalen Kooperationspartnern
- Kontaktaufnahme und breite Streuung der Einladung durch die Kooperationspartner
- Inhaltliche Mitgestaltung oder Durchführung einer Regionalveranstaltung durch die Fachstelle

Ziele

- Bewusstseinsbildung und Motivierung lokaler Akteure
- Verstärkte Aktivierung der Mitglieder der MO
- Initiierung von regionalen Aktivitäten der Diasporagemeinden und Eine-Welt-Initiativen unter Einbeziehung neuer Bündnispartner
- Stärkung der Strukturen der MO als Brücke zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland
- Aufbau von regionalen Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen von MO, Eine-Welt-Initiativen und lokalen Wirtschaftsakteuren

Inhalte

- Kennen lernen, Erfahrungsaustausch
- Suche nach gemeinsamen Interessen, Aufbau adäquater Kommunikationsstrukturen, Konzipierung von Projekten
- Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Migranten
- Förderung der Auseinandersetzung von Migranten mit ihren individuellen Migrationsbiografien und Zukunftsperspektiven

Methoden

Partizipative Methoden wie Open-Space, Zukunftskonferenzen, Projektarbeit, Aktionstage, kulturelle Events, Fachtagungen und Seminare

Unterstützung durch die Fachstelle Migration und Entwicklung

- Aktivierung, Moderation und Begleitung von Impulsveranstaltungen
- Unterstützung des Aufbaus von regionalen Austausch- und Vernetzungsstrukturen
- Begleitung und Unterstützung von Akteuren, die Aktivitäten oder Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit umsetzen wollen

- Durchführung von Qualifizierungsseminaren (Möglicher Ablauf- und Projektplan für regionale Vernetzungsprozesse, siehe Anhang)

Umsetzung: Im Sommer 2006 wurde ein Initiativkreis gebildet, dem Vertreter des Eine Welt Forum Aachen e. V., der Fachstelle Migration und Entwicklung, afrikanischer Vereine, ein Mitarbeiter der Integrationsbeauftragten (Herr Kockerols) und ein Mitarbeiter der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen angehörten. Ziel dieses Initiativkreises war die Durchführung einer ersten Regionalkonferenz für Akteure aus afrikanischen Vereinen, Eine-Welt-Initiativen etc. in Form einer Zukunftskonferenz. Um den „Dialog auf Augenhöhe“ und den partizipativen Charakter zu unterstreichen, wurde das Tandemprinzip eingeführt. Dieses bedeutete, dass die Gruppenarbeit auf der Regionalkonferenz jeweils von einem afrikanischen und von einem deutschen Moderator durchgeführt wurden. In einem Tagesseminar bereiteten sich die Moderatoren gemeinsam auf ihre Aufgabe vor. Die Regionalkonferenz wurde am 18. November 2006 mit knapp 40 Teilnehmenden durchgeführt. Viele Projektideen motivierten zur gemeinsamen Weiterarbeit in unterschiedlichen Arbeitsgruppen. Verstärkt wurde die Unterstützung afrikanischer Organisationen durch ihre gezielte Einbindung in Aktivitäten der Integrationsbeauftragten wie zum Beispiel Informationsveranstaltungen für MO, Kulturveranstaltungen und ähnliches.

Vereinsvertreter von entwicklungspolitisch aktiven afrikanischen Vereinen wurden zur Teilnahme an Multiplikatorenfortbildungen auf NRW-Ebene angeregt. Weiterhin gab es gezielte Veranstaltungen zu Themen wie Projektförderung, Mittelbeschaffung oder Gespräche mit Experten zum Beispiel von Misereor. Außerdem steht das Eine Welt Forum Aachen e. V. im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Einzelberatung von Entwicklungsprojekten zur Verfügung. Die Aachener Aktivitäten erhalten zusätzliche Unterstützung durch Kontakte und Austauschprogramme der Universität und der IHK Aachen mit afrikanischen Partnerorganisationen.

Rückblickend nehmen sowohl Frau Dr. Pursey als auch Herr Kockerols diesen Vernetzungsprozess als sehr positiv und erfolgreich wahr, denn aus der Regionalkonferenz heraus gründete sich das Afrika Forum (www.afrika-forum-

aachen.de). Frau Dr. Pursey berichtet: „Am 30. August 2008 fand das erste Afrika Forum statt. Das war ein großes Vernetzungstreffen und dort hatten wir auch verschiedene Workshops zu unterschiedlichen Themen, u. a. politische Partizipation von Migranten aus unterschiedlichen Ländern, insbesondere natürlich aus Afrika. In diesem Rahmen wurde auch eine Charta für afrikanische Vereine in der Region verabschiedet. Das war ein sehr erfolgreicher Tag. Und danach hat sich dieses Afrika Forum selbständig weiterentwickelt, mit dem Erfolg, dass sich im Bereich politische Partizipation eine Afrika-Liste in Aachen entwickelt hat und aus dieser Afrika-Liste Vertreter aus unterschiedlichen Ländern Afrikas in den Integrationsrat der Stadt Aachen gewählt wurden.“ (2011) Herr Kockerols ergänzt: „Momentan werden die Strukturen des Afrika Forums weiter ausgebaut. Es ist in Arbeit, sich von einem Netzwerk zu einem eingeschriebenen Verein zu transformieren und man arbeitet an der Vereinssatzung.“ (2011)

Insbesondere der Prozess der Gründung wurde von Frau Dr. Pursey und Herrn Kockerols begleitet, jedoch zogen diese sich nach und nach bewusst zurück. Frau Dr. Pursey: „Wir haben gesagt: Okay, nach diesem erfolgreichen Afrika Forum ist es wichtig, dass die Begleitung nach wie vor da ist, aber viel mehr in den Hintergrund rückt, also dass sich die Leute im Afrika Forum selbständig ihre Ziele und ihre Themen raussuchen. [...] Ich habe gesagt: Ich steige jetzt mal aus und ihr rückt jetzt nach und setzt jetzt mal eure Akzente und Impulse, die für euch wichtig sind.“ (2011) Das Afrika Forum durchlebte Phasen, in denen sich Vereine zurückzogen und die Anzahl aktiver Personen zurückging. „Man muss immer erst eine Grundlage schaffen, das ist schwierig. Trotzdem haben alle zusammengehalten und das Ziel, im Jahr 2008 die erste Sitzung des Afrika Forums durchzuführen, wurde durchgesetzt. Danach bestand eine Grundlage und es kamen neue Vereine hinzu.“ (Herr Kockerols, 2011)

5.1.2 Landeshauptstadt Stuttgart: Forum der Kulturen als Impulsgeber

Hintergrund: Das Stuttgarter Forum der Kulturen ist ein Dachverband, in dem ca. 270 Stuttgarter MO organisiert sind. Es existiert seit 1998 und wurde durch die Initiative

des Ausländerbeirats und Vertretern von MO gegründet. Wesentliche Aufgaben liegen in den Bereichen der Beratung und der Vernetzung der Vereine.

Aufgrund seiner Historie hat das Forum der Kulturen eine sehr breite Angebotsstruktur: Neben der Qualifizierung der Vereinsvorstände wird eine intensive Lobbyarbeit für die Vereine betrieben. Entwicklungszusammenarbeit wurde seit Gründung des Dachverbands verfolgt, konnte jedoch aufgrund der personellen und finanziellen Ressourcen nicht ausreichend bearbeitet werden.

Erst durch die Bereitstellung von Fördergeldern durch den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) konnte eine 60-Prozent-Stelle geschaffen werden, mit der die entwicklungspolitische Arbeit professionalisiert werden konnte (siehe auch Kapitel 2.3). Diese Stelle konnte weiter ausgebaut werden und ist seit Januar 2011 eine 100-Prozent-Stelle. Die Schaffung dieser Stelle sieht Herr Graser rückblickend als essenziell an: „Man kann faktisch sagen, ohne diese Stelle wäre das Ganze, was wir so machen, gar nicht möglich gewesen. Das ganze Thema als solches⁶⁰ ist sicherlich seit es das Forum der Kulturen gibt natürlich schon präsent. Seit es das Forum der Kulturen gibt, haben wir auch sehr viele Menschen aus Afrika, Asien, Lateinamerika etc. bei uns und die haben sich natürlich schon vor zehn Jahren oder acht Jahren an uns gewendet, wenn sie eine diesbezügliche Frage hatten. Bloß konnten wir in der Vergangenheit halt irgendwie nur ansatzweise befriedigend darauf eingehen und eigentlich erst seit wir die Stelle von Paulino Miguel⁶¹ haben, seitdem läuft das Ganze.“ (2011)

Zum ersten Bundeskongress Interkultur, bei dem ein Schwerpunkt das Thema Entwicklungspolitik und die Rolle von Migranten war, wurden Vertreter von MO und entwicklungspolitischen Akteuren (NGO) zum Austausch eingeladen. Hier zeigte sich ganz konkret, dass beide Seiten voneinander profitieren können und eine weitere Zusammenarbeit wünschenswert ist: Ein Vereinsvertreter erzählte beispielsweise, dass er ein Projekt suche, für das er bei seinen Veranstaltungen Spenden sammeln könne, aber trotz intensiver Suche kein Projekt finden könne. Auf der anderen Seite des Tisches saß eine Organisation, die ein entsprechendes Projekt umsetzen wollte.

⁶⁰ Gemeint ist das Thema Entwicklungspolitik

⁶¹ Paulino Miguel ist der Stelleninhaber und Ansprechpartner für insbesondere entwicklungspolitische Fragestellungen.

Umsetzung: Die Aktivitäten des Forums der Kulturen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Recherche und Bestandsaufnahme über entwicklungspolitische Aktivitäten der MO
- Qualifizierung von Migranten zu Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit
- Förderung von Kooperationen zwischen MO und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit (zum Beispiel mit anderen lokalen NRO oder der ehemaligen GTZ)
- Stärkung des entwicklungspolitischen Bezuges von Kulturveranstaltungen und Festivals des Forums der Kulturen (zum Beispiel bei den Sommerfestivals der Kulturen, wo einzelne Vertreter seit 2007 regelmäßig ihre Projekte auf der Bühne vorstellten)
- Förderung der Öffentlichkeitsarbeit zu entwicklungspolitischen Aktivitäten und Fragestellungen (durch die Zeitschrift Begegnung der Kulturen – Interkultur in Stuttgart des Forums der Kulturen)
- Aufbau des Arbeitskreises Migranten und Entwicklungspolitik (seit 2007). Ermöglicht wurde dieser Aufbau durch FEB-Mittel. Mit dieser Förderlinie finanziert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Vorhaben der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Durch das FEB werden hauptsächlich längerfristige Maßnahmen mit komplexer Konzeption von größeren Trägern oder Trägerkooperationen mitfinanziert.

Die Bereitstellung von Fördergeldern führte dazu, dass sich schon nach neun Monaten Projektlaufzeit auf der emotionalen, strukturellen und inhaltlichen Ebene interessante Ergebnisse verzeichnen ließen. Sicherlich ist dies nur möglich gewesen, weil durch das Forum der Kulturen eine vertrauensvolle Vernetzungskultur und eine generelle Unterstützung der MO vorhanden war. Aus Sicht der verantwortlichen Akteure wurden die nachfolgenden Ergebnisse benannt:

1. Die MO sahen erstmals ihr schon seit Jahren praktiziertes entwicklungspolitisches Engagement bestätigt und gewürdigt.
2. Die Aktivitäten der MO wurden auch in Verbindung mit Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit gebracht, bei denen sich diesbezüglich ein Umdenken und ein stärkeres Berücksichtigen der Migrantenaktivitäten bemerkbar machten.

3. Dies wirkte sich auf die Außendarstellung der Vereine aus, die diesbezüglich selbstbewusster und – durch Anleitung und Qualifizierung – auch professioneller und effektiver an die Öffentlichkeit treten konnten.
4. Es wurde eine Verbindung zwischen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit auf der einen Seite und den MO auf der anderen Seite geschaffen.

Bei der Zusammenarbeit haben sich Defizite (zum Beispiel bezüglich Antragswesen und Vereinsmanagement) gezeigt, die eine umfassende Bildungsarbeit notwendig machten. Aufgrund einer Defizitanalyse konnte mit einem ersten Baustein und Aktivitäten in Richtung einer effektiveren entwicklungspolitischen Bildungsarbeit auf diesem Sektor begonnen werden.

Seitdem hat das Forum der Kulturen drei erfolgreiche Fachtagungen zu den Themenbereichen „Migration, Diaspora und Entwicklungszusammenarbeit“ und „Migrantinnen und Migranten als Akteure und Partner in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ durchgeführt (siehe auch Kapitel 2.3). Im Dezember 2011 fand die Dritte Tagung zum Thema „Stuttgarter Migrantinnen und Migranten als Akteure und Partner der Menschenrechtsarbeit“ statt. Auch weitere Erfolge kann Herr Graser benennen: *„Inzwischen gibt es einen relativ festen Stamm von Vereinen, die zu den Terminen kommen, die zur Beratung kommen. Inzwischen gibt es mehr Vereine, die ihre Anträge selber stellen können und teilweise auch schon erfolgreich gestellt haben. [...] Wir haben auch zunehmend mehr Migranten, die als Experten zu Tagungen eingeladen werden. Wir können auch sagen, dass die Aktivitäten insgesamt professioneller geworden sind. Das hängt auch damit zusammen, dass die entwicklungspolitische Arbeit eingebettet ist in die gesamte Arbeit vom Forum der Kulturen, also das Forum macht ja viel mehr als nur diese entwicklungspolitische Linie.“* (2011) Zudem betont er das Zusammendenken und die Integration verschiedener Themen: *„Die entwicklungspolitische Arbeit ist keine Arbeit, die wir neben unserer Arbeit als weiteres Standbein haben oder so, sondern ist einfach eine Vertiefung von dem, was wir schon vorher gemacht haben. [...] Der Erfolg, den wir so haben, ist halt genau der, dass es eben nicht aufgesetzt ist, dass nicht etwas dazu gekommen ist, sondern es sich im Prinzip voll integriert.“* (2011)

5.2 Erfolgsfaktoren und Handlungsleitlinien

Nachfolgend werden aus den Praxisbeispielen und dem Modellprojekt Aspekte herausgefiltert, die den einzelnen Erfolgsfaktoren zugeordnet werden können.

a. Bundes- oder landespolitische Signale sind vorhanden und stärken die kommunalen Akteure in ihren Aktivitäten.

Die Praxisbeispiele aus Aachen und Stuttgart verdeutlichen, dass entsprechende Signale und (finanzielle) Anreize dazu führen, dass sich engagierte Akteure finden, die bereits vorhandene Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit von MO aufgreifen und dem Thema durch Vernetzung und Qualifizierung ein anderes Gewicht geben.

Praxisbeispiel Aachen:

- Das Koordinatorenprogramm NRW
- Die Förderlinie KOMM-IN NRW – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit
- Die Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen
- Die NRW-Partnerschaft mit Ghana
- Die Internetpräsenz: www.afrika-nrw.net
- Die Aachener Erklärung zu Migration und Integration in Europa

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Der Europarat in Straßburg hat im Mai 2004 das Stuttgarter Konzept Bündnis für Integration in wesentlichen Teilen zur offiziellen Politik des Europarates gemacht. So dient es als Modell für die Entwicklung von Integrationskonzepten anderer Kommunen. Und die UNESCO hat die gemeinsame Arbeit durch eine ehrenvolle Erwähnung (2. Preis) im Rahmen des Cities for Peace-Preises 2002/2003 gewürdigt. Stuttgart ist damit die erste Stadt, die diesen UNESCO-Preis erhielt.⁶²

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Überblick verschaffen über aktuelle bundes- und landespolitische Signale und Fördertöpfe.
- Vorhandene lokale Anknüpfungspunkte (Strategiekonzepte, Eine-Welt-Wochen etc.) ausfindig machen: Durchführung einer Konferenz zur Fragestellung, welche kommunalen Institutionen, Einrichtungen oder Fachkräfte der Verwaltung welche Informationen haben sowie Durchführung eines Workshop mit entsprechenden

Fachreferenten.

- Interessierte (machtvolle) Protagonisten ausfindig machen, die überregionale Signale aufgreifen und Initiativen anstoßen können.

b. Engagierte hauptamtliche Akteure ergreifen die Initiative zur Entwicklung von strategischen Partnerschaften und zum Aufbau von Vernetzungsstrukturen.

Die lokale Realisierung eines neuen Handlungsansatzes hängt entscheidend davon ab, ob es vertrauenswürdige Personen gibt, die als Grenzgänger zwischen den MO, den Eine-Welt-Akteuren und den kommunalen Stellen vermitteln können und eine langfristige, strategische Ausrichtung der Kooperation mit einem entsprechendem Engagement verfolgen. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang, wenn diese Protagonisten es verstehen, machtvolle Partner aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und/oder Forschung einzubinden. Wie das Modellprojekt „Migration und Entwicklung“ zeigte, ist es zur Absicherung des Engagements notwendig, dass die Initiatoren dafür sorgen, dass

- konzeptionelle Grundlagen und Handlungsstrategien für einen nachhaltigen Vernetzungsprozess entwickelt und politisch legitimiert (Ratsbeschluss) werden;
- die Verantwortlichkeiten für alle Beteiligten klar geregelt und nach außen transparent sind (Anlaufstelle, Auftrag durch Politik oder Verwaltungsvorstand, Vereinbarungen der Initiatoren untereinander);
- für den geplanten Vernetzungsprozess konkrete, realistische Umsetzungsschritte und nach außen sichtbare Meilensteine vereinbart werden;
- die Entwicklungsfortschritte regelmäßig evaluiert werden.

Praxisbeispiel Aachen:

- Gewinnung der Bürgermeisterin Hilde Scheidt und des Kulturverantwortlichen für die Schaffung eines Afrikaforums
- Umsetzung des Konzeptes der Fachstelle für Migration und Entwicklung: Regionalkonferenzen bzw. regionale Prozessbegleitung afrikanischer Vereine und Eine-Welt-Initiativen als Initiative des Eine Welt Forums Aachen e. V. unter Beteiligung eines Mitarbeiters der Integrationsbeauftragten der Stadt Aachen

⁶² Landeshauptstadt Stuttgart, Stabsabteilung für Integrationspolitik (Hg.) (2006).

- Einrichtung des Afrikaforums Aachen (<http://www.afrika-forum-aachen.de/>)

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Umsetzung des Konzeptes Migration und Entwicklungspolitik – Professionelle Moderation, Zusammenführung und Vernetzung zweier Diskurse durch das Forum der Kulturen
- Aufbau eines Fachbeirats mit eigener Fachkenntnis und Erfahrung, der die Arbeit der Vereine reflektiert, unterstützt und Kontakte vermittelt
- Aufbau einer Kooperation zwischen MO und Organisationen mit einem hauptamtlichen Berater

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Hauptamtliche Akteure holen sich einen Auftrag (Vorstände, Mitgliederversammlung, Vorgesetzte, Politik), um die überregionalen Impulse aufzugreifen, Mittel zu beantragen und einen partizipativen lokalen Kommunikations- und Entscheidungsprozess zu initiieren: Bildung eines Initiativkreises (Achtung: unterschiedliche Rollen und Handlungslogiken von haupt- und ehrenamtlichen Akteuren beachten) sowie Entwicklung einer Prozessstruktur und eines Ablaufplanes.
- Einbindung strategischer Partner in den weiteren Entwicklungsprozess: Universitäten (Partnerschaften mit Instituten und Universitäten in Ländern des politischen und wirtschaftlichen Südens, Studierende aus entsprechenden Herkunftsländern, Alumni, Verbindungen), MO und ihre Ansprechpartner (nach genauer Sichtung, welche MO mit welcher Interessenlage sich für eine Zusammenarbeit mit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eignen) sowie Kirchen, freie Träger, lokale Stiftungen, EZ-Organisationen, kirchliche Hilfswerke etc.
- Den Aufbau interkultureller Kontakt- und Vernetzungsstrukturen innerhalb der entwicklungspolitisch interessierten Szene durch gezielte Impulse und Anreizsysteme fördern.

In der Dokumentation des Modellprojektes „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ werden die Perspektiven einer Zusammenarbeit von MO und Eine-Welt-Akteuren sowie die Organisation und langfristige Gestaltung eines Dialogprozesses auf kommunaler Ebene detailliert beschrieben. (Siehe Praxisleitfaden, in Dialog Global 22)

c. Unterschiedliche Kompetenzen werden wahrgenommen, eingebunden und erweitert. Partizipation ist sichergestellt – bürgerschaftliches Engagement wird gestärkt.

Die Frage der Partizipation berührt in einer Kommune grundsätzliche Fragen der Haltung und des Umgangs mit MO: Wird deren Engagement eher als „Rückzug in ethnische Enklaven“ und Bildung von „Parallelgesellschaften“ betrachtet oder wird eher das soziale Engagement, der Beitrag zur Entwicklung von Sozialkapital oder die kulturelle Bereicherung gesehen, die es zu fördern und zu unterstützen gilt? Wie die vorliegende Studie zeigt, führt eine wertschätzende, fördernde Haltung zu einer verstärkten Offenheit und Bereitschaft zu Engagement, die sich auch in verstärkter Kooperation und Weiterqualifizierung der Projekte der Entwicklungszusammenarbeit ausdrücken.

Praxisbeispiel Aachen:

- Afrikanische Vereine wurden gezielt angesprochen und als Partner in die Umsetzung eingebunden.
- Potenziale und Kompetenzen der Menschen mit Migrationshintergrund wurden gewürdigt und anerkannt.
- Das Tandemprinzip dokumentierte die Interaktion auf gleicher Augenhöhe.⁶³
- Die Partizipation wurde konzeptionell verankert. Migranten aus Afrika sind zu aktiven Kräften im Integrationsrat geworden.
- Das Engagement sowohl im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit als auch für die Integration der MO wurde aufgegriffen und unterstützt.

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Den MO wurde Offenheit und Respekt entgegengebracht. Sie wurden in ihren Anliegen unterstützt. Die Gespräche fanden auf gleicher Augenhöhe statt.
- Die langjährigen Erfahrungen als Dachverband von MO boten eine gute Basis zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.
- Die MO sahen durch die Hinwendung zur Entwicklungszusammenarbeit ihr schon seit Jahren praktiziertes entwicklungspolitisches Engagement bestätigt und gewürdigt.

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Interessenlagen, Bedürfnisse und Vereinssituation der MO durch persönliche Kontaktaufnahme erkunden, Ver-

⁶³ Arbeitsgruppenmoderationen wurden jeweils von einer Person mit und einer Person ohne Migrationshintergrund durchgeführt.

trauensebene aufbauen, konkrete Absprachen treffen.

- „Rituale“ (Konferenzen, Feste etc.) und breit gefächerte Beteiligungsmöglichkeiten einbauen und dabei auf die Vermeidung von „Bevormundung“ („Ich weiß, wie es geht“ – „Ich mach das schon für Euch!“) achten. Jede Organisation muss ihr eigenes Tempo gehen und an den Themen arbeiten können, die ihr wichtig sind.
- Einladung von Repräsentanten von MO und Einzelpersonen zu kommunalen „Events“ (Neujahrsempfang, Anerkennungsrituale für Ehrenamtliche) etc.
- „Bühnen“ oder „Orte“ der Begegnung mit der Möglichkeit schaffen, das eigene Profil zu zeigen (Begrüßung, Diskussionsleitung oder Fachreferate können auch von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geleistet werden. Es gibt inzwischen in allen Themenfeldern entsprechende Fachkräfte).

d. Konzeptionelle Grundlagen und Handlungsstrategien liegen vor – politische Legitimation ist gegeben.

In vielen Kommunen sind in den letzten Jahren migrationspolitische Handlungs- oder Integrationskonzepte entstanden und von den jeweiligen Räten verabschiedet worden. Sie bieten eine gute Basis für eine inhaltlich-strukturelle Grundausrichtung der weiteren Arbeit. Damit gibt es auch für den Paradigmenwechsel des Einbezugs von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in die Entwicklungszusammenarbeit eine gute Basis. Durch die formulierten Leitziele wird in der Regel eine Grundhaltung dokumentiert, die eine gute Voraussetzung für den beschriebenen Paradigmenwechsel im Zusammenhang mit der Entwicklungszusammenarbeit bietet.

Eindeutige (politische) Aufträge oder Vorstandsentscheidungen erleichtern die Arbeit der verantwortlichen Akteure und bekunden die Wertschätzung des freiwilligen Engagements der MO. Dieses wurde zum Beispiel im Rahmen des Modellprojektes in den Landeshauptstädten Kiel und München deutlich. Die lokalen Akteure konnten sich im Rahmen des Vernetzungsprozesses jeweils auf die politischen Beschlüsse beziehen und erhielten bei der Durchführung der Veranstaltungen unmittelbare Unterstützung zum Beispiel durch das Büro des Oberbürgermeisters.

Praxisbeispiel Aachen:

- Ein Integrationskonzept lag vor – allerdings keine

explizite Erwähnung der Entwicklungszusammenarbeit.

- Das Eine Welt Forum Aachen e.V. hat zur Prozessunterstützung eine Vorstandsentscheidung herbeigeführt.
- Kooperation und Vernetzung gehörten zum Arbeitsprinzip der Regional Koordinatorin.
- Das strategische Ziel der Integrationsbeauftragten war die Einbindung der afrikanischen Vereine in das Netzwerk Integration.

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Das Stuttgarter Bündnis für Integration wurde erweitert zur Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt, nicht zuletzt um auch die Ursachen der Migration, also die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern, verstärkt in den Fokus der Stuttgarter Akteure zu rücken.
- Es wurde eine Verbindung zwischen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit von Eine Welt-Organisationen auf der einen Seite und MO auf der anderen Seite hergestellt.
- Die Politik unterstützte die Gründung eines Dachverbandes der Migrantenorganisationen.

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Die Einbindung der Entwicklungszusammenarbeit in das kommunale Integrationskonzept vorantreiben.
- Die Beratung und Qualifizierung von MO als Teil einer kommunalen Handlungsstrategie verabschieden.
- Anreize (ideell, materiell, personell) für MO setzen, die sich im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit betätigen.
- Kooperationsverträge zwischen MO, Eine-Welt-Organisationen und der Kommune abschließen.
- Kommunale Eine-Welt-Strategien entwickeln und durch politische Beschlüsse in kommunale Handlungsansätze einbinden.

e. Für einen nachhaltigen Beziehungsaufbau ist gesorgt

Unter d) wurde bereits auf die Bedeutung der konzeptionellen Verankerung hingewiesen. Auf der praktischen Ebene ist es darüber hinaus notwendig, dass Kapazitäten für Qualifizierung und Beratung der ehrenamtlichen Akteure aus den Migrantenorganisationen zur Verfügung stehen und eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist die Unterstützung eines qualifizierten Projektmanagements, gezielter Öffentlichkeitsarbeit oder eines zielorientierten Monitoringsystems von besonderer Bedeutung. Darüber

hinaus bedarf eine langfristige Kooperation eines strukturellen Rahmens und der Beschreibung von gemeinsamen Interessen, damit im subjektiven Erleben der kooperierenden Akteure eine „win-win Situation“ ermöglicht wird.

Wie sich anhand des Modellprojektes und in den Praxisbeispielen zeigt, trägt die Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle bzw. eine klare Zuordnung dieser Aufgaben innerhalb der Verwaltung oder bei einer NGO entscheidend dazu bei, dass das lokale zivilgesellschaftliche Engagement der MO ein „Gesicht“ oder eine „Stimme“ bekommt und von daher verbindlich in kommunale Kommunikations- und Entscheidungsprozesse eingebunden ist.

Praxisbeispiel Aachen:

- Die Qualifizierungswshops stärkten die Kompetenzen und die Autonomie der Migrantenorganisationen.
- Die Vernetzungsinitiativen mit unterschiedlichen Diensten und Experten führten zu einem breiten Spektrum an potenziellen Ansprechpartnern.
- Es war ein strategisches Ziel der Integrationsbeauftragten, die afrikanischen Vereine in das Netzwerk Integration einzubinden.
- Der Migrationsbeirat war eingebunden.

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Der Dachverband übernahm die Lobbyarbeit der Migrantenvereine und trug damit zur öffentlichen Wahrnehmung und Kontinuität bei.

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Nachhaltigkeit des Beziehungsaufbaus berücksichtigen; „Einzelevents“ oder „Einzelprojekte“ ohne langfristige persönliche Einbindung erzeugen Frustrationen. Verlässliche Strukturen schaffen: Anlaufstellen, Begegnungsräume, Qualifizierungsangebote, Beratungs- und Förderkonzepte.
- Kompetente Akteure mit und ohne Migrationshintergrund einbinden, die willens und in der Lage sind, langfristig Verantwortung für den Prozess zu übernehmen.

f. Strukturelle und personelle Verankerung innerhalb der Verwaltung (Aufgabenbeschreibung, Handlungskonzept, Kommunikationsstruktur) ist vorhanden.

Auf die Bedeutung konzeptioneller Grundlagen wurde weiter oben schon eingegangen. Zentrale Zukunftsthemen

wie Migration oder Entwicklungszusammenarbeit sind Querschnittsaufgaben, die wirtschaftliche, soziale, politische oder kulturelle Themenstellungen betreffen. Eine klare Zuordnung von Ansprechpartnern – möglichst auf der Leitungsebene – schafft Verbindlichkeit und Sicherheit für die ehrenamtlichen Akteure der Entwicklungszusammenarbeit und der MO. Wenn zusätzlich die Selbstorganisationen durch ein gemeinsames Forum oder einen Dachverband vernetzt sind, können Initiativen und Projekte professionell beraten und unterstützt werden.

Praxisbeispiel Aachen:

- Integration ist als Querschnittsaufgabe in der Stadt Aachen verankert.
- Die Kooperation mit dem Eine Welt Forum Aachen e. V. ist etabliert, aber nicht formal festgelegt.

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Integration und die Partnerschaft Eine Welt sind in Stuttgart Chefsache und als Querschnittsaufgabe bei Gari Pavkovic, dem Leiter der Abteilung Integration verankert. Als Integrationsbeauftragter und Geschäftsführer des Internationaler Ausschusses unterhält er sehr gute Kontakte zum Forum der Kulturen.

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Die Verantwortung für die gezielte Förderung von MO und eine lokale Vernetzungsstrategie sind nicht nur konzeptionell auf der strategischen Ebene beschrieben, sondern finden sich in der Aufgabenbeschreibung von hauptamtlichen Akteuren zum Beispiel im Bereich einer Koordinationsfunktion wieder.
- Verlässliche Kommunikationsstrukturen zwischen Akteuren verabreden, die gemeinsame Ziele und Interessen verfolgen (Es muss nicht jeder dabei sein – weniger ist manchmal mehr!).
- Aufbau von (elektronisch gestützten) Kommunikationsverfahren sichern Transparenz und Partizipation (E-Mailverteiler, Newsletter, Datenbank – kann auch an bestehende Netze angedockt werden).
- Interkulturelle Medien, in denen über Aktivitäten, Schulungen, etc. hingewiesen wird, etablieren.

g. Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit von Zugewanderten werden von kompetenten Migranten getragen.

Die Erfahrung zeigt, dass die meisten im Bereich der

Entwicklungszusammenarbeit aktiven Menschen mit Migrationshintergrund über einen hohen Bildungsabschluss verfügen und relativ gut integriert sind. Dadurch erwerben sie Sicherheit, Anerkennung in der Mehrheitsgesellschaft und einen größeren Handlungsspielraum, der der Entwicklungszusammenarbeit zuträglich ist und durch spezifische Qualifizierungsangebote noch weiter ausgebaut werden kann.

Praxisbeispiele Aachen / Stuttgart:

- Beteiligte Vertreterinnen und Vertreter der MO hatten häufig eine akademische Ausbildung oder kamen aus dem studentischen Bereich (insbesondere bei Menschen aus Afrika und Asien).
- Aufgrund einer Defizitanalyse konnte mit ersten Aktivitäten in Richtung einer effektiveren entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in diesem Sektor begonnen werden.
- Die Aktivitäten der MO wurden EZ-Organisationen bekannt gemacht, wodurch sich ein Umdenken und ein stärkeres Berücksichtigen der Migrantenaktivitäten bemerkbar machten.
- Dies wirkte sich auf die Außendarstellung der Vereine aus, die diesbezüglich selbstbewusster und – aufgrund von Anleitung und Qualifizierung – auch professioneller und effektiver an die Öffentlichkeit treten konnten.

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Auswahl und Ansprache von haupt- und ehrenamtlichen Experten mit Zuwanderungsgeschichte.
- Beratungs-, Förderungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten anbieten.

h. Finanzielle Anreize sowie Ressourcen (Räume, Fachkompetenz, Anlaufstellen) sind vorhanden und werden genutzt.

Auf die Bedeutung der Signalwirkung durch finanzielle Anreize sowie Ressourcen ist schon an verschiedenen Stellen aufmerksam gemacht worden. Die Vielzahl der unterschiedlichen Quellen wird schon an den wenigen Praxisbeispielen deutlich. Erfahrungen aus dem Modellprojekt und aus der FEB-Förderung zum Beispiel in Leipzig oder Kiel zeigen, dass die Finanzierung von Anlaufstellen die Dynamik der lokalen Vernetzung und Qualifizierung entscheidend beeinflussen.

Praxisbeispiel Aachen:

- Unterstützung gab es über EPIB (Mittel zur entwick-

lungspolitischen Bildungsarbeit), das KOMM-IN Programm (siehe oben), die Evangelische Studentengemeinde Aachen, Misereor (durch die Informationsveranstaltung zum Thema Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten in Afrika) und das Kulturamt. Zudem wurden vonseiten der Stadt Sitzungsräume im Rathaus zur Verfügung gestellt.

Praxisbeispiel Stuttgart:

- Forum der Kulturen als Ansprechpartner und Koordinator für MO
- Beratung und Qualifizierung von MO
- Mittel des EED + FEB

Mögliche kommunale Handlungsschritte:

- Beschäftigung mit Fördertöpfen, Projektmittelbeantragung etc. findet im kommunikativen Austausch statt.
- Eine-Welt-Gruppen und MO entdecken im Dialog die praktischen, gegenseitigen Unterstützungspotenziale. Bestehende Konkurrenzen werden in Synergieeffekte umgewandelt.
- „Trägerverbünde“ beantragen gemeinsam Fördermittel oder führen gemeinsame Benefizveranstaltungen durch. Durch das Förderprogramm „Migranten als Brückenbauer“ des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM) in Frankfurt werden inzwischen gezielt Migrantenorganisationen gefördert, die:
 - eingetragen und gemeinnützig sind und mehrheitlich von Menschen mit Migrationshintergrund gegründet wurden und repräsentiert werden.
 - sich in gemeinnützigen Projekten in einem Entwicklungs-, Schwellen- oder Transformationsland engagieren.
 - ein Projekt umsetzen, das hilft die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) zu erreichen.
 - eng mit lokalen Partnern vor Ort zusammenarbeiten, die mit ihnen gemeinsam das Projekt planen und umsetzen.

5.3 Zielorientiertes Monitoring-System

Eine systematische, zielorientierte Förderung und Kooperation von und mit Migrantenorganisationen in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit kann durch entsprechende, leicht handhabbare Instrumente unterstützt werden. Das nachfolgende Raster wurde vom Institut für soziale Innovation, in verschiedenen Kommunen im Bereich der Integrationsarbeit als Monitoring-Instrument eingeführt. Es

dient den beteiligten Akteuren dazu, sich auf klare Ziele zu verständigen und diese in fest vereinbarten Intervallen (zum Beispiel jährlich) zu überprüfen und weiterzuentwickeln. In der Beratungspraxis des Instituts hat es sich als sinnvoll erwiesen, das Raster jeweils bezogen auf den kommunalen Kontext zu modifizieren und den lokalen Gegebenheiten anzupassen. Der nachfolgende Entwurf soll einen möglichen Einsatz verdeutlichen.

**Monitoring zur Förderung
der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit
Leitzielgestützte Indikatoren
zur Vernetzung mit Migrantenorganisationen**

Leitziele	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Aktivitäten und Potenziale von Migrantenorganisationen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit werden gefördert. 2. Eine-Welt-Initiativen und Migrantenorganisationen arbeiten als gleichberechtigte Partner zusammen und unterstützen sich gegenseitig in der Realisierung ihrer Projekte.
<hr/>	
Teilziele	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten und das Know-how der Akteure der Migrantenorganisationen ist bekannt. 2. Qualifizierungsangebote von Migranten zu Multiplikatoren im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit werden entwickelt. 3. Aufbau von Kontaktstrukturen zwischen Vereinen und EZ-Organisationen wird gefördert. 4. Aufbau eines Arbeitskreises Migranten und Entwicklungspolitik.
<hr/>	
Maßnahmen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Recherche/Bestandsaufnahme Interessierte Akteure aus Migrantenorganisationen und aus Eine-Welt-Initiativen werden zu gemeinsamen Workshops eingeladen. Kennenlernen und Kontaktaufbau stehen im Vordergrund. 2. Ideen für Qualifizierungsangebote und Vernetzungsinteressen werden gesammelt. 3. Bei Bedarf wird ein gemeinsamer Arbeitskreis eingerichtet. 4. Es wird eine systematische Bestandsaufnahme der entwicklungspolitischen Aktivitäten von Migranten-selbstorganisationen durchgeführt.
<hr/>	
Grundzahlen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Anzahl der Migrantenorganisationen mit und ohne entwicklungspolitische Aktivitäten. 2. Anzahl der Eine-Welt-Initiativen, die als Kooperationspartner in Betracht kommen. 3. Anzahl der Akteure aus beiden Bereichen, die an gemeinsamen Aktivitäten teilnehmen möchten. 4. Anzahl und Themen von Qualifizierungsangeboten.
<hr/>	
Indikatoren und Kennzahlen der Zielerreichung	
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Gemeinsame Workshops haben stattgefunden. 2. Ideen für Qualifizierungsangebote sind vorhanden und werden genutzt. Vernetzungsformen wurden diskutiert.

3. Gemeinsamer Arbeitskreis wurde eingerichtet.
4. Eine Bestandsaufnahme zu den obigen Grundzahlen hat stattgefunden und kann jährlich fortgeschrieben werden.

Grad der Zielerreichung

Die Teilziele Nr. 1, 2, 3, 4 wurden:

- nicht erreicht
- in Teilen erreicht
- erreicht
- gut erreicht

Kurzbegründung:

Erfassung:

Wie werden diese Indikatoren erfasst? Zeitraum? Stichtag der Erhebung?

- Selbstevaluation der beteiligten Akteure am Ende von Workshops oder Arbeitskreissitzungen
- Befragung von Vertretern aus beiden Bereichen
- nach dem Ende einer festgelegten Projektphase – anschließend jährlich

Konsequenzen: Maßnahme 1, 2, 3, 4 wird

- fortgesetzt
- verändert
- fallen gelassen
- weiter entwickelt

Adressat:

Politik (als Bericht)
 Verwaltungsvorstand (als Bericht)
 Amtsleitung/Referatsleitung (zur weiteren Steuerung)
 Verantwortliche aus der Eine-Welt-Arbeit (zur weiteren Steuerung)
 Mitarbeiter/-innen (zur weiteren Umsetzung)
 Sonstige (Teilnehmer an den Workshops zur weiteren Planung und Umsetzung)

VI. Den Paradigmenwechsel konkret anstoßen

Die Erkenntnisse aus der Literatur und der empirischen Untersuchung zeigen Grundtendenzen auf, die sich an den beiden praktischen Beispielen Aachen und Stuttgart sowie an den Städten Bonn, Kiel, München, Leipzig und dem Landkreis Düren gut konkretisieren lassen: Potenziale von Migranten bzw. Migrantenorganisationen zur Unterstützung der kommunalen Integrations- und Entwicklungspolitik sind vorhanden.

Wenn in der Vergangenheit nur selten eine gezielte, strukturierte Zusammenarbeit zwischen Migrantenorganisationen und Eine-Welt-Initiativen festgestellt werden konnte, hatte dieses mit der Geschichte der jahrzehntelang defizitorientierten, abwehrenden Ausländer- und Integrationsdebatte, mit der Skepsis gegenüber positiven Wirkungen der Migration in der Entwicklungspolitik und (oftmals) dem Nischencharakter der Entwicklungspolitik in der Kommunalpolitik zu tun. Die nunmehr ambivalenten Integrations- und Migrationsdebatten und die – auch auf kommunaler Ebene zunehmend spürbaren – Globalisierungsprozesse geben jedoch aktuelle Anlässe, einen notwendigen Paradigmenwechsel zu vollziehen und verbindende, potenzialorientierte Ansätze auf kommunaler Ebene auszuprobieren.

Das vorgelegte Gutachten zeigt eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten, das vorhandene Wissen um Potenziale der Migranten für die kommunale Entwicklungspolitik, so wie es auf Kongressen oder in Fachartikeln formuliert wird, in praktisches Handeln umzusetzen. Die aufgeführten Erfolgsfaktoren sind dabei Orientierungspunkte für einen den lokalen Gegebenheiten anzupassenden Veränderungsprozess.

Bei der erneuten Befragung der kommunalen Akteure im Rahmen der Aktualisierung des Gutachtens wurde deutlich, dass dort beachtliche Fortschritte erzielt werden konnten, wo schon entsprechende Grundlagen (politische Beschlüsse, Strukturen, Gremien) vorhanden waren oder Impulse zum Beispiel im Rahmen von Modellprojekten gesetzt wurden. Um weitere Prozesse anzustoßen, braucht es Mut, Überzeugungskraft und Geduld für die voraussichtlich vorsichtige und auch nur langfristig sinnvolle Annäherung der verschiedenen Akteure. Dabei ist für alle Beteiligten die

Bereitschaft zum Blick über den Tellerrand, zur Offenheit und zur Suche nach gemeinsam als sinnvoll erachteten Lösungen notwendig.

Die Appellebene reicht allerdings nicht aus. In dem aufgezeigten kommunalen Akteursspektrum ist Unterstützung, sind konkrete Impulse und Anreize genauso notwendig wie die verbindliche Benennung von Zuständigkeiten, Kommunikationsstrukturen und Anlaufstellen, damit Veränderungsprozesse wirklich nachhaltig angelegt werden.

Deshalb soll abschließend aufgezeigt werden, wie der gewünschte Paradigmenwechsel in einzelnen Kommunen konkret angestoßen und gleichzeitig im Sinne der Aktionsforschung wissenschaftlich begleitet werden könnte.⁶⁴

1. Organisatorisch-finanzielle Ebene:
 - a. Projektmittel werden in den Kommunen bereitgestellt, um einen lokalen Prozess anzustoßen (Raummiete, Materialien, Catering, Moderation, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, organisatorische Abwicklung des Projektes)
 - b. Ein Initiativkreis wird identifiziert (zum Beispiel: Integrationsbeauftragter, Vertreter bzw. Repräsentanten der Migrantenorganisationen, des Migrationsrates, des Eine-Welt-Bereiches)
 - c. Eine Anlaufstelle wird eingerichtet, Rollen und Aufgaben werden geklärt, Verbindlichkeiten festgelegt
2. Zielebene:
 - a. Implementierung einer langfristig angelegten Kommunikations- und Unterstützungsstruktur zwischen Akteuren der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und der Integrationsarbeit
 - b. Förderung bzw. Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit der Migrantenorganisationen und der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit
3. Verfahrensschritte:
 - a. Bestands- und Ressourcenanalyse. Der Initiativkreis berät über den möglichen Teilnehmerkreis des lokalen Prozesses

⁶⁴ Die nachfolgenden Arbeitsschritte aus dem Gutachten 2007 dienen seinerzeit der konzeptionellen Ausgestaltung des Modellprojektes bei dem die lokalen Vernetzungsprozesse extern über die Servicestelle begleitet und unterstützt wurden. Diese Prozesse können von Kommunen nun aber auch selbstständig durchgeführt werden, nähere Informationen dazu sind dem Praxisleitfaden (Dialog Global 22) zu entnehmen.

- b. Kommunikationsworkshops werden durchgeführt
 - Auftaktworkshop (Ergebnisse der Bestands- und Ressourcenanalyse werden vorgestellt, Vernetzungsstrategien und Umsetzungsideen werden entwickelt)
 - Follow-up Workshop (Erfolgskontrolle, Planung weiterer Handlungsschritte wie zum Beispiel: Kommunikationsstrukturen und -rituale, Absicherung des Prozesses)
 - c. Abschlussreflektion des Initiativkreises
 - Verankerung der entwickelten Strukturen durch die Herbeiführung von politischen Beschlüssen
 - Gegebenenfalls wird der Initiativkreis zur Steuerungs- oder Lenkungsgruppe
4. Wissenschaftliche Ebene:
- a. Das Handlungskonzept wird in den Kommunen nach einem einheitlichen Raster durchgeführt:
 - Die Bestands- und Ressourcenanalyse kann wichtige Informationen aus dem lokalen Kontext liefern (Aktivitäten, Kompetenzen, Grundüberzeugungen, Werte oder strategische Ziele)
 - Prozessverläufe lassen Erfolgs- und Misserfolgskriterien erkennen.
 - Kernthesen der vorliegenden Studie werden auf ihre Validität überprüft
 - b. Alle Einzelprozesse werden nach einem einheitlichen Raster dokumentiert
 - c. Repräsentanten der beteiligten Kommunen liefern in gemeinsamen Reflexions- und Unterstützungsworkshops wichtige Impulse

Die Dokumentation des vom BMZ finanzierten und von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt 2007 – 2009 durchgeführten Modellprojektes „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ liefert detaillierte Hinweise wie die einzelnen Schritte der lokalen Vernetzungsprozesse in den fünf Modellkommunen praktisch umgesetzt wurden (www.service-eine-welt.de/publikationen).

Die Erkenntnisse aus der vorliegenden Studie, aus dem Modellprojekt, aus der FEB-Förderung oder im Rahmen des CIM-Projektes „Migranten als Brückenbauer“ machen deutlich, dass in den letzten Jahren an vielen Stellen Initiativen und Projekte entstanden sind, die den aufgezeigten Paradigmenwechsel erfolgreich umsetzen. Migranten

werden mit ihren Organisationen als wichtiges gesellschaftliche Akteure zunehmend ernstgenommen. Dieses drückt sich zum Beispiel auch in veränderten Förderrichtlinien von Stiftungen oder vom BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) aus und zeigt sich in einem beachtlichen Professionalisierungsgrad, den viele MO inzwischen erreicht haben. Besonders deutlich wird die Aufwertung der Arbeit der MO in der aktuellen, breitangelegten Diskussion um ein **Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen**. Als erstes Flächenland will NRW einen institutionellen Rahmen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration schaffen und dadurch gleichzeitig Integration als besonderen politischen Schwerpunkt der Landesregierung hervorhebt.

Wie in der Studie aufgeführt, geht es im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses von Migration und Entwicklung um eine breitgefächerte Einbettung der Aktivitäten der MO in den gesamtgesellschaftlichen Kontext. In diesem Sinne wird es langfristig notwendig sein, Akteure mit und ohne Migrationshintergrund gemeinsam in ihrem entwicklungspolitischen, bürgerschaftlichen und kommunalen Engagement zu stärken und zu unterstützen. Dass eine wechselseitige Bereicherung und Unterstützung verschiedener Engagementziele und Aktionsfelder erfolgreich gestaltet werden kann, zeigen die unterschiedlichen Ansätze und Beispiele, die in dieser Studie aufgeführt wurden.

Zukunftsweisend werden Kommunen sein, die ihre vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen (Freiwilligenbörsen, Netzwerke für Eine-Welt-Initiativen, Zusammenschlüsse von MO etc.) zu interkulturell ausgerichteten Anlauf- und Kommunikationsstellen weiterentwickeln und damit zur Vernetzung und Stärkung des vielfältigen, freiwilligen Engagements beitragen.

Wenn es den lokalen Akteuren darüber hinaus gelingt, milieuspezifische, passgenaue Angebote für die unterschiedlichen Lebensphasen von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu entwickeln und über zielgruppenspezifische Ansprache zu vermitteln, wird es sicherlich gelingen, dass vorhandene Engagementpotential auch unter Migranten noch stärker zu aktivieren.

Anhang

Quellen- und Literaturverzeichnis

http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=100602

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/01/PD10__033__122,templateld=renderPrint.psml (30.09.2011)

Angenendt, Steffen (2007): Zirkuläre Migration. Ein tragfähiges migrationspolitisches Konzept? SWP Aktuell 27. April 2007.

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (2011): Auswertung der ersten bundesweiten Umfrage unter entwicklungspolitisch aktiven MDO. Hannover.

Baringhorst, Sigrid (2006): Internationale Migration (Internetversion). In: Informationen zur politischen Bildung Heft 291. Quelle: http://www.bpb.de/publikationen/MASN7L0,Internationale_Migration.html

<http://ber-ev.de/PortalMOVEglobal/fachkreis-migration-entwicklung-und-partizipation> (30.09.2011)

Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung (2001). Quelle: http://www.bmi.bund.de/cIn_028/nn_122688/Internet/Content/Themen/Zuwanderung/Einzelseiten/Bericht_der_Unabhaengigen_Kommission/Bericht_der_Unabhaengigen_Kommission_Id_46969_de.html (30.09.2011)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. München

Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen (2006): Kommunen und Initiativen gestalten Globalisierung – Erklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen in Hamburg 2006. Quelle: <http://www.service-eine-welt.de> (30.09.2011)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2007): „Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ Quelle: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/migranten-milieustudie-zentrale-ergebnisse,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf> (30.09.2011)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2011): Migration – Chancen für Entwicklung nutzen. BMZ-Informationsbroschüre 4/2011

Die Bundesregierung (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen. Quelle: http://www.bundesregierung.de/nn_82296/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/IB/2006-10-27-ib-nationaler-integrationsplan.html (30.09.2011)

Diehl, Claudia/Grobecker, Claire (2006): Neuzuwanderer in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2000 bis 2003. In: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 11/2006. S. 1139 - 1150, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt

e.velop. das entwicklungsmagazin Nr. 51 04/2007. Quelle: http://www.bundesregierung.de/nn_23372/Content/DE/EMagazines/velop/051/doorpage-velop51.html (30.09.2011)

Entimon (2006): 1. Bundesfachkongress Interkultur 4.-6. Oktober 2006 in Stuttgart. Zusammenfassung der Plenarveranstaltungen und der Ergebnisse der einzelnen Fachforen. Quelle: http://www.bundesfachkongress-interkultur.de/Neue_Dateien/Kurzdokumentation.pdf (30.09.2011)

Global Commission on International Migration (2006): Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien. Bericht der Weltkommission für internationale Migration. Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (englische Originalausgabe 2005 unter <http://www.gcim.org>)

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (2004): Ergebnisse der der Veranstaltung „Kooperation mit der Diaspora – ein neuer Weg für die Internationale Zusammenarbeit? Quelle: <http://www2.gtz.de/migration-and-development/download/ergebnisse.pdf> (30.09.2011)

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Hg.) (2006): Ägyptische, afghanische und serbische Diasporagemeinden in Deutschland und ihre Beiträge zur Entwicklung ihrer Herkunftsländer. Diskussionspapier. Quelle: <http://www2.gtz.de/wbf/doc/Diaspora-Studie-020806.pdf> (30.09.2011)

- Hertlein, Stefanie/Vadean, Florin (2006): Rücküberweisungen – Brückenschlag zwischen Migration und Entwicklung? (Internetversion) Kurzdossier in: focus Migration Nr. 5, September 2006. Quelle: http://www.focus-migration.de/uploads/tx_wilpubdb/KD05_Rueck.pdf (30.09.2011)
- House of Commons. International Development Committee, Migration and Development (2004): How to work for poverty reduction. Sixth Report of Session 2003-04. London: The Stationary Office 2004, S- 81-98
- Hunger, Uwe/Metzger, Stefan (2011): Kooperation mit Migrantenorganisationen. Studie im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.
<http://iom.int/jahia/Jahia/about-migration/facts-and-figures/lang/en> (30.09.2011)
- Landeshauptstadt Stuttgart, Stabsabteilung für Integrationspolitik (Hg.) (2006): „Ein Bündnis für Integration“ – Grundlagen einer Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart. Quelle: <http://www.stuttgart.de/sde/global/images/mdb/publ/9509/3813.pdf> (30.09.2011)
- Kaufmann, Franz-Xaver (2006): Schrumpfende Gesellschaft. Bpb Schriftenreihe Bd. 508, Bonn.
http://mida.belgium.iom.int/index.php?option=com_content&task=view&id=126&Itemid=45 (30.09.2011)
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MGFFI) (2007b): Konferenz „Migration und Entwicklung: Chancen. Gemeinsam. Nutzen“ vom 31. Januar 2007 in Berlin. Inhalte und Ergebnisse. Quelle: http://mik-online.org/index.php?option=com_content&task=view&id=15&Itemid=59 (30.09.2011)
- Nitschke, Ulrich/Marwede, Michael (2004): Chancen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Lernen im Nord-Süd-Dialog. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 15-15/2004)
Quelle: http://www.bpb.de/publikationen/CED19W,1,0,Chancen_kommunaler_Entwicklungszusammenarbeit.html (30.09.2011)
- Nuscheler, Franz (2007a): Migration, Armut und die Auswirkungen der internationalen Migration auf deutsche Kommunen. In: Dialog Global Nr. 16, S. 44-49
- OECD (2006): Internationale Migration Outlook. SOPEMI 2006. Paris: OECD
- Pries, Ludger (2008): Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Priore, Michael J (1979): Zugvögel – Nachfrageorientierte temporäre arbeitsmigration aus den Entwicklungsländern in die urbanen Industriegesellschaften. In: Han, Petrus (2006): Theorien zur internationalen Migration. Stuttgart: UTB, Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH
- Reißbaldt, Carolin (2005): Reißbaldt, Carolin (2005a): Von der „Gastarbeiter“-Anwerbung zum Zuwanderungsgesetz. Quelle: www.bpb.de/themen/6XDUPY.html (30.09.2011)
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2011: Migrationsland 2011 – Jahresgutachten 2011 mit Migrationsbarometer
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (2005): Partner in alle Richtungen – Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften. Dialog Global Nr. 9. Bonn: SKEW
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Hg.) (2007a): Globalisierung gestalten Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. Dialog Global Nr. 16. Bonn: SKEW
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (2007b): Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation des Seminars vom 28.08.2007. Material Nr. 28. Bonn: SKEW
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (2010): DIALOG GLOBAL- Heft 22 – Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – Ein Praxisleitfaden; Bonn: SKEW

Schlemmer-Schulte, Sabine (2006): Internationale Migration und Rücküberweisungen: Ein Beitrag zur Überwindung der Armut in den Herkunftsländern? In: Blaue Reihe Nr. 96 „Globale Migration am Ende des 21. Jahrhunderts: Eine Welt ohne Grenzen?“, S. 33-41. Quelle: http://dgyn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Blaue_Reihe/DGVN-BR96-K4.pdf (30.09.2011)

Schneider, Jan/Parusel, Bernd (2011): Zirkuläre und temporäre Migration – Empirische Erkenntnisse, politische Praxis und zukünftige Optionen in Deutschland. BAMF / EMN Working Paper 35, S. 23

Stadt Paderborn (Hg.) (2007): Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement von Migranten in der Stadt Paderborn. Paderborn. Quelle: <http://www.institut-fsi.de/bilder/KOMMIN10StudieSelbstorganisationen Paderborn.pdf> (30.09.2011)

Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2. Quelle: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund,templateId=rendePrint.psml> (30.09.2011)

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Grafiken/Bevoelkerung/Diagramme/WanderungssaldoAnnahme.psml> (30.09.2011)

Süßmuth, Rita (2007a): Ist kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein Instrument für Interkulturalität und Integration? In: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Hrsg.) Dialog Global Nr. 16, S. 73-80

Thränhardt, Dietrich (2007): Transfers durch Migranten: effektiver als Entwicklungshilfe. Quelle: http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1037.asp vom 14.11.07 (30.09.2011)

Vollmer, Ruth/Warnecke, Andrea (2011): Migration – Integration – Entwicklung. Afrikanische Migrantenorganisationen in NRW. BICC Brief 44.

Weltbank (2011): Migration and Remittances Factbook 2011: <http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1199807908806/Top10.pdf> (30.09.2011)

Wiemann, Jürgen (2007): Am Scheideweg. Entwicklungszusammenarbeit der deutschen Bundesländer muss sich auf die Inlandsarbeit konzentrieren – neue Chancen mit den Diasporen. In: eins – Entwicklungspolitik Information Nord Süd Nr. 19/20 2007. Quelle: <http://www.entwicklungspolitik.org/home/19-20-007-02/> (30.09.2011)

Wilhelmy, Stefan/Held, Ulrich (2008): Zusammenarbeit für Entwicklung und Integration. In: EUROPA kommunal, Nr. 2/2008, S. 12-15.

Informationen zu dem Projekt „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ der SKEW finden sich auf der Internetseite: <http://www.service-eine-welt.de/migration>.

Leitfaden der telefonischen Befragung

1. Was machen Sie in Ihrem Bereich für Personen aus Afrika, Asien und Lateinamerika oder für Länder in Afrika, Asien, Lateinamerika?
2. Gibt es Kontakte in den anderen Bereich (Integrationsbereich bzw. EZ-Bereich)?
3. Arbeiten Sie bereits in einigen Bereichen zusammen? Wenn ja: Wie sieht das aus? Was machen Sie?
4. Wenn nein: Können Sie sich vorstellen, mit den anderen Bereich zusammenzuarbeiten?
5. Glauben Sie, dass eine Zusammenarbeit dieser beiden Bereiche Gewinne bringen könnte? Wie würden die Ihrer Meinung nach aussehen? Oder welche Chancen könnte es haben?
6. Welche Gefahren sehen Sie?
7. Welche Faktoren könnten dazu beitragen, dass die Zusammenarbeit erfolgreich wäre?

Satzung des Forums der Kulturen, Stuttgart⁶⁵

§ 1 Name, Sitz

1. Der Verein führt den Namen „Forum der Kulturen Stuttgart e.V.“.
2. Der Sitz des Vereins ist Stuttgart.

§ 2 Zweck, Ziel und Aufgaben des Vereins

Das „Forum der Kulturen“ ist der Dachverband der interkulturell tätigen Vereine und Einrichtungen Stuttgarts, insbesondere der Kulturvereine nicht-deutscher Herkunft. Zweck und Ziel des Vereins sind es:

- das friedliche Zusammenleben der verschiedenen in Stuttgart vertretenen Kulturen, Völker und Ethnien zu fördern.
- den Kulturgruppen und Künstlern nicht-deutscher Herkunft Möglichkeiten für eine eigenständige Entwicklung zu geben, die hinführt zu einem gegenseitigen Lernen und Verstehen. Dies beinhaltet auch ein offenes Aufeinanderzugehen der verschiedenen Kulturen untereinander.
- bei den deutschen Mitbürgern eine Offenheit gegenüber den ihnen „fremden“ Kulturen und damit die Voraussetzung für ein vorurteilsfreies und gleichberechtigtes Miteinander in der „Vielvölkerstadt“ Stuttgart zu schaffen.

Zur Erreichung dieser Ziele sollen insbesondere

- die Kulturvereine und vereinsähnlichen Zusammenschlüsse nicht-deutscher Herkunft nach allen Kräften unterstützt und gefördert werden. Dazu gehört Beratung und Hilfe bei der Suche nach Räumen, bei der Beantragung von Zuschüssen und Unterstützung bei den Verhandlungen mit den für die Kulturvereine zuständigen Ämtern und Behörden.
- sämtliche in Stuttgart stattfindenden interkulturellen Kultur-Aktivitäten koordiniert und durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden; hierzu gehört auch die Herausgabe eines interkulturellen Veranstaltungskalenders für Stuttgart.
- neue interkulturelle Initiativen und Aktivitäten entwickelt, gefördert und vorangetrieben werden, hierzu gehört unter anderem auch die verstärkte Entwicklung einer umfassenden interkulturellen Jugendarbeit.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung des Vereins für ihre Mitgliedschaft keinerlei Entschädigung.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Die Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig. Soweit die anfallenden Arbeiten das zumutbare Maß ehrenamtlicher Tätigkeiten übersteigen, können Personen angestellt werden (§ 10). Es dürfen dafür keine unverhältnismäßig hohen Vergütungen gewährt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Mitglied können alle gemeinnützigen Vereine und andere steuerbegünstigte Körperschaften werden, die im Kulturbereich im Sinne des § 2 tätig sind. Außerdem kann eine natürliche Person Fördermitglied werden, wenn sie seit mindestens zwei Jahren nachweislich im Sinne des § 2 tätig ist. Fördermitglieder erhalten vom „Forum der Kulturen“ keine Leistungen und sind auf Mitgliederversammlungen nicht stimmberechtigt. Mehr als 50 Prozent der Mitglieder des „Forums der

⁶⁵ Quelle: <http://www.forum-der-kulturen.de/satzung.html> (30.09.2011)

Kulturen“ müssen gemeinnützige Vereine oder andere steuerbegünstigte Körperschaften sein. Vereine mit parteipolitischen oder religiösen Zielsetzungen sowie kommerzielle Veranstalter können nicht Mitglied des „Forums der Kulturen“ werden.

2. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand zu richten. Der Vorstand entscheidet über die Aufnahme. Bei einer Ablehnung der Mitgliedschaft durch den Vorstand kann auf Antrag des Abgelehnten die Mitgliederversammlung darüber abschließend entscheiden.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt
 - durch den Tod bei natürlichen Personen
 - durch Auflösung der juristischen Person
 - durch freiwilligen Austritt
 - durch Ausschluss
2. Der freiwillige Austritt wird durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand mitgeteilt. Er ist nur zum Jahresende mit einer Frist von mindestens drei Monaten möglich.
3. Der Vorstand kann aus wichtigem Grund den Ausschluss eines Mitglieds beschließen, insbesondere wenn dieses Mitglied gegen Grundsätze des § 2 verstoßen hat. Das ausgeschlossene Mitglied kann auf der nächsten Mitgliederversammlung Beschwerde gegen diesen Ausschluss einlegen. Die Mitgliederversammlung entscheidet hierüber abschließend.

§ 6 Beiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe des Jahresbeitrags und dessen Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung bestimmt.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung (§ 9) und der Vorstand (§ 10).

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Sämtliche Mitglieder sind zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung berechtigt. Fördermitglieder sind nicht stimmberechtigt. Von jedem Mitgliedsverein bzw. -einrichtung können maximal drei Vertreter an der Mitgliederversammlung teilnehmen, wobei jeder Verein bzw. jede Einrichtung eine Stimme hat. Vorstandsmitglieder sind stimmberechtigt.
2. Die Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt und wird durch den Vorstand unter Bekanntgabe einer Tagesordnung mindestens vier Wochen vor dem Tag der Versammlung schriftlich einberufen.
3. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für
 - die Wahl der Mitglieder des Vorstands und der zwei Kassenprüfer
 - die Entgegennahme der Jahresberichte und -abschlüsse des Vorstands und die Entlastung des Vorstands und der Kassenprüfer
 - die Abberufung der Mitglieder des Vorstands und der Kassenprüfer
 - die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und Umlagen
 - Satzungsänderungen
 - Behandlung von Beschwerden wegen Ausschluss eines Mitglieds oder wegen Ablehnung einer beantragten Mitgliedschaft
 - die Auflösung des Vereins.
4. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden des Vorstands, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, geleitet. Ist auch dieser verhindert, wählt die Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte den Versammlungsleiter. Die Mitgliederversammlung kann eine Ergänzung der vom Vorstand festgesetzten Tagesordnung beschließen.

5. Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, entscheidet bei der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht. -
6. Über den wesentlichen Hergang der Mitgliederversammlung und die gefassten Beschlüsse fertigt ein von der Mitgliederversammlung eingesetzter Protokollführer ein Protokoll an, das vom Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

§ 9 Vorstand

1. Der erweiterte Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassierer, dem Schriftführer und mindestens einem, maximal fünf Beisitzern. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Mitglied des Vorstandes kann jedes Mitglied werden. Soweit es sich bei einem Mitglied um einen Verein oder eine Institutionen handelt, ist wählbar lediglich eine natürliche Person, die von diesem Verein bzw. dieser Institution schriftlich legitimiert wurde.
2. Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender. Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender sind je einzelvertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis wird bestimmt, dass im Verhinderungsfall der stellvertretende Vorsitzende den Vorsitzenden vertritt.
3. Die Mitgliederversammlung wählt die Vorstandsmitglieder auf die Dauer von zwei Jahren.
4. Der Vorstand kann einen Finanzkontrollausschuss einrichten und diesem sein Weisungs- und Kontrollrecht über den Geschäftsführer ganz oder teilweise übertragen. Die Mitglieder des Finanzkontrollausschusses müssen nicht Mitglieder des Vereins sein. Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung des Vorstandes.

§ 10 Geschäftsführung

Die Verwaltung des Vereins, die Vorbereitung und Durchführung der Vereinsprojekte einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Verantwortung für die Finanzen in den Grenzen des Haushaltsplanes werden vom Verein unmittelbar einem Geschäftsführer übertragen, welcher nicht Mitglied des Vereins sein muss. Dem Geschäftsführer kann bei Bedarf die Unterstützung einer Geschäftsstelle mit weiteren ihm unterstellten Mitarbeitern zugeordnet werden. Einzelheiten regelt eine vom Vorstand für den Geschäftsführer zu verfassende Geschäftsordnung.

§ 11 Kuratorium

Der Vorstand beruft ein Kuratorium aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung. Das Kuratorium wählt aus seinen Reihen einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Aufgabe des Kuratoriums ist die Förderung des Vereinszwecks und die Beratung des Vorstandes.

§ 12 Geschäftsjahr, Finanzierung

1. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr, soweit die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt.
2. Der Verein finanziert seine Aufgaben durch Beiträge, Zuschüsse, Spenden und sonstige Mittel.
3. Der Vorstand beruft ein Kuratorium aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung. Das Kuratorium wählt aus seinen Reihen einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Aufgabe des Kuratoriums ist die Förderung des Vereinszwecks und die Beratung des Vorstandes.

§ 13 Satzungsänderungen

1. Beschlüsse über Satzungsänderungen erfordern eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder.
2. Sollten das Vereinsregister, das Finanzamt oder andere Behörden Einwände im Zusammenhang mit der Gründung, Fortsetzung etc. des Vereins und dessen Satzung haben, können die entsprechenden redaktionellen Änderungen durch den Vorstandsvorsitzenden alleine ohne vorherige Zustimmung der Mitgliederversammlung und / oder des restlichen Vorstands vorgenommen werden.

§ 14 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer besonderen und zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Der Auflösungsbeschluss bedarf einer Mehrheit wie bei Satzungsänderungen.
2. Bei Auflösung des Vereins ist der zum Zeitpunkt des Auflösungsbeschlusses amtierende Vorstandsvorsitzende Liquidator, es sei denn, die Mitgliederversammlung bestellt im Auflösungsbeschluss einen anderen Liquidator.
3. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden.

Die vorstehende Satzung wurde in der Gründungsversammlung vom 16.5.1998 errichtet und auf der Mitgliederversammlung vom 1.12.2004 geändert.

Projekt zur Vernetzung von Diaspora und lokalen Nord-Süd-Aktivitäten: Zusammenarbeit für Integration und Entwicklung

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat Anfang 2007 das Projekt „Interkulturelle Kompetenzbildung – Zusammenarbeit mit Diasporen“ ins Leben gerufen. Ziel des vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Projektes ist, die entwicklungspolitischen Potenziale von Diasporen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit besser nutzen zu können und die Zusammenarbeit zwischen Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern und den Akteuren der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu intensivieren.

Die Themen „Migration“ und „Integration“ haben gegenwärtig in der Innen- und Europapolitik ebenso wie in der nationalen und internationalen Entwicklungspolitik Konjunktur: Es geht hier zum Einen um eine in den letzten Dekaden ansteigende Süd-Nord-Migration mit weitreichenden entwicklungspolitischen Folgen und zum Andern, damit zusammenhängend, um Sicherheit, Zusammenhalt und Wohlstand in Europa und im Einwanderungsland Deutschland.

In deutschen Kommunen, die seit mehr als 50 Jahren mit dem Thema Migration konfrontiert sind, gerinnen abstrakte internationale Prozesse und Debatten zu konkreten Herausforderungen, auf die jeweils zeitgemäße Antworten gefunden werden müssen. Um dies zu unterstützen, hat die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ein Sonderprojekt entwickelt, in dem die Zusammenarbeit der deutschen

Kommunen mit den hier lebenden Migrantengruppen oder Diasporen im Vordergrund steht. Dieser Bereich wird im Beratungsangebot der Servicestelle in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt innerhalb des Zukunftsthemas „Interkulturelle Kompetenzbildung“ bilden.

Orientierung an Potenzialen

Konkret geht es bei diesem Projekt darum, Menschen aus Entwicklungsländern, die hier leben und sich für ihre Herkunftsländer einsetzen, mit den kommunalen Entwicklungsaktivitäten zu vernetzen. Dieser Handlungsansatz ist neu und in der Praxis deutschlandweit kaum erprobt. Er geht von positiven Potenzialen der Migration für Entwicklung und der Migrantinnen und Migranten für unser Gemeinwesen aus. Das setzt gegenüber früheren Auffassungen einen doppelten politischen Perspektivwechsel voraus.

Erstens wurde Migration unter Entwicklungsexperten lange Zeit negativ gesehen: als Verlust an qualifizierter Arbeitskraft für das Herkunftsland (brain drain), als Zerstörung der Sozialstrukturen in den Heimatstädten und -dörfern, als Gefahr für Leib und Leben illegaler Migranten. Erst seit einer Weltbankstudie aus dem Jahr 2003 über die Rücküberweisungen der Ausgewanderten, der so genannten Diaspora, in ihre Heimatländer ist die positive Seite der Migration stärker ins Blickfeld geraten. Denn allein 2006 haben Migrantinnen und Migranten mehr als 300 Milliarden US-Dollar und damit das Doppelte der of-

fiziellen Entwicklungszusammenarbeit aller Geberstaaten in Entwicklungsregionen gesandt. Sie leisten damit einen enormen Beitrag zur Armutsbekämpfung. In Folge dieser Erkenntnis wurden auch andere mögliche Vorteile insbesondere der Süd-Nord-Migration hervorgehoben: der Transfer des im Ausland erworbenen Know-hows in die Heimatländer (brain gain) sowie der Bau von sozialen und wirtschaftlichen Brücken zwischen Herkunfts- und Zielland durch doppelte Landes-, Sprach- und Kulturkenntnisse, Geschäftsbeziehungen oder anderweitige Kontakte.

Zweitens hat sich die Integrationsdebatte in Deutschland in der Vergangenheit zu sehr auf Defizite und Probleme konzentriert. Dies ändert sich gegenwärtig. Insbesondere in den Kontexten der Standortkonkurrenz durch die Globalisierung, des demografischen Wandels und der schrumpfenden Städte erscheint ein weltoffenes und integratives Leitbild der Kommunalentwicklung adäquat, dass um der Zukunftschancen und Wettbewerbsfähigkeit Willen kein Talent verloren geben, kein Potenzial ungenutzt lassen will. In einigen Städten und mittlerweile auch im Bund werden die spezifischen und förderungswürdigen Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen, zum Beispiel für die Wirtschaft (Stichworte: ethnische Ökonomien, Diversity Management), für die öffentliche Verwaltungen (um deren Dienstleistungen und Struktur dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen) oder für pädagogische Berufe (um spezifische Probleme besser aufgreifen und nach Möglichkeit präventiv bewältigen zu können). Mit dem noch bis Ende 2009 laufenden Pilotprojekt nutzt die Servicestelle die Schnittstellen zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Migration/Integration auf lokaler Ebene und hebt die Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund für die kommunale Nord-Süd-Arbeit hervor.

Ziele des Projektes

Entwicklungspolitisch engagierte Migrantinnen und Migranten sind häufig in lokalen Migrantenselbstorganisationen zusammengeschlossen. Deren erster Organisationszweck ist nur selten Entwicklungszusammenarbeit, viel eher geht es ihnen um gegenseitige Hilfe im Alltag und bei der Integration und um Brauchtumspflege. Gleichwohl ist die Entwicklung der Heimatländer für viele Menschen mit Migrationshintergrund eine Herzensangelegenheit, weshalb sie abseits der entwicklungspolitischen Aktivitäten der

Mehrheitsgesellschaft und der staatlichen Einrichtungen und je nach individueller Möglichkeit ihrer Verwandtschaft im Herkunftsland helfen, Kontakte vermitteln, gelegentlich auch lokale oder größere infrastrukturelle Entwicklungsprojekte starten. Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und den Akteuren der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit verfolgt daher mehrere Ziele.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbessern:

Entwicklungspolitisch engagierte Migrantenselbstorganisationen können sich im ganzen Bereich entwicklungspolitischer Bildung und bei der Förderung des fairen Handels sehr gut durch Erlebnisberichte und durch genaue Kenntnisse von Land und Leuten aus der Südhemisphäre authentisch, überzeugend und kritisch einbringen. Im Bereich der Nord-Süd-Partnerschaften können eben diese Kenntnisse und ihre Kontakte in das Partnerland, vielleicht sogar direkt in die Partnerkommune, sehr hilfreich sein. Sie können die Partnerschaft durch ihren Einfluss insgesamt beleben und vertiefen, ferner die deutsche Seite dabei beraten, wie sie den Partnern auf Augenhöhe begegnet. Dies alles stellt eine potenzielle Bereicherung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit dar.

Beitrag zur Entwicklung der Herkunftsländer leisten:

Die Vernetzung und der gegenseitige Austausch sind als wechselseitiger Lernprozess zu verstehen. Wenn dadurch sowohl die kommunale Entwicklungszusammenarbeit als auch die entwicklungsbezogene Arbeit der Migrantinnen und Migranten weiterentwickelt und verbessert werden kann, werden davon auch die Herkunftsländer profitieren, zum Beispiel durch effizienter und effektiver durchgeführte Entwicklungsprojekte.

Integration vertiefen:

Im Falle einer konstruktiven Zusammenarbeit der Akteure entsteht auch für das entwicklungspolitische Engagement der Migrantenselbstorganisationen Aufmerksamkeit und möglicherweise eine breitere gesellschaftliche Unterstützung – zum Beispiel in Form von Spenden, weiteren Kooperationsangeboten oder Unterstützung bei der Vereinsorganisation. Im besten Fall wird ihnen vermehrt Anerkennung und Respekt aus der Kommune entgegengebracht. Das heißt, die geglückte Kooperation zwischen Diaspora und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit ist zugleich ein positiver Beitrag zur Integration.

Hinsichtlich der angestrebten Zusammenarbeit zwischen Diaspora und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit gilt es, Missverständnissen vorzubeugen: In dem Projekt der Servicestelle geht es erstens nicht darum, engagierte Migrantenselbstorganisationen in andere entwicklungspolitische kommunale Strukturen einseitig einzubinden, sondern darum, für die gleichberechtigte Zusammenarbeit parallel agierender Initiativen im gleichen Tätigkeitsfeld zu werben. Zweitens geht es auch nicht um die (Aus-)Nutzung ihrer Potenziale für die Zwecke anderer Akteure, sondern um Dialog, Vernetzung und Synergien. Und drittens sollen die Aktivitäten der Migrantenselbstorganisationen weder gelenkt noch kontrolliert, sondern durch das Projekt gefördert werden.

Um die genannten Wirkungen eines Annährungs- und Lernprozesses zu entfalten, wird voraussichtlich eine behutsame, langfristige, moderierende und fördernde Prozessbegleitung notwendig sein.

Erster Anlauf in der Praxis

Den Auftakt des Projekts bildeten ein mit dem Land Schleswig-Holstein durchgeführtes Seminar in Neumünster am 28. August 2007 und ein bundesweiter Workshop am 22. November 2007 in Bonn, zu denen jeweils Kommunalvertreter, Diasporagruppen und Akteure der Entwicklungszusammenarbeit geladen waren. Hierdurch angeregt hat im Forum für Migrantinnen und Migranten in Kiel am 12. Februar 2008 eine offene Diskussion über Kooperationsmöglichkeiten zwischen Diasporaorganisationen und den Trägern kommunaler Entwicklungszusammenarbeit wie Eine-Welt-Initiativen und Partnerschaftsvereinen stattgefunden. Kiel könnte damit eine der ersten Modellkommunen des Pilotprojektes der Servicestelle sein, in der solche Kooperationen gezielt unterstützt und beraten werden.

Es wird angestrebt, im Projektzeitraum in fünf bis zehn Kommunen Kooperationsprozesse solcher Art anzustoßen beziehungsweise die bereits vorhandenen Ansätze gezielt zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Mögliche Partner sind dabei neben den Kommunen die Bundesländer, die entwicklungspolitischen Vorfeldorganisationen der Bundesregierung und vor allem die lokalen und regionalen entwicklungspolitischen Organisationen der Zivilgesellschaft.

Ein projektbezogenes Gutachten des Instituts für soziale Innovation in Solingen leistet hierbei wissenschaftliche Unterstützung. Es beleuchtet eingehend die Situation typischer Migrantenselbstorganisationen und weist auf Probleme hin, die das Projekt berücksichtigen muss. Drei seien kurz erwähnt:

- Die positive Perspektive auf die Potenziale der Diasporen ist leider noch keine Selbstverständlichkeit, aber Voraussetzung für die Partner in den Modellkommunen. Eine wesentliche Aufgabe des Projektes ist also auch, für diese „Potenzialperspektive“ zu werben.
- Die in Verwaltung und Zivilgesellschaft meist vorgekommene Trennung zwischen innenpolitischen Angelegenheiten der Integration/Interkultur und den entwicklungspolitischen Vorhaben der Eine-Welt-Arbeit und der Städtepartnerschaften erschwert es, Ansprechpartner für ein Projekt auf der Schnittstelle der Zuständigkeiten zu finden und hierfür Ressourcen zu mobilisieren. Gelegentliche Berührungspunkte der Tätigkeitsfelder in Eine-Welt-Häusern, in lokalen Agenda 21-Gruppen und anderen Strukturen gilt es zu finden. Darüber hinaus muss das Projekt den engen Zusammenhang zwischen Migration/Integration und Entwicklung erläutern, damit die strukturelle Trennung der Bereiche aufbricht.
- Zwei Gruppen von Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern sind durch ihre Lebenssituation kaum in der Lage, entwicklungspolitisch im Rahmen des Pilotprojektes aktiv zu werden. Das sind die Gruppe der „irregulären“ Migrantinnen und Migranten und die der geduldeten Flüchtlinge. Die arbeits- und aufenthaltsrechtliche Situation geduldeter Flüchtlinge behindert deren gesellschaftliche Partizipationschancen enorm. Leider muss insgesamt festgestellt werden, dass trotz der erwiesenermaßen überdurchschnittlichen Qualifikation der Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsregionen diese mangels Arbeitserlaubnis und wegen der Nichtanerkennung ihrer Bildungsabschlüsse nur selten eine adäquate Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Damit ist diese entwicklungspolitisch potenziell engagierte Gruppe in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt. Integrationsprobleme oder schlechte Rahmenbedingungen für Integration wirken sich deshalb auch negativ auf das Projekt und

die kommunale Entwicklungszusammenarbeit insgesamt aus.

Am Beispiel der Städte Aachen und Stuttgart, die Diaspora und kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Ansätzen bereits verbinden, sowie aus der qualitativen Analyse von Interviews mit Entscheidungsträgern aus 14 deutschen Städten hat das Gutachten kommunale Handlungsempfehlungen und Arbeitshypothesen erarbeitet, die im weiteren Verlauf des Projektes auf ihre Tauglichkeit in der kommunalen Praxis geprüft werden sollen. Einige der für die jeweiligen Kommunen empfohlenen Maßnahmen seien genannt:

- Interessierte Akteure aus Migrantenselbstorganisationen und aus Eine-Welt-Initiativen werden zu gemeinsamen Workshops eingeladen. Kennen lernen und

Kontaktaufbau stehen im Vordergrund.

- Ideen für Qualifizierungsangebote und Vernetzungsinteressen werden gesammelt.
- Bei Bedarf wird ein gemeinsamer Arbeitskreis von Migrantinnen und Migranten sowie Entwicklungspolitik eingerichtet, der die zumeist getrennten Themenbereiche verbindet.
- Es wird eine systematische Bestandsaufnahme der entwicklungspolitischen Aktivitäten von Migrantenselbstorganisationen durchgeführt.

Jenseits schematischer Vorgehensweisen wird im Zuge des Pilotprojektes die Beratungsleistung der Situation in den Modelkommunen angepasst, damit jeweils bedarfsgerechte Maßnahmen durchgeführt werden können.

Nachfolgende Unterlagen geben einen praktischen Einblick in die Arbeit:

Konzept Aachen⁶⁶

1. Kontaktaufnahme zu einzelnen regionalen Initiatoren
2. Vorbereitung Planungsworkshops mit 5 bis 8 regionalen Vertretern
 - a. Kontaktaufnahme über die regionalen Initiatoren zu unterschiedlichen gesellschaftliche Gruppen (s. Grundprinzipien)
 - b. Ein lokaler Akteur übernimmt die Gastgeberrolle
3. Durchführung des Planungsworkshops mit folgenden Themen:
 - a. Ziele der Regionalkonferenz
 - b. Zielgruppen
 - c. Inhalte und Methoden (Ablaufprogramm)
 - d. Organisation (Räumlichkeiten, Verpflegung, Referenten, Öffentlichkeitsarbeit)
 - e. Schirmherren oder Mitveranstalter
 - f. Dokumentationskonzept
 - g. Mittelaquise
 - h. Aufgabenverteilung und weitere Vorbereitungsschritte
 eventuell:
 - i. Moderatorenschulung
 - j. Erarbeitung von Materialien, Diskussionsbeiträgen etc. als Beitrag für eine Landesweite Konferenz
4. Durchführung der Regionalkonferenz
5. Reflexion der Regionalkonferenz

Verabredung weiterer Schritte mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Planungsworkshops und gegebenenfalls:

- Einrichtung einer regionalen Koordinierungsgruppe
- Begleitung von Arbeitsgruppentreffen zur Umsetzung der Projektideen aus der Regionalkonferenz
- Gegebenfalls weitere Regionalkonferenz
- Schulung und Coaching der verantwortlichen Akteure bei der Implementierung und Fortführung des regionalen Kooperationsprozesses

⁶⁶ Quelle: Institut für soziale Innovation, Solingen

Einladungsschreiben

Sehr geehrte ...,

viele afrikanische Migrantinnen und Migranten unterstützen Menschen in ihrer Heimat durch entwicklungspolitische Projekte und andere Kontakte. Auch Aachener Eine-Welt-Initiativen setzen sich für Menschen in Afrika ein. Diese Zusammenarbeit zwischen Menschen hier und dort möchten wir mit lokaler Vernetzung organisatorisch unterstützen.

Als Auftakt wollen wir dazu eine Zukunftskonferenz zum gegenseitigen Kennenlernen, Informationsaustausch und Ideenentwicklung durchführen. Zu der Konferenz sind Vertreterinnen und Vertreter afrikanischer Vereine, Eine-Welt-Initiativen, engagierte Einzelpersonen, die Projekte in Afrika durchführen wollen oder bereits durchführen sowie Mitglieder von Institutionen unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche eingeladen. Weitere Informationen können Sie der Anlage entnehmen.

Moderiert wird die Konferenz durch die Fachstelle Migration und Entwicklung (Solingen), die Teil des Programms zur Koordination der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit der Landesregierung NRW ist.

Zur Konferenz am

Samstag, 18. November 2006

11:00 Uhr – 18:00 Uhr

in der Evangelischen Studierenden Gemeinde (ESG), Clubraum,

möchten wir Sie herzlich einladen. Für Leib-, Seelen- und Ohren-Schmaus ist auch gesorgt: Zum Abschluss des Tages gibt es eine kleine kulinarische „Stärkung“ mit marokkanischer Musik.

Gerne können Sie die Einladung auch an andere Interessierte weiterleiten.“

Tagesablauf

Tagesablauf der Regionalkonferenz

„Café Afrique“ ab 10:30 Uhr

- | | |
|------------|---|
| 11:00 Uhr: | Begrüßung und Einführung in die Thematik und in die Gruppenarbeit |
| 11:30 Uhr: | Vorstellungsrunde (ggf. in den einzelnen Arbeitsgruppen) |
| 12:00 Uhr: | Durchführung der Gruppenarbeit und Einstiegsphase |
| 13:00 Uhr: | Mittagspause |
| 13:45 Uhr: | Fortsetzung der Gruppenarbeit |
| | <ul style="list-style-type: none">• Phantasiephase: Sammlung von Projektideen zum Thema:
Was stärkt die Arbeit der Vereine und Gruppen in Aachen• Realisierungsphase: Erarbeitung konkreter Projektideen, die in den nächsten drei bis sechs Monaten umgesetzt werden können• Vorbereitung für die Präsentation im Plenum |
| 15:30 Uhr: | Kaffeepause |
| 15:45 Uhr: | Präsentation der verschiedenen Ideen |
| 17:00 Uhr: | Absprachen zum weiteren Vorgehen |
| 17:30 Uhr: | Abschlussrunde |
| 18:00 Uhr: | Kleiner kulinarischer Ausklang mit marokkanischer Musik (bis ca. 20:00 Uhr) |

Ergebnisse

Nach intensiven Diskussionen wurden folgende Projektideen bei der Konferenz als Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit herausgefiltert:

Im Rahmen des Themas „Initiierung von nachhaltigen Projekten“ fand am 17.10.2007 in den Räumlichkeiten von Misereor

eine diesbezügliche Informationsveranstaltung statt. Als positiv wird insbesondere der weitere Kontakt zur Referentin, Frau Dorlöchter-Sulser, gewertet.

In verschiedenen Arbeitsgruppen haben sich interessierte Akteure weiterhin getroffen, um die Projektideen weiter zu konkretisieren. Ausschnitte aus dem nachfolgenden Protokoll (ca. ein Jahr nach der Regionalkonferenz) geben einen guten Einblick in die Themenvielfalt und Motivation der Initiative:

Ergebnisprotokoll der Aachener Regionalkonferenz
mit afrikanischen Vereinen und Eine-Welt-Initiativen
vom 24. November 2007, 14:00 bis 18:00 Uhr

veranstaltet vom Eine Welt Forum Aachen e. V. mit freundlicher Unterstützung der Bürgermeisterin Hilde Scheidt, der Fachstelle Migration und Entwicklung sowie der Stabsstelle Integration der Stadt Aachen

Mona Pursey begrüßt die Anwesenden, informiert über die Ziele der Veranstaltung und weist auf ein Jahr Aachener Regionaltreffen mit afrikanischen Vereinen und Eine-Welt-Gruppen hin. Darüber hinaus verteilt sie Informationsmaterial über weitere Regionalkonferenzen mit afrikanischen Vereinen und Eine-Welt-Gruppen und einen Veranstaltungshinweis vom Eine-Welt-Forum Mönchengladbach e. V.⁶⁷

Antje Schwarze weist zunächst auf die positiven Entwicklungen in Aachen hin. Sie begrüßt insbesondere die Vernetzung zwischen afrikanischen Akteuren sowie die Kommunikation zu anderen Vereinen und der Kommune (beispielsweise zur Stabsstelle Integration).

Informationen über den Migrationsrat (Frau Muila Swele)

Muila Swele, Politologin, berichtet über die Arbeit des Migrationsrates. Die folgenden Informationen dienen der Information und Kenntnisnahme (<http://www.aachen.de/BIS/FO/migrationsrat.pdf>).

Die sieben Ratsmitglieder sind ebenso stimmberechtigt wie die von der nicht-deutschen Bevölkerung direkt gewählten Mitglieder. Somit hat der Migrationsrat einen ausschussähnlichen Status. Wie bei Entscheidungen anderer Ausschüsse muss der Stadtrat in der Regel endgültig zustimmen.

Nur Beschlüsse, die ausdrücklich keiner weiteren Beratung bedürfen, sind für die Stadtverwaltung sofort bindend. Bei migrationspolitisch relevanten Entscheidungen in den städtischen Ausschüssen ist eine Anhörung des Migrationsrates vorgesehen. Iris Kreutzer betont die Wichtigkeit, dass afrikanische Vereine, so auch die hier vertretenden Vereine, das Potenzial und die Gelegenheit nutzen, sich über eine Liste im Migrationsrat aufzustellen und einzubringen.

Statistisch zeigte sie, dass Aachener afrikanischer Herkunft die zweitgrößte Migrantengruppe darstellen. Frau Kreutzer benannte als ein wichtiges Ziel der Stabsstelle Integration, afrikanische Vereine stärker mit in die Arbeit des Netzwerkes Integration einzubeziehen.

Beschlossen wurde die Durchführung eines Afrika-Forums im Frühjahr 2008 (1. Aachener Afrika Tag, mit einem frühesten Termin ab April 2008), zu dem alle afrikanischen Vereine eingeladen werden sollen, um sie über die bisherigen Ergebnisse zu informieren und weitere Ideen zu erarbeiten. (Arbeit in Arbeitsgruppen und anschließendes abendliches Kulturprogramm). Langfristiges Ziel dieses Tages ist die Einrichtung eines „Afrika-Kultur-Zentrums“.

Prioritätensetzung + Ausblick

Zur Vorbereitung hat sich ein Organisationskomitee gegründet.

Die weitere Ausgestaltung des Afrika-Forums wird nunmehr vom Organisationsteam übernommen. Armin Söns machte den Vorschlag, eine Dokumentation des bisherigen Prozesses zu machen und hat dafür die Redaktion übernommen. Unterstützt wird er in seiner Arbeit von M. Salif Sow, Achim Kockerols, Jürgen Jansen und Mona Pursey.

Als Schirmherr des Afrika-Forums soll Herr Minister Laschet gewonnen und eingeladen werden (u. a. auch für eine Finanzierung).

⁶⁷ Gastvortrag des Erzbischof Dr. Peter Kosi Spong aus Kumasi (Ghana) „Die Entwicklungen europäischer Einflüsse auf die kulturelle Entwicklung in Ghana“, organisiert von der Hochschule Niederrhein und vom Eine-Welt-Forum Mönchengladbach e. V.

Ein offizielles Einladungsschreiben soll noch vor Weihnachten formuliert werden. Antje Schwarze hat zugesagt, das Anliegen über die Kontakte der Fachstelle im Ministerium zu unterstützen.

Alle Ergebnisse und Ideen der bisherigen Arbeitsgruppen sollen in das Afrika-Forum eingehen. Das Treffen mit afrikanischen Vereinen und Eine-Welt-Gruppen in seiner bisherigen Form hat somit das letzte Mal am Samstag stattgefunden. Es kann festgehalten werden, dass die Ergebnisse des Treffens vom 24.11.2007 als sehr positiv bewertet werden und dass neue Perspektiven und inhaltliche Ziele formuliert worden sind. Von Mona Pursey wurde das Angebot gemacht, Referenten zu Fachthemen einzuladen. Angedacht wurde ein Fundraising Seminar (wie im Ruhrgebiet), angesichts der Termindichte im Frühjahr aber noch nicht konkretisiert.

Bürgermeisterin Hilde Scheidt konnte gewonnen werden, den weiteren Verlauf des Afrika-Forums zu begleiten. Dieses Engagement wurde von allen Teilnehmer/-innen ausdrücklich begrüßt.

Abkürzungsverzeichnis

BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CIM	Centrum für Internationale Migration und Entwicklung
d.A.	der Autor
EED	Evangelischer Entwicklungsdienst
EPIB	Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
IOM	International Organization for Migration
MDG	Millennium Development Goals / Millenniumentwicklungsziele der Vereinten Nationen
MGFFI	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
MO	Migrantenorganisation
NRO / NGO	Nichtregierungsorganisation / Non-Governmental Organization
NRW	Nordrhein-Westfalen
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ODA	Official Development Assistance / Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit
PPP	Public Private Partnership / Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
SEZ	Stiftung Entwicklungs- Zusammenarbeit Baden-Württemberg
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
UN / UNO	United Nations Organization/ Vereinte Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization / Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit.

Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 31: Hauptstadt des Fairen Handels 2013. Dokumentation. Bonn, Dezember 2013
- Nr. 30: Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, 19.-20.4.2012 in Ludwigsburg. Bonn, September 2013
- Nr. 29: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 – Dokumentation der Pilotphase. Bonn, Mai 2013
- Nr. 28: Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik. Ein Theorie- und Praxisleitfaden. Bonn, Mai 2013
- Nr. 27: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012. Bonn, Februar 2012
- Nr. 26: Hauptstadt des Fairen Handels 2011. Dokumentation. Bonn, Dezember 2011
- Nr. 25: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation. Studie. Bonn, Dezember 2010
- Nr. 24: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts, Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010
- Nr. 22: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010

Material-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 62: Pressespiegel 2013. Bonn, Dezember 2013
- Nr. 61: Neuntes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. 19. und 20. September 2013. Dokumentation. Bonn, November 2013
- Nr. 60: International Workshop 50 Municipal Climate Partnerships by 2015 – Presentation of the Joint Programmes of Action, 11th-13th June 2013,

Würzburg, Germany. Documentation. Bonn, November 2013

- Nr. 59: Internationaler Auftaktworkshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ - Phase II: Lateinamerika, 26. bis 28. November 2012, La Fortuna (Costa Rica). Dokumentation. Bonn, April 2013
- Nr. 58: Drittes Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika. Dokumentation vom 15. November 2012. Bonn, Februar 2013
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2011.

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unser Profil. Bonn 2012
- Unsere Strategie. Bonn 2010
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn 2013 [Deutsch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch]
- Kommunale Partnerschaften. Vernetzt in der globalisierten Welt. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 04/2013 von welt-sichten).
- Migranten als Brückenbauer. Das entwicklungs-politische Engagement von Migrantenorganisationen. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 09/2013 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



Engagement Global gGmbH - Service für Entwicklungsinitiativen ist die Ansprechpartnerin in Deutschland für entwicklungspolitisches Engagement, deutschlandweit und international. Seit 1. Januar 2012 vereint Engagement Global unter ihrem Dach Initiativen und Programme, die sich in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv für ein gerechtes globales Miteinander einsetzen.

Mit Engagement Global gibt es erstmalig in Deutschland eine zentrale Anlaufstelle für die Vielfalt des entwicklungspolitischen Engagements sowie der Informations- und Bildungsarbeit.

Engagement Global informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit, berät Einzelne und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Sie qualifiziert bedarfsgerecht, verbindet Menschen und Institutionen miteinander, unterstützt zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement, private Träger und Einrichtungen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Kommunen, Lehrer und Schüler finden

- Information
- Beratung
- Weiterbildung
- Förderung
- Netzwerke

Engagement Global arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Mit dem Ministerium teilt Engagement Global das Ziel, mehr Bürgerinnen und Bürger für entwicklungspolitisches Engagement zu gewinnen.

Engagement Global ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH). Sie hat ihren Sitz in Bonn. Weitere Standorte sind Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Mainz und Stuttgart.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7

53113 Bonn

Telefon +49 228 20 717-0

Telefax +49 228 20 717-150

info@engagement-global.de

www.engagement-global.de

www.facebook.com/engagement-global

www.twitter.com/EngGlobal

Infotelefon 0800 188 7 188



Engagement Global gGmbH,
Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partnern im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir, kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen, die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



Deutscher
Städtetag



DSTGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Rat der Gemeinden und Regionen Europas,
Deutsche Sektion

EINE WELT.
ONE WORLD.
UN SEUL MONDE.
BONN.



Stadt Köln



Landeshauptstadt
München



stadtwermelskircher
das richtige ort.



Auswärtiges Amt



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



dbb
beamtenbund
und tarifunion



DGB



d.i.e.
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



DIÖZESAN
RAT DER KATHOLIKEN
IM ERZBISSTUM KÖLN



FORUM DER
KULTUREN
STUTTART E. V.



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN E.V.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Stadt Bonn, Stadt Köln, Main-Kinzig-Kreis, Stadt München, Stadt Wermelskirchen, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Diözesanrat der Katholischen Kirche, Forum der Kulturen Stuttgart e.V., Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.